



Plenarprotokoll

4. Sitzung

Mittwoch, 22. August 2012

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes	96	Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	97
Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 17/115		Johannes Callsen [CDU].....	98
Beschluss: Dringlichkeit bejaht.....	96	Dr. Ralf Stegner [SPD].....	99
Aktuelle Stunde	97	Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	100
Gespräche zwischen Fraktionen und Transparenz in der politischen Kultur des Schleswig-Holsteinischen Landtags	97	Wolfgang Kubicki [FDP].....	101
Antrag der Fraktion der PIRATEN		Lars Harms [SSW].....	103
		Regierungserklärung zur Umsetzung der Energiewende	105
		Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume.....	105
		Johannes Callsen [CDU].....	111
		Dr. Ralf Stegner [SPD].....	115
		Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	120
		Wolfgang Kubicki [FDP].....	124

Angelika Beer [PIRATEN].....	129		
Lars Harms [SSW].....	133		
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesrichtergesetzes.....	136		
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/55			
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss.....	137		
Zukunft der schleswig-holsteinischen Theater.....	137		
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/78			
Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Europa und Kultur.....	137		
Anita Klahn [FDP].....	139		
Peter Sönnichsen [CDU].....	140		
Beate Raudies [SPD].....	142		
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	143		
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	144		
Birte Pauls [SPD].....	146		
Wolfgang Kubicki [FDP].....	147		
Johannes Callsen [CDU].....	147		
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	148		
Lars Harms [SSW].....	149		
Beschluss: Berichts Antrag Drucksache 18/78 und der Tagesordnungspunkt insgesamt mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....	149		
Gemeinsame Beratung			
a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Kürzung der Amtsbezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten und der Landesministerinnen und Landesminister.....	150		
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/31			
b) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes.....	150		
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/115			
Monika Heinold, Finanzministerin	150		
Peter Eichstädt [SPD].....	151		
Tobias Koch [CDU].....	152, 159		
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	153		
Dr. Heiner Garg [FDP].....	154, 162		
Torge Schmidt [PIRATEN].....	155		
Lars Harms [SSW].....	156		
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	158		
Peter Sönnichsen [CDU].....	159		
Wolfgang Kubicki [FDP].....	160		
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	161		
Beschluss: Überweisung an den Finanzausschuss.....	163		
Wahl der Mitglieder des Medienrates der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein.....	163		
Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/120 (neu)			
Beschluss: Annahme.....	163		
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landeswassergesetzes.....	163		
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 18/69			
Oliver Kumbartzky [FDP].....	163		
Klaus Jensen [CDU].....	165		
Dr. Gitta Trauernicht [SPD].....	166		
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	167		
Flemming Meyer [SSW].....	168		
Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	169		

Beschluss: Überweisung an den Umwelt- und Agrarausschuss und den Finanzausschuss.....

170

* * * *

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes vom 24. Januar 2007.....

170

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Gesetzentwurf der Fraktionen von FDP und PIRATEN
Drucksache 18/75 (neu)

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Anita Klahn [FDP]..... 170

Tobias Koch [CDU]..... 172

Kai Vogel [SPD]..... 175

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]..... 176

Sven Krumbeck [PIRATEN]..... 177

Jette Waldinger-Thiering [SSW]... 178

Heike Franzen [CDU]..... 179

Wolfgang Kubicki [FDP]..... 179

Martin Habersaat [SPD]..... 181

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft.. 182

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft

Andreas Breitner, Innenminister

Monika Heinold, Finanzministerin

Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss.....

183

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung

* * * *

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, da es jetzt schon wenige Minuten nach 10 Uhr ist, wäre es ganz gut, wenn wir den Innenbereich des Plenums räumen und die Interviews nach draußen verlagern könnten.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Hau mal auf den Tisch!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die 3. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW haben einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 17/115](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich lasse über die Dringlichkeit der Vorlage Drucksache 18/115 abstimmen. Es gilt das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Stimmenthaltungen und einigen Gegenstimmen ist die Dringlichkeit mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln bejaht. Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf als Punkt 14 A in die Tagesordnung einzureihen und in gemeinsamer Beratung mit Tagesordnungspunkt 3 heute Nachmittag aufzurufen. - Widerspruch sehe ich nicht, dann verfahren wir so.

Weiter haben die Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und die Abgeordneten des SSW mit Drucksache 18/120 einen Wahlvorschlag für die Wahl der Mitglieder des Medienrats der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein eingereicht. Ich schlage vor, den Wahlvorschlag als Punkt 14 B in die Tagesordnung einzureihen und darüber heute Nachmittag ohne Aussprache in der Sache abzustimmen.

Mit Drucksache 18/118 liegt Ihnen ein Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW für die Wahl der Mitglieder des Kongresses

der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) vor. Ich schlage die Einreihung in die Tagesordnung als Punkt 14 C vor und Aufruf zur Sachabstimmung ohne Aussprache am Freitag. - Widerspruch sehe ich nicht; dann verfahren wir so.

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Landesrichtergesetzes – Tagesordnungspunkt 4 – in dieser Tagung in erster und zweiter Lesung zu behandeln, damit im September die Wahl der Mitglieder des Richterwahlausschusses erfolgen kann. Die Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses ist für die heutige Mittagspause vorgesehen. - Widerspruch zu diesem Ablauf sehe ich nicht; dann verfahren wir so.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 4, 6, 34 und 36 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden soll Tagesordnungspunkt 37.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 8 und 14 - Gesetzentwürfe zum Glücksspielwesen und zur Änderung glücksspielrechtlicher Gesetze -, 9, 10 und 11 - Gesetzentwürfe zur Änderung der Gemeindeordnung und des Kommunalabgabengesetzes sowie zur Aufhebung des Gesetzes zur Änderung planungsrechtlicher Vorschriften -, 15, 20 und 24 - Anträge zur Planung und zum Weiterbau der A 20 -, 27 und 31 - Anträge zur Bäderverordnung -, 28 und 29 - Anträge zur schulischen Entwicklung und zum Unterrichtsausfall an den Schulen.

Anträge zu einer Fragestunde liegen nicht vor.

Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratungen in der 3. Tagung.

Wir werden heute und morgen jeweils unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist eine einstündige Mittagspause in der Zeit von 13 bis 14 Uhr vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Lassen Sie uns gemeinsam auf der Tribüne Besucherinnen und Besucher des Regionalen Bildungszentrums Kiel und der Polizeidirektion für Aus-

(Präsident Klaus Schlie)

und Fortbildung aus Eutin begrüßen. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde

Gespräche zwischen Fraktionen und Transparenz in der politischen Kultur des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Antrag der Fraktion der PIRATEN

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der PIRATEN, Herr Abgeordneter Dr. Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten im Landtag einen guten Auftakt und haben uns gemeinsam zu einer neuen Kultur der konstruktiven Zusammenarbeit über Fraktionsgrenzen hinweg bekannt. Wir PIRATEN haben auch konstruktiv mitgearbeitet, zum Beispiel in den Runden der Parlamentarischen Geschäftsführer, als es in der ersten Sitzung um Änderungen der Geschäftsordnung ging, oder auch anfänglich bei der Frage der Fraktionsfinanzierung.

Wir haben allerdings von Anfang an auch klargestellt, dass nach unserer Überzeugung das, was wir als Volksvertreter tun, dem Volk als Vertretenem auch mitgeteilt werden muss, damit es sich rechtzeitig einbringen kann, bevor die entscheidenden Beschlüsse gefasst werden. Deswegen berichten wir in öffentlicher Fraktionssitzung auch über unsere Absprachen in solchen Runden der Parlamentarischen Geschäftsführer oder im Ältestenrat.

Zunächst hat das auch lange Zeit niemanden gestört, zumal wir uns ausdrücklich dazu bekennen, die **Geschäftsordnung** und Fragen des **Beschäftigtendatenschutzes** einzuhalten oder gar **Staatsgeheimnisse** nicht veröffentlichen. Es war wohl im Zusammenhang mit der umstrittenen Entscheidung über die **Fraktionsfinanzierung**, die wir PIRATEN nicht mitgetragen haben, dass die Parlamentarischen Geschäftsführer der übrigen Fraktionen entschieden haben, uns zu solchen Runden generell nicht mehr einzuladen, weil wir nicht eine absolute Geheimhaltung zusichern, auch was politische Entscheidungen angeht.

(Zurufe)

Wir haben davon erst zufällig letzte Woche erfahren. Das ist uns nicht mitgeteilt worden. Deswegen haben wir diese Aktuelle Stunde beantragt.

Wenn die Information zutrifft,

(Zurufe und Heiterkeit)

dann muss ich ganz klar sagen, dass diese Ausgrenzung für uns nicht akzeptabel ist. Denn damit droht ein Rückfall in frühere Zeiten, in denen einzelne Fraktionsführer weitreichende Entscheidungen in Hinterzimmern ausgehandelt haben und sowohl ihre Fraktionsmitglieder als auch die Öffentlichkeit letztendlich vor vollendete Tatsachen und schon beschlossene Entscheidungen gestellt haben.

(Beifall PIRATEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Habeck und ich haben damals zusammengesessen? Auch Stegner und ich haben dauernd zusammengesessen? - Weitere Zurufe)

Dass man auch unter den Augen der **Öffentlichkeit** konstruktiv und vertrauensvoll über die Fraktionsgrenzen hinweg zusammenarbeiten könnte, dass man auch unter den Augen der Öffentlichkeit eigene Positionen hinterfragen könnte, dass man öffentliche interfraktionelle Diskussionen und Absprachen zulassen könnte, das ist nach der alten politischen Kultur offenbar undenkbar gewesen. Das alte System beruht offenbar auf einer **kollektiven Geheimhaltung**, und zwar so lange, bis jede öffentliche Debatte zu spät kommt.

Dazu muss ich ganz klar sagen: Die Zeit einer solchen Elitedemokratie ist nach meiner Überzeugung vorbei. Diese wird von den Bürgern schlichtweg nicht mehr akzeptiert.

(Beifall PIRATEN)

Nach einer repräsentativen EMNID-Umfrage finden nur 29 % der Bürger, dass das bestehende politische System gut ist. Vertrauen in die Arbeit von Abgeordneten haben nach einer FORSA-Umfrage kaum noch ein Viertel der Bürger. Das ist doch eine alarmierende Zahl.

Gleichzeitig sagen aber auch 58 % der Bürger, dass mehr **Transparenz** ihr Vertrauen in die Politik erhöhen würde. Damit ist doch klar, welchen Weg wir einschlagen müssen. Wenn wir die Zukunft der Demokratie sichern wollen, liegt es doch in unserem gemeinsamen Interesse, Bürgern in die Entscheidungsfindung einen Einblick zu geben und sie mitreden zu lassen. Eine totale Geheimhaltung erzwingen zu wollen, indem man uns ausschließt oder Strafe androht, wenn man über Ältestenratssit-

(Dr. Patrick Breyer)

zungen berichtet, das ist definitiv der falsche Weg. Der richtige Weg ist eine breite Debatte und eine gemeinsame Suche nach einem Weg, um mehr Transparenz im Landtag wagen zu können.

Sicher haben Sie den Medien entnommen, dass sich die Stadt Hamburg damit brüstet, Hauptstadt Deutschlands zu sein. Ich finde, wir sollten gemeinsam den Schleswig-Holsteinischen Landtag zum Transparenzparlament Deutschlands machen. Wir freuen uns auf konstruktive Gespräche darüber.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat deren Vorsitzender Callsen.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Demokratie lebt davon, dass sich Menschen beteiligen, sich einbringen und ihnen Entscheidungsprozesse nachvollziehbar erklärt werden. Gerade dieser Schleswig-Holsteinische Landtag hat durch seine Arbeit eine hohe Transparenz, nicht nur symbolisiert durch den gläsernen Plenarsaal, in dem wir uns hier befinden.

Herr Kollege, ich finde, der Beitrag, den Sie hier geleistet haben und in dem Sie Vorurteile gepflegt und nach vorn gebracht haben, trägt genau zum Gegenteil bei. Mit diesen Vorurteilen leisten Sie der Politikverdrossenheit Vorschub. Das kann ich aber nicht zulassen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Es ist doch völlig klar, dass alle **Entscheidungsabläufe** hier im Haus über Protokolle, über öffentliche Sitzungen der Ausschüsse und vieles mehr nachvollziehbar sind. So können die Bürger das alles auch verfolgen.

Im Übrigen gilt für mich wie für alle Abgeordneten, dass es auch unsere Aufgabe ist, die Menschen über die Hintergründe von Entscheidungen aufzuklären. Ich weise deswegen den Eindruck deutlich zurück, es gebe im Landtag einen **Mangel an Transparenz** in der politischen Kultur.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Unabhängig davon haben wir bereits darüber gesprochen, wie wir gemeinsam zu mehr Transpa-

renz, zu einem moderneren Landtag und so weiter kommen wollen. Über diese Möglichkeiten haben wir bereits beraten. Aus der vergangenen Wahlperiode gibt es ein Papier des ehemaligen Landtagspräsidenten Geerds, das viele Anregungen enthält, die man einmal prüfen sollte.

Wenn aber die sogenannten **PGF-Runden** zum Anlass genommen werden, Transparenz anzuzweifeln, dann muss man klar sagen, dass es keine standardisierten PGF-Runden gibt.

(Zuruf PIRATEN: Dann wird es höchste Zeit!)

Es gibt diese Runden schlichtweg nicht. Sie treten nach Bedarf zusammen, und zwar in jeweils völlig unterschiedlicher Zusammensetzung, genauso wie sich Kollegen in der Mittagspause in der Kantine zusammensetzen und Fachfragen diskutieren. Das alles diskreditieren zu wollen, finde ich nicht akzeptabel.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Für mich gehört im Übrigen nicht nur im persönlichen Bereich **Vertraulichkeit** zu den elementaren Voraussetzungen im Umgang miteinander, sondern auch in der Politik.

Ich habe vorhin einen Beitrag im NDR gehört, in dem sehr deutlich wurde, dass Ihre Kollegen aus Nordrhein-Westfalen und aus Berlin das, was Sie hier vorhaben, für übertrieben und überzogen halten. Sie sehen es genauso wie wir, dass es auch **geschützte Bereiche** geben muss. Das gilt für Gespräche zwischen Fraktionen, aber auch für Beratungen im Ältestenrat. Es kann nicht sein, dass anschließend Einzelne über Gespräche informieren und damit die Deutungshoheit über bestimmte Aussagen übernehmen wollen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Zum Abschluss noch zwei ergänzende Hinweise zur Transparenz in der Politik. Liebe Kollegen von den PIRATEN, so wichtig dieses Thema auch ist, ich würde mir von den PIRATEN wünschen, dass sie sich mit dem gleich großen Elan den wichtigen Zukunftsfragen des Landes Schleswig-Holsteins zuwenden. Zu den Fragen der Haushaltspolitik, der Wirtschaftspolitik und der Bildungspolitik haben Sie bisher keine einzige Antwort geliefert. Das trägt nicht zur Glaubwürdigkeit von Politik bei.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

(Johannes Callsen)

Manchmal kann Transparenz aber auch hilfreich sein. Dass das so ist, hat sich für mich gezeigt bei einem Gespräch des Ministerpräsidenten mit der PIRATEN-Fraktion vor der Wahl Herrn Albigs zum Ministerpräsidenten. Ich gehe einmal davon aus, dass dieses Gespräch im Einvernehmen als Livestream im Internet übertragen wurde. Wenn es dies nicht gegeben hätte, hätten wir nicht gewusst, dass sich Herr Albig schon vor der Wahl zum Ministerpräsidenten bei wesentlichen Festlegungen des Koalitionsvertrags vom Acker gemacht hat und den Regierungsfractionen in den Rücken gefallen ist. Dies gilt zum Beispiel, wenn er hinsichtlich der Formulierung der Kennzeichnungspflicht für Polizisten wörtlich sagt: Sie ist nicht so gemeint.

Diese inhaltlichen Fragen sind viel spannender als die heutige Diskussion über Transparenz.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat deren Vorsitzender Dr. Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Aktuelle Stunde gibt Gelegenheit, zu drei Punkten etwas zu sagen. Lassen Sie mich damit beginnen, dass sich Parlamentarismus natürlich verändern muss, dass Transparenz natürlich sehr wichtig ist und dass natürlich eine neu gewählte Fraktion wie die Ihrige das Recht hat, Vorschläge zu machen und sich zu beteiligen.

Ich bin sehr frühzeitig bei Ihnen zu einem Gespräch gewesen. Sie wissen, dass wir aufgeschlossen sind für Veränderungen. Ich will ausdrücklich sagen, dass der Respekt all denjenigen gilt, die gewählt worden sind und nun Vorschläge und Ideen einbringen. Es ist gar keine Frage, dass man dabei immer noch besser werden kann. Wir sind dazu in jeder Weise bereit. Das möchte ich zunächst einmal ausdrücklich sagen, weil ich dem Eindruck widerspreche, es gebe eine generelle Abneigung dagegen; denn diese gibt es nicht.

Das **Parlament** ist übrigens gar nicht so schlecht, nicht nur was dieses Gebäude angeht, das **Transparenz** signalisiert, sondern auch was die **Öffentlichkeit** von Ausschusssitzungen und vieles andere mehr betrifft. Dabei können wir noch mehr tun. Das wollen wir auch gemeinsam. Dabei sehe ich über-

haupt keinen Dissens zwischen den Fraktionen. Das ist der erste Punkt, den ich hier feststellen möchte.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der zweite Punkt: Natürlich können wir auch darüber reden, was man an Endergebnissen - und der Ältestenrat hat nun wenig Geheimnisvolles, was die Ergebnisse angeht - öffentlich machen kann. Aber die **Vertraulichkeit** der Beratungen ist in allen Lebensbereichen wichtig, was man übrigens nicht nur in Regierungskreisen, sondern in vielen anderen auch wahrht. Wenn die nicht mehr gegeben ist, verlieren wir eine ganze Menge an Respekt untereinander und auch an Möglichkeiten, zu Kompromissen zu kommen. Die Öffentlichkeit gewinnt übrigens nichts. Sie stellt allenfalls fest, dass wir Menschen sind wie alle anderen auch mit den gleichen Bedürfnissen, mit den gleichen Regeln.

Wenn ich das als etwas lebensälterer Kollege zu Ihnen sagen darf: Ich hätte mir gewünscht, dass Sie sich eher mit den Streitfragen des Landes auseinandersetzen und nicht gleich über die Spielregeln reden, obwohl Sie die eigentlich hier im Haus gar nicht kennen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ein bisschen eigene Erfahrung im Umgang mit den Dingen führt auch dazu, dass man manche Sachen vielleicht auch ein Stückchen anders sieht und nicht gleich von vornherein sagt: „Wir wollen das aber alles anders machen!“, bevor man es wirklich kennt. Das ist auch ein Stück, das man lernen kann. Wichtig finde ich übrigens noch etwas anderes, nämlich, dass wir, wenn wir uns Regeln setzen, uns auch gemeinsam an sie halten. Jeder, der hier sitzt, war schon in der Mehrheit oder in der Minderheit - jedenfalls die meisten - und weiß, dass es nicht schön ist, in der Minderheit zu sein. Aber zur Demokratie gehört auch die Achtung des Mehrheitsprinzips und dass, wenn Regeln gesetzt werden, sie von allen eingehalten werden und man nicht sagt: Das gilt aber für mich nicht.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Der wichtigste Punkt ist mir aber der dritte. Der Kollege Callsen hat es mit angesprochen. Das ist einer, den ich wirklich ausgesprochen ernst finde. Im Zuge dieser Debatte wird auch versucht, tagespolitischen Gewinn zulasten dieses Parlaments zu erzielen, und das zu einer Zeit, wo es wohlfeil ist, antiparlamentarische Dinge zu sagen. Man bekommt

(Dr. Ralf Stegner)

dafür ganz schnell Applaus. Die Leserbriefspalten sind voll: Die predigen Wasser und trinken Wein. Das ist eine wirklich völlig falsche Ansicht. Die Kollegen hier im Haus arbeiten alle sehr hart. Ich will Ihnen sagen: Wir haben im letzten Jahr die **Fraktionsmittel** um 10 % gekürzt, wir geben 2,7 Millionen € weniger aus, weil der Landtag kleiner geworden ist. Alle Abgeordneten müssen mehr arbeiten. Repräsentative Demokratie kostet Geld. Darauf sollten wir stolz sein und nicht den Eindruck erwecken, das ginge auch alles anders.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Und ich bin jetzt Vertreter einer Regierungsfraktion, ich sage aber trotzdem - auch aus Respekt -: Wenn man eine Regierung aus dem Parlament heraus begleiten und kontrollieren will, dann geht das nicht, ohne dass man eine bestimmte **Ausstattung** hat, ohne dass wir ordentliche wissenschaftliche Mitarbeiter haben, ohne dass wir auch mit den Bürgern reden können und uns für Recherchen nur im Hause aufhalten, anderes aber gar nicht mehr zustande bekommen. Alle leisten hier etwas und müssen etwas leisten. Das ist eine Stärke der repräsentativen Demokratie. Dafür müssen wir gemeinsam werben, sonst wird das immer schlechter werden.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Und zur politischen Bildung gehört übrigens auch, nicht zu behaupten, der Rechnungshof - wie ich es gelesen habe - gehöre zu den Verfassungsorganen. Ich achte einen unabhängigen **Rechnungshof** wirklich sehr, ich stelle aber fest: Handlungsperspektiven für den Rechnungshof werden durch das Parlament definiert, nicht umgekehrt. Wir haben schon bestimmte Regeln in der parlamentarischen Demokratie, die gelten müssen. Das gilt hier für alle.

(Beifall bei SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Die Politik ist wirklich sehr viel besser als ihr Ruf. Das ist der Teil, den ich Ihnen wirklich ein Stück weit vorwerfe, dass Sie sozusagen mit Blick darauf, dass man dafür schnellen Applaus bekommt, mit dazu beitragen, diese Umfrage, die Sie zitiert haben, noch zu verschärfen.

(Zuruf)

- Nein, es ist nicht so. Die meisten Kolleginnen und Kollegen - völlig unabhängig, welcher Fraktion sie angehören - sind Leute, die wollen, dass das **Gemeinwohl** beachtet wird, dass man etwas tut, dass man fleißig ist, dass man sich dafür einsetzt. Ich bin

wirklich jemand, der leidenschaftlich streitet. Wir werden das ab dem nächsten Tagesordnungspunkt in der Sache auch tun. Aber wir sollten nicht darüber streiten, ob wir hier gemeinsam etwas für das Gemeinwohl tun wollen und uns anstrengen und eben nicht überversorgt sind, sondern ganz im Gegenteil. Manchmal sind wir hart am Rande der Schabrigkeit, wenn ich manche Dinge mit anderen Ländern vergleiche, was Gastfreundschaft und solche Dinge angeht. Auch das ist ein Punkt, über den wir reden müssen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Also bitte, lassen Sie uns viel stärker über die Zukunft dieses Landes streiten und darüber, was wir in der Sache tun sollten, und nicht so tun, als sei es ein intransparenter Haufen von Leuten, die eigentlich nur Machtpolitik wollen, nur an sich selbst denken und sich selbst versorgen. Das ist so weit von der Wirklichkeit entfernt.

Ich glaube wirklich im Ernst: Unsere gemeinsame Aufgabe muss ein, dass sich wieder mehr Menschen für Politik interessieren. Es ist nicht so, dass die Politiker schlechter seien als die Wirtschaftsleute, die Medienleute, die Wissenschaftler oder wer auch immer. Wir haben eine **repräsentative Demokratie**, die vom Engagement und vom Respekt für die Regeln, vom Respekt voneinander und vom Streit um die Sache lebt. Dieses Parlament ist ein gutes Parlament. Ich bin leidenschaftlicher Parlamentarier, und Sie sind das doch alle auch. Also lassen Sie uns den Kinderkram lassen, was solche Punkte angeht, vernünftige Regeln miteinander beschließen und in der Sache um die Zukunft des Landes streiten!

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW - Hans-Jörn Arp [CDU]: So habe ich noch nie bei Ihnen geklatscht! - Weitere Zurufe)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat deren Vorsitzende, Frau von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren! Die Fraktion der PIRATEN hat das Thema der Transparenz zur Aktuellen Stunde angemeldet, ein wichtiges Thema und immer aktuell, auch wenn ich an dieser Stelle den aktuellen Anlass für das Ansetzen einer Aktuellen Stunde nicht sehe. Ich hätte lieber mit Ihnen - und

(Eka von Kalben)

das werden wir hoffentlich auch noch tun - über die Änderung der Geschäftsordnung konkret anhand eines Antrags diskutiert. Das würde Sinn machen. Diese Aktuelle Stunde, nur um allgemein über ein Thema zu diskutieren, ist aus meiner Sicht eher populistisch und führt uns nicht weiter im Zusammenarbeiten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und CDU)

Das Thema der **Transparenz** und der **Informationsfreiheit** ist ein wichtiges und urgrünes Thema. Wir haben zusammen mit der SPD 2006 das Informationsfreiheitsgesetz eingebracht. Wir haben Gremien, die grundsätzlich für alle Mitglieder und Nichtmitglieder öffentlich sind. Jeder kann an unseren Sitzungen teilnehmen. Aber das reicht nicht. Wir wollen noch mehr. Wir wollen nicht nur, dass man das **Recht** hat, sich zu informieren, wir wollen auch eine **Pflicht** der Behörden, Menschen **zu informieren**. Wir planen daher zurzeit auch die Einführung eines Transparenzgesetzes.

Doch meines Erachtens kann man Transparenz nicht damit durchsetzen, dass man seitenlange Wortprotokolle veröffentlicht oder Sitzungen live-streamt. Wer soll das bitte schön alles noch verfolgen? Wir haben gerade eben am Beispiel von Herrn Callsen festgestellt, wie aus dem Zusammenhang etwas herausgezogen werden kann, wenn man eben genau diese Form der Veröffentlichung wählt. Ich halte das für falsch. Das halte ich tatsächlich sehr viel stärker für elitär, weil das nämlich eine Form von Demokratie und Beteiligung ist, die sich nur sehr wenige Menschen leisten können. Nur wenige Menschen können den ganzen Tag vor dem Computer sitzen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Das ist nicht die Form von Transparenz, die ich mir wünsche.

Ich glaube auch, dass wir wirklich noch mehr tun müssen. Wir müssen auf die Straße gehen. Wir müssen Menschen in Veranstaltungen, über Presse und natürlich auch über das Internet informieren, und wir müssen es vor allen Dingen auch in einer anderen Sprache tun. Wir haben in den letzten Jahren Demokratieveranstaltungen im Land gemacht und hatten dort auch immer Jugendworkshops. Es geht darum, wie wir reden, und nicht darum, dass alles kleinklein veröffentlicht wird. Ich glaube nicht, dass das die Form ist, die uns wirklich weiterhilft.

Wir müssen außerdem mehr Möglichkeiten zur **Mitentscheidung** schaffen. Es reicht nicht, nur Transparenz zu schaffen, und dann kann der Bürger oder die Bürgerin hinterher sehen, warum wie entschieden wurde; nein, die Menschen wollen auch mitentscheiden. Ich habe in den letzten zwei Jahren als Landesvorsitzende mehr Einblick in den Landtag genommen als 95 % aller Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, die nicht im Landtag sitzen. Ich war sozusagen eine Außenstehende, und ich kann mich nicht erinnern, dass ich irgendwelche Prozesse nicht nachvollziehen oder einsehen konnte, und zwar als ganz normale Bürgerin. Konnte ich Entscheidungen leider nicht immer nachvollziehen, dann lag das aber an den politischen Inhalten von Schwarz-Gelb und nicht an der mangelnden Transparenz.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Transparenz schafft Vertrauen in die Demokratie, das ist richtig. Aber ich glaube, es braucht auch ein Minimum an Vertrauen untereinander, um transparent arbeiten zu können. Wenn jedes Gespräch - und ich sage: jedes Gespräch -, das ich führe, hinterher sofort in der Öffentlichkeit ist, kann ich nicht vertrauensvoll mit jemandem zusammenarbeiten.

Ich möchte zum Schluss daher auch noch einmal einen Ihrer Kollegen zitieren, den Vorsitzenden Bernd Schlömer, der in einem Interview in der „Stuttgarter Zeitung“ gesagt hat:

„Es gibt für den Politikbetrieb auch eine Präventivkraft des Nichtwissens. Es gibt einen Bereich, unter dem vertrauliche Gespräche geschützt werden müssen. Das ist nötig, um den Parlamentsbetrieb zu schützen. Würden wir vollkommene Transparenz herstellen, würden unsere politischen und Moral- und Rechtssysteme zusammenbrechen.“

Dem möchte ich nichts hinzufügen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP, PIRATEN, SSW und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat deren Vorsitzender Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn diese Aktuelle Stunde der PIRATEN etwas Gutes hat - manche mögen das vielleicht komplett

(Wolfgang Kubicki)

anders sehen -, dann, dass der Kollege Dr. Stegner und ich zum zweiten Mal fast wortgleich einer Meinung sind. Herr Dr. Stegner, das muss uns eigentlich zum Nachdenken Anlass geben. Wenn es nicht so traurig wäre, dann könnte man daraus eine Blütenveranstaltung machen: Das Land hat unheimliche Probleme. Die Menschen haben Sorgen, Europa fliegt fast auseinander, und wir beschäftigen uns hier mit einem Antrag der PIRATEN, der - wie der Fraktionsvorsitzende es vorgetragen hat - von Unzulänglichkeiten und falschen Informationen nur so strotzt.

Herr Breyer, was Sie wollen, ist nicht Transparenz, was Sie machen, ist Denunziation. Ich werde es gleich belegen.

(Beifall CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich sage Ihnen auch, warum Sie das machen: Sie machen das, weil Sie die komplette inhaltliche Leere, die Sie ansonsten an den Tag legen, verdecken wollen, nichts anderes haben Sie ja, und weil Sie verschleiern wollen, dass Ihre Fraktion in den wesentlichen Fragen zerrissen ist.

Ich habe zwei Sitzungen des Innen- und Rechtsausschusses miterlebt, die historisch sind: Da erscheinen drei PIRATEN. Der von den PIRATEN in den Innen- und Rechtsausschuss entsandte Abgeordnete, Herr Dudda, stimmt in die eine Richtung und der Fraktionsvorsitzende sagt Nein. Das ist ja toll.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Wir haben keinen Fraktionszwang! So ist das!)

Herr Kollege Breyer, wenn wir so arbeiten, können wir die Fraktionen auflösen und uns bei allen Ausschusssitzungen gemeinsam treffen, weil dann alle ihre jeweilige Meinung zum Besten geben.

Der Sinn der parlamentarischen Arbeit besteht darin - deshalb haben wir Fraktionen, und das erleichtert auch die Arbeit -, dass man sich untereinander verständigen kann, zunächst Sie untereinander und dann wir miteinander. Ansonsten ist die parlamentarische Arbeit überhaupt nicht mehr zu vollziehen. Das werden Sie vielleicht in den nächsten Wochen und Monaten noch begreifen.

Ich fange jetzt an, Ihnen zu sagen, wo Sie denunzieren: Sie behaupten in der Öffentlichkeit, es gebe Runden der Parlamentarischen Geschäftsführer, von denen Sie ausgeschlossen würden. Solche Runden gibt es nicht. Dass sich die Parlamentarischen Geschäftsführer über Abläufe verständigen müssen, übrigens auch heute, morgen und übermorgen während der Tagung, das ist der Sinn der Veranstal-

tung, dafür haben wir sie, damit sich nicht alle Abgeordneten hier treffen müssen wie im Ting und dann darüber verhandeln müssen, welcher Tagesordnungspunkt behandelt wird, mit welchen Redezeiten, was man von der Tagesordnung herunternimmt, wie man miteinander umgeht. Das ist der Sinn.

Herr Breyer, man könnte heute sagen: Wir haben jetzt eine Kinderkrabbelgruppe mit Ihnen. Das Parlament ist aber nicht der Hort für eine Kinderkrabbelgruppe. Wir sind hier kein Kindergarten, sondern die Menschen erwarten, dass wir uns darum kümmern, ihre Probleme vor Ort zu lösen, oder jedenfalls einen Beitrag zur Lösung leisten.

(Beifall CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das leisten Sie gerade nicht.

Das Zweite ist, Sie behaupten, Sie hätten keinen Fraktionszwang. Damit unterstellen Sie, bei allen anderen gibt es einen **Fraktionszwang**. Ich kann sicher sagen, dass es in meiner Fraktion keinen Fraktionszwang gibt. Wie denn auch?

(Christopher Vogt [FDP]: Wir haben bei der Dringlichkeit schon unterschiedlich abgestimmt!)

- Wie denn auch? Es gab auch in der Vergangenheit bei den anderen Fraktionen durchaus öffentlich ausgetragene, unterschiedliche Meinungen. Nur, im parlamentarischen Betrieb muss man irgendwann einmal zu einem Konsens kommen. Bei uns gibt es jedenfalls keinen Fraktionszwang, und ich frage: Wie wollen Sie den ausüben? Wie soll das funktionieren? - Ich sage dann, er soll sein Mandat zurückgeben, wenn er anders abstimmt als ich, oder wie? Wie stellen Sie sich so etwas vor? - Fraktionszwang bedeutet doch, dass Sie Sanktionsmöglichkeiten haben. Welche haben Sie denn? Sie haben gar keine. Das Einzige, womit Sie werben können, ist Ihre eigene Überzeugungsbildung, und das versuchen wir zunächst. Ich sage meinen Leuten immer: Wenn es mir nicht gelingt, euch zu überzeugen, wie wollen wir dann die Menschen überzeugen? So geht es den anderen Fraktionen wahrscheinlich auch.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Hoher Anspruch!)

Auch das müssen Sie vielleicht noch lernen: Wenn es Ihnen nicht gelingt, Ihre eigenen Leute zu überzeugen, warum glauben Sie, dass Sie die Menschen in Schleswig-Holstein von dem überzeugen können, was sie politisch nicht wollen?

(Wolfgang Kubicki)

Die dritte Behauptung ärgert mich wirklich zu Tode. Dr. Stegner, es tut mir leid, Sie wissen, wie sehr ich Sie schätze, und ich werde Sie wirklich vermissen,

(Heiterkeit FDP)

wenn ich diesem Parlament nicht mehr angehöre, nicht weil wir nicht gewählt worden sind, was Sie immer gehofft haben, sondern weil ich möglicherweise einer anderen Funktion nachgehen werde. Zu behaupten, Fraktionsvorsitzende hätten sich in Hinterzimmern getroffen - mein Zimmer ist kein Hinterzimmer, Ihr Zimmer wahrscheinlich auch nicht -, um irgendetwas abzusprechen, ist absurd.

(Zuruf)

- Herr Breyer, das haben Sie gerade in Ihrer Rede gesagt. Ich kann sicher sagen - das werden die meisten hier nachvollziehen können -, dass Dr. Stegner und ich uns weder in Hinterzimmern getroffen noch heimliche Absprachen getroffen haben. Das wäre auch mental schwer vermittelbar.

(Zurufe Abgeordnete Rolf Fischer [SPD] und Lars Harms [SSW])

Ich kann sagen, dass Dr. Stegner privat nicht ganz so schlimm ist, wie er öffentlich in Erscheinung tritt,

(Heiterkeit FDP - Beifall Abgeordneter Dr. Heiner Garg [FDP])

aber das hat nichts damit zu tun, dass es solche Absprachen gegeben hat - weder mit Robert Habeck noch mit Anke Spoorendonk, noch mit Ralf Stegner. Wir haben uns ein einziges Mal und sehr transparent zusammengesetzt, und zwar zusammen mit dem Landtagspräsidenten. Das war bei der Frage der Reform des Wahlrechts. Das musste logischerweise schnell gehen, und wir mussten dort Vorarbeiten leisten, um festzustellen, wie schnell Mehrheiten hergestellt werden können.

Hören Sie auf mit Ihren - möglicherweise schon mit der Muttermilch aufgesogenen - Vorurteilen! Denunzieren Sie den Parlamentarismus nicht, sondern beteiligen Sie sich an der inhaltlichen Arbeit! Dann tun Sie sich selbst und dem Land einen größeren Gefallen als mit solchen Schauanträgen.

(Beifall CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Für den SSW hat deren Vorsitzender, Herr Abgeordneter Lars Harms, das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In dieser Debatte stellen sich für mich drei Fragen. Erstens. Sind wir wirklich so intransparent, wie uns von der PIRATEN-Fraktion vorgeworfen wird? Zweitens. Gibt es tatsächlich diese Runden der Parlamentarischen Geschäftsführer? Drittens. Was ist eigentlich Transparenz?

Die erste Frage, ob wir **intransparent** sind, kann man definitiv mit nein beantworten. Wir haben das öffentliche Plenum, wir haben die öffentlichen Ausschüsse, über alle öffentlichen Sitzungen geführte Protokolle sind öffentlich. Wir haben die Anträge im Netz, sodass sich der Bürger genau über die Abläufe informieren kann. In der Tat haben wir auch **geschützte Bereiche**. Es gibt zwei Bereiche: einmal die Bereiche, die formal geschützt sind, in denen es darum geht, dass Sicherheitsbedenken Rechnung getragen wird und Unternehmensgeheimnisse gewahrt bleiben müssen. Das sind das Parlamentarische Kontrollgremium und der Unterausschuss des Finanzausschusses für Unternehmensbeteiligungen.

Wir haben auch **informell geschützte Bereiche**. Das ist im normalen Umgang völlig normal. Das kennt jeder aus allen Lebensbereichen. Das gibt es in Unternehmen, das gibt es sogar in Familien, dass sich Familienmitglieder mal vertraulich miteinander unterhalten und möglicherweise nicht jedes einzelne Familienmitglied in irgendeiner Art und Weise informieren. Warum sollten wir anders sein als die Familien, als die Unternehmen, als die Vereine, als die Organisationen und Institutionen, die es im Land gibt?

Natürlich gibt es diese Bereiche. Diese Bereiche dienen dazu, Einigungen und Kompromisse herzustellen, die sonst, wenn wir in diesen Bereichen öffentlich tagen würden, niemals möglich wären, weil wir natürlich sofort in unsere normale Haltung zurückfallen und immer die reine Lehre der jeweiligen Partei vertreten würden. Um dies wirklich überwinden zu können, schafft man solche geschützten Bereiche, um **Kompromisse** möglich zu machen. Selbstverständlich werden diese Kompromisse auch mit den jeweiligen Fraktionen zurückgekoppelt.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich stelle fest: Intransparent sind wir nicht. Dabei ist es selbstverständlich so, dass wir immer besser werden können. Es ist immer Ziel von Politik, besser zu werden, aber so intransparent sind wir nicht.

(Lars Harms)

Wie sieht es nun mit den Parlamentarischen Geschäftsführern aus, dieser angeblichen Runde, die anscheinend regelmäßig tagt, ohne dass ich dabei bin, obwohl ich schon seit Jahren Parlamentarischer Geschäftsführer bin? Anscheinend bin ich dann ja auch ausgeschlossen. Ich habe mich einmal mit den einzelnen Parlamentarischen Geschäftsführern unterhalten. Keiner kennt diese Runden. Alle sechs Parlamentarischen Geschäftsführer scheinen also in diesem Hohen Haus von diesen Runden ausgeschlossen zu sein, die irgendwelche Parlamentarischen Geschäftsführer anscheinend organisieren, die wir aber nicht kennen. Um es kurz zu machen: Diese Gespräche gibt es nicht.

Es gibt - mit wechselnden Personen, die an diesen Sitzungen teilnehmen - Gespräche zwischen einzelnen und manchmal auch mehreren Parlamentarischen Geschäftsführern. Manchmal sind auch alle dabei. Es gibt niemanden, der bisher ausgeschlossen hat, nicht alle auch wieder mit aufzunehmen. Es ist richtig, dass es auch Gespräche gab - da haben die PIRATEN recht -, zu denen wir uns getroffen haben und gesagt haben: Wir wollen in Ruhe vertraulich miteinander reden. Das haben wir auch angeboten, haben aber feststellen müssen, dass **Vertraulichkeit** durch die PIRATEN nicht immer gewahrt wird. Das ist das eigentliche Problem.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und Abgeordneter Dr. Heiner Garg [FDP])

Wenn man sich mehrheitlich darauf einigt, Vertraulichkeit zu wahren, dann muss auch eine zahlenmäßige Minderheit bereit sein, diese Vertraulichkeit mitzuwahren. Es reicht mir nicht, dass gesagt wird: Aber die Formalismen sind so, wie sie sind, und solange sie so sind, quatschen wir über alles, was irgendwo einmal vertraulich beraten werden sollte. Das ist kein normaler Umgang, und zwar nicht nur parlamentarisch gesehen; auch zwischenmenschlich ist das für mich kein normaler Umgang.

(Beifall SSW, CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weise auch noch einmal darauf hin: Das ist nicht nur eine Geschichte, die die Parlamentarischen Geschäftsführer angeht, sondern es ist natürlich auch völlig normal, dass sich Fachsprecher unterhalten. Dass man auch regierungsfraktions- und oppositionsfraktionsübergreifend miteinander spricht, um Kompromisse zu finden. Inhaltliche Kompromisse bei Anträgen wird es auch in dieser Sitzung garantiert geben. Man wird miteinander schnackeln, ob man sich irgendwo treffen kann.

Treffen nicht nur im Sinne von Zusammentreffen, sondern auch im Sinne von inhaltlicher Begegnung. Für mich ist das etwas völlig Normales.

Es ist, meine Damen und Herren, auch einfach wichtig, dass wir dieses normale Zwischenmenschliche hier in diesem hohen Haus bewahren können; denn das macht eigentlich unsere Arbeit aus. Das hat sich in der Vergangenheit durchaus als erfolgreich erwiesen.

Was ist aber nun wirklich transparent? - Wir stellen fest, dass wir die ganzen Abläufe nachvollziehen können und dass es all das, was uns von den PIRATEN vorgeworfen wird, eigentlich gar nicht gibt. Dann stellt sich natürlich die Frage: Was soll eigentlich dann transparent sein in diesem Parlament? - Für mich ist Transparenz, dass in diesem Parlament die unterschiedlichen Haltungen der einzelnen Fraktionen - möglicherweise sogar einzelner Abgeordneter - auch für den Bürger deutlich werden. Dann ist es natürlich im Umkehrschluss intransparent, wenn es Parteien, Fraktionen oder auch Abgeordnete gibt, die nicht bereit und möglicherweise auch nicht in der Lage sind, sich zu einzelnen Themen zu äußern.

Ich höre, dass die PIRATEN der Auffassung sind, dass sie derzeit noch nichts zur Situation der Theater sagen können und dass Glücksspiel ein Bereich ist, zu dem sie sich nicht äußern können. Auch scheinen sie keine Ahnung davon zu haben, wie es mit der Bäderregelung weitergehen soll. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, Sie ändern noch Ihre Haltung. Das ist das, was im Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag am 16. August 2012 zu lesen war. Ich hoffe, Sie ändern noch Ihre Haltung, denn der Bürger erwartet auch von Ihnen, von den PIRATEN, dass Sie sagen, wie Sie, die von den Bürgern gewählt worden sind, als Fraktion zu einzelnen Themen Stellung nehmen. Das - und nichts anderes - ist wahre Transparenz, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind hier in der Tat dazu da, die Probleme zu lösen, und ich bin der festen Überzeugung, dass alle Abgeordneten in diesem Hohen Hause auch wirklich ihre Bestes geben, um eben die Probleme zu lösen. Es ist aber, meine Damen und Herren, wichtig, dass die Menschen draußen auch wissen, auf was sie sich einlassen, wenn sie bestimmte Parteien wählen. Es geht eben nicht nur darum, dass man hier über **Transparenz** redet, sondern dass man Transparenz auch walten lässt und den Leuten

(Lars Harms)

wirklich in aller Öffentlichkeit - nicht nur im Internet in irgendeinem Dienst, sondern auch hier im Parlament, wo es hingehört - sagt, was man denkt und welche Haltung man vertritt. Meinetwegen dürfen auch alle sechs Piraten einzeln hochkommen, wenn sie sechs verschiedene Meinungen haben. Damit habe ich keinen Schmerz; aber es muss so sein, dass der Bürger-

(Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

- Heiner hat mehr Schmerz damit? - Wir haben wahrscheinlich auch alle keine Zeit dafür. Da gebe ich dem Kollegen Kubicki recht. Trotzdem ist es aber für die Bürger wichtig, hier im Hohen Haus zu erfahren, wie die einzelnen Fraktionen beziehungsweise die einzelnen Abgeordneten zu Themen stehen. Das ist für mich die eigentliche Transparenz, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, CDU, SPD und FDP)

Ich glaube - das möchte ich zuletzt sagen -, dass es nicht unbedingt dem Ruf der Politik dient, wenn man hier solche Anträge stellt und solche Debatten führt, sondern ich glaube wirklich, es ist in der Tat so, dass wir es mit Politikverdrossenheit, vielleicht auch mit Politikerverdrossenheit zu tun haben. Das ist richtig. Diese dann aber noch zu schüren, ist eigentlich der komplett falsche Weg, sondern man muss daran arbeiten, wie man sie abbauen kann.

Ich habe wirklich hohen Respekt davor, dass die PI-RATEN einen Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung gestellt haben. Das ist völlig okay. Dass wir darüber beraten, ist auch völlig okay. Aber, meine Damen und Herren, die Geschäftsordnung ist etwas, was wir uns selbst geben. Dabei geht es darum, wie wir uns selbst organisieren. Da wäre es auch in diesem Fall schlau, wenn man sich gemeinsam in vertraulichen Runden erst einmal darüber einigt, wie man das machen will.

Es ist in Ordnung, dass wir einen Anlass haben, aber es ist nicht in Ordnung, dass diese Gespräche eben nicht der Vertraulichkeit unterliegen, um zu sehen, wie wir unsere eigene Arbeit hier organisieren. Es ist schade, dass das leider mit einem Teil des Parlaments nicht mehr möglich ist. Dann darf man sich nicht wundern, wenn sich andere - frei, wie sie als Abgeordnete sind - als Abgeordnete untereinander unterhalten, wie sie es denn möglicherweise als Kompromiss hinbekommen können. Es wäre schön, wenn Sie in die Gemeinschaft der Parlamentarier zurückkommen würden, die eben gemeinsam an einer Sache arbeiten wollen. Ich hoffe, dass Sie da in den nächsten fünf Jahren noch ein

bisschen lernfähiger werden, damit wir alle hier vernünftig zusammenarbeiten können. Ich glaube, das wäre der richtige Weg. Ein bisschen mehr Vertrauen auch in die sogenannten Altparteien würde hier jedem in diesem Parlament wirklich gut zu Gesicht stehen.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Regierungserklärung zur Umsetzung der Energiewende

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume, Herr Dr. Robert Habeck.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Mitglieder der alten Landesregierung haben mir, als ich Minister wurde, auf die Schulter geklopft und gesagt: „Herzliches Beileid!“. Ich versuche einmal, die Stimme nachzumachen, dann ahnen Sie, wer das war: „Herzliches Beileid“,

(Christopher Vogt (FDP): War das Samson, oder wer?)

- jetzt, wo Sie aus der Koalition raus sind, können Sie es ja sagen, Herr Vogt - die Energiewende wird scheitern am Föderalismus, am Bund, an den Menschen.

Im Oktober wird die EEG-Umlage angehoben, und die Kritiker füllen schon jetzt den Echorraum derjenigen, die die Energiewende nie gewollt haben.

Der Netzausbau wird gegen den Ausbau der erneuerbaren Energien ausgespielt.

Der Bundeswirtschaftsminister will das EEG ganz abschaffen.

All das lesen und hören wir täglich überall. Ich stehe jetzt aber hier, um dem zu widersprechen und den Faden aufzunehmen, den wir hier vor Kurzem gemeinsam geknüpft haben, die Argumente zu sortieren und sie zu widerlegen.

Diese Regierung tritt an, die **Energiewende** so umzusetzen, wie wir es vor eineinhalb Jahren be-

(Minister für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume Dr. Robert Habeck)

schlossen haben. So sehe ich mich denn eher als der nächste Staffelläufer, der von de Jager und Rumpf den Stab übernimmt, als jemand, der etwas Neues beginnt.

Wir bauen die Energieversorgung in Deutschland - einem führenden Industrieland - um. Wer damals glaubte, dass das mit einem Fingerschnippen hätte gelingen können, war naiv. Wer jetzt aber aus dieser Naivität Resignation werden lässt, der macht aus Politik selbstverschuldete Unmündigkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und SSW)

Fortschritt kommt zustande, indem man große Probleme löst. Deshalb ist die Energiewende das Fortschrittsprogramm für unser Land. Die **Energiewende** ist ein Projekt ohne Vorbild. Es gibt keine vorgefertigte Blaupause. Vieles werden wir lernen, und Einiges werden wir korrigieren müssen. Das habe auch ich bereits erfahren dürfen bei dem Versuch, die umstrittenen **Windeignungsgebiete** vorzeitig auszuweisen. Meine Damen und Herren, es wird nicht das Letzte sein, was ich in diesem Prozess lernen werde. Und das macht mich froh.

Obwohl also nicht bis zum Letzten klar ist, wo genau wir enden werden, müssen wir uns heute fragen, ob wir bei jedem ersten Gegenwind, bei jedem lauen Lüftchen von vorn umdrehen sollen, ob wir bei jedem Anstieg des Weges rumjammern und überlegen sollen, ob wir nicht doch besser Zuhause geblieben wären, oder ob wir uns darauf einigen sollen, den Kompass neu zu eichen, den Kurs zu halten und dann gemeinsam loszumarschieren.

(Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

- Es wird noch besser, Herr Kubicki! - Laufen lernt man nur durch gehen. Deshalb ist für diese Regierung klar: Wir werden voranschreiten. Ich hoffe noch darauf, dass wir es gemeinsam tun werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Als frisch gebackener Minister erhielt ich in meinem Haus verschiedene Übersichten mit dem Planungsstand der alten Landesregierung zum **Netz- oder Speicherausbau**. Ich werde sie - quasi als eine Art Eröffnungsbilanz - kurz vortragen: Das **Pumpspeicherwerk Geesthacht** soll im Herbst 2014 voll einsatzfähig sein - drei Jahre nachdem wir die OWAG-Änderung hier gemeinsam beschlossen haben. An der Westküste soll der Baubeginn der ersten **Trasse Barlt-Heide** 2016 - von heute aus gesehen, in vier Jahren - fertiggestellt

sein. Die Trasse **Heide-Husum** soll 2018 und die Trasse **Husum-Niebüll** 2019 fertig sein. Demnach wäre 2020 - in acht Jahren, 10 Jahre nach dem Fukushima-Ausstiegsbeschluss oder noch später - die **Westküstentrasse** fertiggestellt sein. Bei der **Ostküstentrasse** soll erst 2015 mit den Planungen begonnen werden. Auf der 110-kV-Ebene sollte E.ON die Planfeststellung für diverse Trassen ab dem ersten Quartal 2012 einreichen. Keine einzige ist bisher eingegangen.

Meine Damen und Herren, das alles dauert zu langsam, wird zu spät fertig sein und kann so nicht laufen, und wir werden es so nicht laufen lassen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Je mehr man fragte, wo es eigentlich hakt, desto deutlicher wurde, dass jeder die Verantwortung bei anderen sah. Gespräche mit Verbänden, Vorhabenträgern sowie mit Bürgerinnen und Bürgern haben gezeigt, dass es einen Zustand struktureller Verantwortungslosigkeit gegeben hat. Es wurde und wird Schwarzer Peter gespielt. Der eine zeigte immer auf den anderen. Damit muss Schluss sein. Ich glaube, wir haben damit bereits Schluss gemacht.

Meine Damen und Herren, der Begriff „Energiewende“ wird in der öffentlichen Debatte in einer verkürzten Form gebraucht. Er meint allein den Umstieg oder Ausstieg aus der Atomenergie und den Umbau des Stromsektors, um diesen Ausstieg hinzubekommen. Auch ich werde mich aus den genannten Gründen - weil sie eben in der öffentlichen Debatte so stark sind - heute auf den **Stromsektor** konzentrieren. Die Energiewende ist aber mehr. Sie ist ein Paradigmenwechsel. Sie bezieht den Wärme- und den Verkehrssektor sowie alle Wirtschaftsbranchen, die Art, wie wir bauen, leben und Güter transportieren, welche Güter wir herstellen, mit ein.

Ein verkürzter Begriff der Energiewende macht diese lediglich zu einer Pirouette. Wir hätten uns einmal kunstvoll im Kreis gedreht, das wäre es dann gewesen. Deshalb wird die Landesregierung alle Bereiche unseres politischen Handelns, Sanierungsprogramme, EU-Förderungen, Bildungsangebote, Verbraucherpreise und Verbraucherberatung in diese große Transformation mit einbeziehen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich jetzt zum neuralgischen Punkt der Debatte kommen, den **Strompreisen** und der **Versorgungssicherheit**. Viele Menschen machen sich Sorgen, dass der Strom für sie zu teuer wird. Ich nehme diese Sorgen sehr ernst. Ich will den Anstieg der Strompreise be-

(Minister für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume Dr. Robert Habeck)

grenzen, und ich will nicht, dass die Energiewende zu einem sozialen Problem wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich will aber auch keine Scheinheiligkeit in der Debatte. Alles in mir wehrt sich dagegen, wenn börsennotierte **Großkonzerne** vor den teuren Strompreisen warnen, diejenigen, die sowieso von der **EEG-Umlage** ausgenommen sind und damit den Preis für die Endkunden hochtreiben.

Die öffentliche Debatte um die **Preisentwicklung** der Energiekosten ist hitzig, und sie ist sehr aktuell. Dabei wäre eine sachliche Diskussion angezeigt. Von 2006 auf 2011, also in den letzten fünf Jahren, stieg der Strompreis in Deutschland um 6,5 ct pro kW/h. Die EEG-Umlage hat sich von 2009 auf 2011 von 1,1 ct pro kW/h auf 3,6 ct pro kW/h verdreifacht. Das wurde im Wesentlichen durch den Anstieg der Solarenergie verursacht. Weitere Steigerungen im Herbst sind prognostiziert. Wir werden darüber hier im Oktober wahrscheinlich erneut beraten, vielleicht auch in anderen Runden. Aber der Strompreisanstieg ist nicht allein mit dem **EEG** zu begründen, und die Stromkosten - darauf sei einmal hingewiesen - haben einen eher geringen Anteil an den Haushaltsausgaben. Im Vergleich zu den Ausgaben für Wärme haben sie sogar einen deutlich geringeren Anteil. Sie betragen 2,2 % des Durchschnittshaushalts. Die **EEG-Umlage** beträgt - das ist dann der Beitrag, den der Haushalt im Moment leistet - 0,3 % der durchschnittlichen Haushaltsausgaben.

Es gibt also in Deutschland Armut, aber die EEG-Umlage ist nicht der Grund dafür.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wenn diejenigen, die gegen eine **Börsensteuer** sind und gegen eine **Vermögensabgabe**, mit Krokodilstränen vor den sozialen Kosten der erneuerbaren Energien warnen, dann sollte man gewarschaut sein.

(Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir haben bereits jetzt starke Impulse im EEG zur **Kostensenkung** und **Degression**. Dennoch sollten wir zukünftig im EEG-Mix noch stärker auf die effizienten **EE-Technologie** setzen - die effizienten! - und damit vorrangig auf die On-shore-Windenergie.

(Beifall Abgeordneter Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das kann man nicht laut genug und vor allen Dingen nicht oft genug in Richtung Berlin sagen. Wenn wir preiswerten erneuerbaren Strom wollen, dann wollen wir Strom aus Schleswig-Holstein. Onshore-Windenergie ist der Kostensenker bei den erneuerbaren Energien. Wir haben es einmal nachgerechnet. Wir produzieren hier an guten Windstandorten für etwa 5,9 ct pro kW/h. Würde man Onshore-Windparks - das wäre immer noch die günstigste Form der Energieerzeugung - im Süden aufstellen, bei den schwächeren Windeignungsgebieten, die die dort haben, läge der Preis bei 9 bis 10 ct pro kW/h. Hinzu kämen Gebühren für den **Netzausbau**, etwa 1 bis 1,5 ct pro kW/h. Selbst wenn man alles zusammenrechnet, ist die Energie aus Schleswig-Holstein der Kostensenker im Konzert der Erneuerbaren.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Hätten wir bundesweit einen Energiemix wie in Schleswig-Holstein, wäre die EEG-Umlage um 3 ct billiger.

Unsere Erneuerbaren sind also nicht das Problem, sondern sie sind die Lösung. Das sage ich ausdrücklich in Richtung Peter Altmaier.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die Deckelung von Wind-Onshore im Norden macht die Energiewende teurer, und sie ist falsch.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir müssen weiterhin festhalten, dass die Preise des Stroms aus Atom und Kohle nie die Wahrheit über ihre wahren Kosten ausgesagt haben. Legt man staatliche Förderungen und Subventionen sowie die nicht eingerechneten sozialen und ökologischen Kosten auf die **Stromkosten** um, sind schon heute Wind und Wasser günstiger als Atom und Kohle.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Abgeordneter Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Zweitens trägt die Energiewende dazu bei, uns von teurer werdenden Energieimporten unabhängig zu machen. Sie dient deshalb grundsätzlich der Versorgungssicherheit und letztlich auch der Preisstabilität. Denn eines ist doch klar: Die Preise für Öl, Gas und Kohle werden mittel- und langfristig an-

(Minister für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume Dr. Robert Habeck)

steigen. Die Erzeugungskosten für Wind und auch Sonnenstrom werden sinken. Wer also auf fossile Brennstoffe statt auf Erneuerbare setzt, setzt auf die Vergangenheit.

Drittens. Ja, die Stromkosten steigen, und, ja, die Energieumlage steigt auch, und der **Umstieg auf die Erneuerbaren** hat seinen Preis. Aber bei den gegenwärtigen Stromkosten ist das eigentliche Problem - eigentlich ein Skandal -, dass der gesunkene Börsenpreis nur zum Teil an die Kundinnen und Kunden weitergegeben wird, während die **EEG-Umlage** dick auf den Rechnungen ausgewiesen wird und als Begründung für jede Preiserhöhung erhalten muss. Die **Strombeschaffungskosten** für die Stromversorger sind nach den Berechnungen der Bundesnetzagentur 2010 um 3 ct geringer als die Preise, die an die Verbraucher weitergegeben werden.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört, hört!)

Würden die Stromversorger den preissenkenden Effekt auch der Erneuerbaren an der Börse an die Verbraucher weitergeben, wäre ein erheblicher Teil der EEG-Umlage wieder eingespielt.

Wieso die Strompreise hoch sind, verrät ein Blick auf die Geschäftsbilanzen der Konzerne, die - nach dem Schock von Fukushima kurz eingebrochen - jetzt wieder deutlich nach oben gehen. E.ON und RWE machen Milliardengewinne und haben das für das erste Halbjahr dieses Jahres auch ausgewiesen. Die Kunden zahlen aber trotz dieser Gewinne mehr als vor einem Jahr. Kein Schelm, wer da einen Zusammenhang sieht!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD und SSW)

Trotz dieser Gewinne wollen die großen Vier einen zweistelligen Milliardenbetrag als **Entschädigung** für den vorzeitigen **Atomausstieg**.

All das zeigt: Wir haben noch immer keinen funktionierenden Strommarkt in Deutschland. Wir haben am Strommarkt Verhältnisse wie an unseren Tankstellen. Und ich werde mich, diese Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dass auf den Stromrechnungen nicht allein die EEG-Umlage wie bisher ausgewiesen wird, sondern auch der Einfluss der Börsenpreise, damit Klarheit entsteht, dass die Erneuerbaren den Strompreis an der Börse senken.

Schließlich der eigentlich selbstverständliche, aber keineswegs selbstredende Hinweis, dass die billigste Kilowattstunde diejenige ist, die nicht verbraucht worden ist. Eine **Kennzeichnungspflicht**

für den **Energieverbrauch** sollte für alle elektrischen Geräte wie PCs, Handys, Flatscreens, Spielkonsolen - oder was auch immer - genauso wie für Kühlschränke und Waschmaschinen Anwendung finden. **Stromsparen** ist leicht zu realisieren und kostet fast nichts, und eine kostenlose **Energieberatung** ist eine gute Hilfestellung dafür.

Der Verbraucher - das geht jetzt an uns alle - kann heute von Hunderten von Anbietern Strom bestellen. Wenn wir über hohe Strompreise klagen, dann klagen wir auch zu einem großen Teil über uns selbst. Wir klagen über unsere Trägheit, die uns in der teuren Grundversorgung bleiben lässt. Unverständlicherweise fragen wir bei Strom nicht, was wir sonst bei allen Dingen des täglichen Einkaufs tun: Wo kostet es eigentlich am wenigsten? Beim **Wechsel des Stromanbieters** sind mehr Einsparungen möglich, als jeder Anstieg der Kosten durch das EEG bereits ausgemacht hat. Man kann **Ökostrom** heute für 200 € billiger pro Jahr beziehen als in der Grundversorgung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, dass wir heute überhaupt in der Lage sind, die Energiewende zu wollen und zu wagen, dass wir ein Industrieland ohne nuklearen und fossilen Strom denken und versorgen können, dass die erneuerbaren Energien keine Tüfteleien im Hinterhof mehr sind, sondern eine echte industrielle Perspektive, liegt am Erneuerbare-Energien-Gesetz. Das EEG ist das Herz der Energiewende. Dieses Gesetz hat das Fundament für einen **Strukturwandel** gelegt, der alle Erwartungen übertroffen hat.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wenn wir heute in die nächste Stufe der energiepolitischen Debatte einsteigen, dann nicht, weil das EEG nicht funktioniert hätte, sondern weil es über die Maßen gut funktioniert hat. Das EEG ist allerdings keine Heilige Schrift, und deshalb muss es immer wieder überprüft werden. Es wird ja auch immer wieder überprüft. Es muss nur anständig überprüft und mit fairen Argumenten analysiert werden.

Wir werden zum Beispiel perspektivisch dazu kommen müssen, mit dem EEG stärker den Beitrag zum Gesamtsystem und weniger einzelne Anlagen zu vergüten. Verschiedene **Energie- und Speicherträger** werden sich gegenseitig komplementieren müssen, und das wird gefördert werden müssen. Was wir jetzt also brauchen, sind Mechanismen, die

(Minister für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume Dr. Robert Habeck)

sicherstellen, dass der Strom ständig verfügbar ist und die **Versorgungssicherheit** garantiert ist.

Damit komme ich zur Versorgungssicherheit. Denn diese, die Versorgungssicherheit, und die **Stromnetzstabilität** stehen durch die schwankenden Einspeisungen der Erneuerbaren vor neuen und großen Herausforderungen. Im vergangenen Winter - auch das gehört zur Eröffnungsbilanz quasi dazu; da war ich noch nicht Minister - ist nach einem Kurzschluss nur unter Aufbietung aller Kaltreserven ein **Blackout** im norddeutschen Raum verhindert worden. **Ursache** dafür ist, dass sich die Anlagen abschalten, wenn das Netz ausfällt. Das tun vor allen Dingen ältere Anlagen. Auch deshalb muss reponiert und nachgerüstet werden. Dafür sind - wenn es geht, noch vor der Bundestagswahl - weitere gesetzliche Schritte dringend notwendig und geboten.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darüber hinaus leistet die Fertigstellung der **Freileitung Krümmel-Görries** einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit und Netzstabilität besonders für Hamburg und das Hamburger Umland. Weiterhin wurden, um einen rechtzeitigen Informationsfluss zwischen den Betreibern der verschiedenen Stromspannungsebenen zu gewährleisten, ein Berichtskaskadensystem ein- und Notfallübungen durchgeführt.

Weitere umfassende Schritte zur **Versorgungssicherheit** sind notwendig. Sie lauten: regionaler und internationaler Netzausbau - ich spreche vom NORD.LINK-Kabel; die Planfeststellungsunterlagen sind vor einem Monat hier eingegangen; wir werden wahrscheinlich 2018 das NORD.LINK-Kabel bauen können -, Stromeinsparung und Lastmanagement, Speicher-, Ausgleichs- und Reservekapazitäten, dann durch fossile Kraftwerke, vornehmlich Gaskraftwerke.

Und diese Reihenfolge ist eine bewusste Prioritätensetzung. Also erst die anderen Schritte, erst die Einsparung, erst das Netz und dann gegebenenfalls Zubau von weiteren fossilen Kraftwerken, nicht umgekehrt und schon gar nicht Förderung eines zweiten Kraftwerksparks, der dann ebenfalls auf die Stromrechnung geschlagen wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich komme zur Frage des **Netzausbaus**, der ja hier im Lande brennende Aktualität hat. Ohne Netzausbau keine Energiewende. Ich will deshalb abschließend auf folgende Aspekte eingehen: Können wir das Netz schnell ge-

nug ausbauen, und werden wir Abschaltungsverluste durch den Ausbau der Erneuerbaren bekommen, und, wenn ja, in welcher Dimension? Wird die Energiewende an den Bürgerprotesten scheitern, und sollen wir die **Energiewende** vom Ausbau der Netze abhängig machen? Ich glaube, das sind die drei Fragen, die im Moment mit dem meisten Schaum vor dem Mund diskutiert werden, die aber auch die größte Relevanz haben.

Meine Damen und Herren, **2010** hatten wir, weil das Stromnetz nicht aufnahmefähig genug war, **Abregelungen** von erneuerbaren Energieanlagen in ganz Deutschland mit einem Prozentwert von 0,3 ct. des EEG-Stroms und einem Euro-Gegenwert von etwa 40 Millionen €. Dass ich die Zahlen nicht genauer liefern kann, liegt daran, dass sie so miserabel erfasst sind. Das ist nicht transparent geregelt, und das ist eines der Dinge, die man ändern muss. Das gilt vor allem für die Debatte, die jetzt ansteht.

Zahlen für **2011** liegen noch nicht vor. Aber man kann ahnen, dass nach derzeitigem Stand der Analyse die Abschaltungskosten für 2011 bundesweit noch einmal hochgegangen sind und auch in Schleswig-Holstein erheblich gestiegen sind, vor allem im Nordwesten. **2012** hingegen scheint sich dann die Situation für uns etwas entspannt zu haben, unter anderem deshalb, weil die **Leitung Breklum-Flensburg** nach einem Jahrzehnt Planungs- und Bauzeit endlich fertig wurde.

In Schleswig-Holstein wurden 2010 - das sind die Zahlen, die uns gemittelt vorliegen - 18 Millionen € an **Entschädigungen** für abgeregelten Strom ausgezahlt. Wenn wir jetzt die **installierte Leistung** ausweiten, indem wir 1,5 % der Landesfläche zur Windeignungsgebieten erklären und der Netzausbau nicht in die Puschen kommt, wird dieser Betrag deutlich ansteigen. Dies, meine Damen und Herren, muss offen und deutlich als Problem und als Herausforderung benannt werden. Ich habe ja bereits die anvisierten **Planungszeiträume** vorgetragen, die nicht akzeptabel sind. Auch wenn wir es schaffen, da jetzt den Turbo reinzukriegen, muss ehrlich gesagt werden: Ja, wir werden aufgrund der vorliegenden Planungsdaten mit erhöhten Abschaltungen zu rechnen haben. Und: Nein, ich und diese Regierung sind nicht bereit, das einfach so hinzunehmen.

Deswegen ergreifen wir ein ganzes Bündel von Maßnahmen. Wir haben die Planfeststellungsbehörde neu und hoffentlich effektiver aufgestellt. Wir beziehen die Industriebetriebe als große Stromverbraucher in unser **Lastmanagement** ein. Wir überprüfen die parallele Nutzung von Ersatzleitungen, um damit bestehenden Leitungen mehr Kapazität

(Minister für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume Dr. Robert Habeck)

zu ermöglichen. Wir forcieren den Einsatz von **neuen Netztechnologien**, eine leistungsfähige Beteiligung, ein Echtzeitmonitoring zum Auslastungsgrad der Netze. Außerdem brauchen wir mehr Klarheit über den Umfang von Abregelungen und Entschädigungen, um zielgenau mit unseren Maßnahmen einsetzen zu können. Schließlich brauchen wir auch lokale Systeme, um vor Ort abgeregelten Strom sinnvoll nutzen zu können. All das betreiben wir mit Hochdruck.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor allem aber sind wir dabei - und das ist das Entscheidende -, mit den Betroffenen unbürokratisch und schnell die beste Lösung für den **Bau der neuen Leitungen** vor allem entlang der Westküste, dann schließlich aber auch in Ost-Holstein zu finden. Die sich daran anschließende logische Frage lautet also: Soll man aufgrund dieser Herausforderungen die Energiewende aussetzen? Und die Antwort ist: Nein.

Wir kämpfen gegen jede Kilowattstunde, die nicht ins Netz aufgenommen wird. Aber lassen Sie mich auch die Verhältnisse klarstellen. **Schleswig-Holstein** erhält durch die **EEG-Einnahmen** nur aus den Vergütungen 1 Milliarde € jährlich. Dazu kommen all die Wertschöpfungsketten, die wir hier im Land aufgebaut haben: Innovationen in der Technik, Arbeitsplätze, Ausbildungsplätze. Demgegenüber beträgt der Anteil der nicht erbrachten Arbeit im Stromnetz am bundesweiten Gesamtaufkommen 0,02 % und belastet damit einen Vierpersonenhaushalt bundesweit mit 0,02 ct. im Monat. Selbst wenn wir deutlich mehr Strom nicht aufnehmen können, wogegen wir ankämpfen, erwächst daraus kein starkes Argument, die Energiewende nicht umzusetzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Damit bin ich bei der zweiten Frage, der Frage des Netzausbaus und der **Bürgerproteste**. Meine Damen und Herren, nach vielen Gesprächen im Land und einer Kaskade von kommenden Gesprächen in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten kann ich sagen: Weder die Energiewende noch der Netzausbau werden durch die Bürgerbeteiligung grundsätzlich infrage gestellt.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, es gibt lokale Betroffenheiten, und die kann ich oft nachvollziehen, und es gibt natürlich wie immer Totalverweigerung, die ich nicht gut nachvollziehen kann, aber auch zur Kenntnis nehme.

Meine Damen und Herren, ich habe mich an den Bundeswirtschaftsminister gewandt und ihn gebeten, uns wie in Niedersachsen die Möglichkeit einzuräumen, auch **380-kV-Leitungen** als Test erdzuverkabeln. Seine Antwort liegt seit vorgestern auf dem Tisch, und sie ist negativ. In aller Deutlichkeit: Etwas anderes habe ich und hat, ich glaube, niemand von uns hier im Parlament und bei den Bürgerinitiativen gesagt: Selbst wenn Philipp Rösler anders entschieden hätte, hätte es sich höchstens um kurze Teilstücke für **Erdverkabelung** gehandelt; denn die Technik ist noch nicht ausgereift. Deswegen werden die 380-kV-Leitungen als Freileitungen geplant und gebaut werden. Das steht nach der Entscheidung von Rösler endgültig fest. Und trotzdem wird die Energiewende nicht an den Bürgern und Bürgerprotesten scheitern, weil ohne Netzausbau die Alternative am Ende ist: Wiedereinstieg in die Hochrisikotechnologie Atom oder klimaschädliche fossile Kraftwerke oder CCS und CO₂-Verpressung.

Sicher werden also am Ende nicht alle glücklich sein. Aber alle sollen dann wenigstens wissen, dass es ein faires, transparentes und offenes Verfahren gab und dass jeder andere Trassenverlauf schlechter abgeschnitten hat.

Meine Damen und Herren, der Netzausbau wird erst recht nicht am **Naturschutz** scheitern, siehe Wattenmeer, wo es gelang, im Einvernehmen und mit Entgegenkommen der Naturschutzverbände eine Trasse für die **Seekabel** zu finden mitten durch den Nationalpark. Das soll erst mal einer nachmachen. Hier in Schleswig-Holstein kann sich also Philipp Rösler anschauen und sehen, dass er Unrecht hat, wenn er von eigenen Unzulänglichkeiten ablenken will, indem er wieder auf den Naturschutz zeigt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Der **Netzausbau** muss laut Gesetz dem Tempo der Erneuerbaren folgen. Dass er das bisher nicht tat, ist erstens das Versäumnis der Vergangenheit und zweitens kein Zufall. Vor dem Unbundling - das wird man mindestens sagen können -, der Entflechtung von Erzeugung und Netzbetrieb, wurde der Netzausbau absichtlich verzögert, weil weniger Windstrom mehr Atomstrom bedeutete. Der unterlassene Netzausbau sollte die Energiewende verhindern. Wir würden dieser Strategie nachträglich zum Erfolg verhelfen und sie nachträglich adeln, wenn wir sie uns jetzt, nachdem die Energiewende endlich beschlossen ist, zu eigen machten.

(Minister für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume Dr. Robert Habeck)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Jetzt - ich bin sehr froh, das sagen zu können - sind TenneT und E.ON dabei, die Verzögerungen von damals aufzuholen, und zwar mit gutem Willen, glaube ich, und im Lichte der Erkenntnis, dass sie hier in unserem Land die Chance haben, einmal zu zeigen, dass sie es können und dass sie es wollen. Bremsen wir sie doch nicht dabei. Denn Verzögerungen holt man nicht auf, indem man das Tempo vom Langsamsten bestimmen lässt, sondern indem man dem Langsamsten auf die Beine hilft und ihm auch mal Feuer unter den Mors macht.

Meine Damen und Herren, die Energiewende ist kein grünes, kein rotes, kein schwarzes, blaues oder gelbes Projekt, sondern sie ist längst zu einem gesellschaftlichen Projekt geworden. Das ist sie gerade und vor allem in Schleswig-Holstein, dem Land der erneuerbaren Energien, dem Land, das Meerumschlungen durch den Klimawandel bedroht ist wie kein zweites in der Bundesrepublik, dem Land, in dem sich die Konfliktlinien der Energiepolitik wie Brokdorf, Krümmel, Brunsbüttel, Kohlekraftwerksneubau oder nicht, CO₂-Verpressung kreuzen wie in keinem zweiten, aber auch dem Land, das der ökologischen Bedrohung kontern kann mit einer verheißungsvollen, ökologisch verträglichen und ökonomisch ertragreichen und erfolgreichen Perspektive. Die Erneuerbaren sind der Wachstumsmotor einer neuen Wirtschaft. Die Energiewende hat einen gewaltigen ökonomischen Hebel. Sie ist der Jobmotor für dieses Land, sie ist der Jobmotor der Gegenwart und der Zukunft.

Inzwischen gibt es eine auch hier im Haus parteiübergreifende Erkenntnis: Die Energiewende ist die Jahrhundertchance für Schleswig-Holstein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wer sie schlechtredet oder die Argumente nicht zur Kenntnis nimmt, der redet Schleswig-Holstein schlecht.

Schleswig-Holsteins Energie ist erneuerbar. Das ist ein normativer Satz. Aus diesem folgen alle Arbeitsaufträge für mich, für die Landesregierung, für dieses Parlament. Die Verantwortung dafür kann uns niemand abnehmen, aber die Verantwortung dafür soll uns auch niemand abnehmen.

(Starker, lang anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Die Landesregierung hat die angekündigte Redezeit um viereinhalb Minuten überschritten. Diese Redezeit steht nun auch allen anderen Fraktionen zur Verfügung, sie muss aber nicht in Anspruch genommen werden.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Abgeordneter Johannes Callsen.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Allgemein wie immer, dünn wie immer, ideologisch überladen wie immer; Herr Dr. Habeck, etwas Freundlicheres kann ich zu dieser Regierungserklärung nicht sagen.

(Widerspruch SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Regierungserklärung hat den einzigen Zweck, zu überdecken, dass Sie bisher nichts in die Suppe zu bröckeln haben - weder zur Energiewende noch zu einem anderen Thema.

(Beifall CDU und FDP)

Wir, die CDU und die vorherige Landesregierung, hatten und haben einen Plan mit dem klar definierten Ziel, bis **2020** die **Energiewende** in Schleswig-Holstein sozialverträglich, ökologisch und ökonomisch sinnvoll umzusetzen. Ich bin sicher, dieser Ansatz wäre für unser Land besser gewesen als Ihr Fabulieren und Ihr Aktionismus. Herr Minister, Ihre Regierungserklärung ist nichts anderes als eine Ansammlung von ideologisch beeinflussten Vorstellungen und Wunschträumen, wie wir sie von Ihnen bereits aus den vergangenen Jahren kennen. Es waren keine neuen Ideen dabei. Es gab keine neuen Visionen für unser Land, die - wie von Ihnen angekündigt - unser Land voranbringen sollen.

(Beifall CDU und FDP)

Wenn Sie sagen, Sie wollen Schleswig-Holstein zum Vorreiter der Energiewende machen, dann sage ich: Das sind wir bereits, weil die alte Landesregierung sehr schnell und umsichtig unsere Positionen im **Standortwettbewerb** der erneuerbaren Energien ausgebaut hat. Wir waren es, die die **Ausweitung der Windeignungsflächen** vorangebracht haben.

(Serpil Midyatli [SPD]: Ja?)

(Johannes Callsen)

- Frau Kollegin, ich bin noch bei einem ganz anderen Thema. Ich weiß, dass Sie auf Stichworte reagieren. Lassen Sie mich aber bitte weiter ausführen.

Wir waren es, die die Ausweitung der Windeignungsflächen vorangebracht haben. Es waren nicht die SPD und die Grünen.

(Beifall CDU)

Das geschah aus Überzeugung, weil es Sinn macht, Windstrom dort zu produzieren, wo der Wind auch weht.

(Wortmeldung Abgeordneter Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu. Ich komme aber noch zu Ihnen, Herr Kollege. Ihre Aufgabe, also die Aufgabe der neuen Landesregierung, wird es sein, gemeinsam mit der Bundesregierung und den anderen Bundesländern einen **Masterplan** für die Energiewende zu erarbeiten, denn die Energiewende kann nur gemeinsam von **Bund und Ländern** vollzogen werden.

Damit komme ich zu einem Thema, das uns auch hier im Haus oft bewegt hat und von dem ich der Überzeugung bin, dass es keine Fraktion in diesem Haus in Schleswig-Holstein will. Das ist das Thema **CCS**. Sie, SPD, Grüne und SSW, haben den Menschen vor der Wahl vorgemacht, ein **Totalverbot** sei möglich. Sie sind mit dieser Forderung sowohl in der SPD als auch bei Ihren rot-grünen Parteifreunden im **Bundesrat** kläglich gescheitert.

(Beifall CDU)

Stattdessen ist eine **Länderklausel** herausgekommen, die leicht hinter dem zurückbleibt, was die CDU-geführte Landesregierung schon verhandelt hatte. Das, was Sie jetzt als große Neuerung ankündigen, nämlich das Landesgesetz mit dem Totalverbot, ist nichts anderes als das, was von uns schon vorgesehen war.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Dr. Habeck, ich habe mir gestern noch einmal Ihr großartig angekündigtes **100-Tage-Programm** angesehen. Dort steht zum Thema **Energiewende**, dass die Zuständigkeiten **in einem Ministerium** gebündelt werden sollen, um diese Energiewende mit Schwung voranzubringen. Dass die wichtige **Landesplanung** trotz dieser Ankündigung in der Zuständigkeit der **Staatskanzlei** geblieben ist, liegt wahrscheinlich daran, dass man sich bei den Sozialdemokraten doch nicht in allen Bereichen über den Tisch ziehen lassen wollte, wie das bei Infrastrukturprojekten schon geschehen ist.

(Beifall CDU)

Wie man die **Bürger** frühzeitig einbindet, mussten Sie schmerzhaft am Beispiel der **Windeignungsflächen** von Schwarz-Gelb lernen. Herr Kollege Matthiessen und Herr Dr. Habeck, was haben Sie uns im Mai nicht noch alles dahin gehend erklären wollen, wie man die Ausweisung schneller umsetzen kann.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben uns einen Plan in Form einer Pressemitteilung zukommen lassen und darin verlauten lassen, wir würden auf der Bremse stehen. Nichts von alledem hat sich als wahr herausgestellt. Es hat sich auch nicht herausgestellt, dass Sie Ihren eigenen Plan hätten umsetzen können, denn auch Sie mussten feststellen, dass die Bürger zweimal beteiligt werden müssen und dass das Verfahren, wie wir es durchgeführt haben, schnell, rechtssicher und vor allem bürgerfreundlich war und ist.

(Beifall CDU - Serpil Midyatli [SPD]: Schnell?)

- Sie haben es neulich bestätigt. Natürlich sind Sie bei unserem Zeitplan geblieben, die **Ausweisung der Eignungsflächen** auf 1,5 % der Landesfläche bis zum Ende dieses Jahres abzuschließen. Hier wurde bislang gar nichts beschleunigt. Das hätten Sie vor der Wahl eingestehen sollen. Ich sage: Entweder waren Sie wirklich schlecht informiert, oder Sie haben die Kommunen und die Planer verschaukelt. Beides wäre schlimm.

(Beifall CDU und FDP)

Dass Ihnen diese Situation nicht gefallen hat, konnte man spätestens Ihrem hilflosen Brief an die Kommunen zur **Vorabausweisung** von Windeignungsflächen entnehmen. Die kommunalen Empfänger wussten nicht, ob sie lachen oder weinen sollten. Das Einzige, was Sie dort erreicht haben, ist, dass eine **Vorfestlegung** zulasten Dritter erfolgt, nämlich eine Vorfestlegung auf das Risiko der Kommunen hin. Sie als Minister haben die Landesplanung, für die Sie gar nicht zuständig sind, aus der Pflicht genommen. Das ist keine rechtssichere Politik. Das ist Effekthascherei zu Lasten Dritter. In der Windbranche weiß man nicht, ob man lachen oder weinen soll.

(Beifall CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, die **Energiewende** ist für Schleswig-Holstein die Jahrhundertchance. Deshalb hatte die alte Landesregierung bereits im Jahr

(Johannes Callsen)

2010 ein zukunftsweisendes Konzept beschlossen, das unser Land auf den Weg zu einer der energieeffizientesten und umweltschonendsten Regionen der Welt gemacht hat. Deshalb wollten wir bis 2020 doppelt so viel Strom aus erneuerbaren Energien produzieren, als bei uns gebraucht wird. Das konnten Sie natürlich nicht auf sich sitzen lassen und haben dieses Ziel auf 300 % erhöht. Herr Kollege, Sie müssen wirklich aufpassen, dass Sie nicht zum Ankündigungsweltmeister werden. Sonst werden Sie – wie schon bei den Windeignungsflächen – gegen die Wand laufen.

Wir begrüßen natürlich, dass Sie die Millionenförderung für die **Offshore-Pier** in **Brunsbüttel** freigegeben haben. Den Standort Brunsbüttel zum Offshore-Port auszubauen, ist schon unter Schwarz-Gelb ein wichtiger Baustein des **Hafenkonzepts** gewesen. Wir hören aber immer öfter, dass es auf See Probleme mit dem **Anschluss** der in den nächsten zwei Jahren geplanten **Offshore-Windparks** an das **Übertragungsnetz** gibt. Hier muss die Landesregierung einerseits bei den Versorgern Druck machen, andererseits muss sie die Voraussetzungen für eine bürgerfreundliche Anlandung der Hochspannungskabel mit Netzanschluss schaffen.

Wir, die Bürger und die mittelständische Wirtschaft in Schleswig-Holstein, brauchen bei der Umsetzung die **Kooperation**. Wir schaffen das nur gemeinsam. Die Menschen im Land stehen im Mittelpunkt. Ohne sie wird das nichts. Deshalb brauchen wir eine frühzeitige **Bürgerbeteiligung** an der Planung und der Umsetzung des **Netzausbaus**. Deshalb ist die Möglichkeit zur Einrichtung von Bürgernetzen und Bürgerwindparks für uns so wichtig. Deshalb hatten wir im Rahmen der Netzentwicklungsinitiative mit den Netzbetreibern und den Kommunen einen konkreten Fahrplan vereinbart.

Herr Minister, ich danke Ihnen sehr für Ihre positive Bewertung der **Freileitung Krümmel-Görries**, die auch ein Vorbild für die länderübergreifende Umsetzung des Netzausbaus ist. CDU und FDP haben diese in Schleswig-Holstein gemeinsam verwirklicht. Dies geschah im Übrigen gegen den Widerstand von Bürgerinitiativen und den von Ihnen manchmal so geschätzten Umweltverbänden. Auch unsere Einrichtung von regionalen Dialogforen war richtig, um die Bürger frühzeitig in die Planung einzubeziehen. Wir können uns beim Ausbau keine Verzögerung erlauben.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zehn Jahre zu spät!)

Herr Minister, wir beglückwünschen Sie ebenso zu Ihrer großartigen Leistung der Einweihung eines **Umspannwerks in Büttel** und einem Lückenschluss im Netz von drei Kilometern. Wir beglückwünschen Sie zu dem für Sie offensichtlich so gewaltigen Schritt in Richtung der Energiewende. Das waren tolle Fotos und tolle Statements. Dass Sie aber den Abschluss nur aus unserer Regierungszeit geerbt haben, braucht man nicht näher zu kommentieren. Ihr Meisterstück steht in der Tat noch aus.

Wie schwierig dies in Teilen noch wird, hat Ihre Staatssekretärin in der vergangenen Woche in Pinneberg erlebt. Da passt es gut ins Bild, dass Sie die Westküste zur Wachstumsregion machen wollen. Wachstumspolitik setzt aber eine schlüssige **Infrastrukturpolitik** voraus. Diese hört eben nicht beim Netzausbau auf. Dafür bedarf es einer Politik mit Weitblick, bei der man sich nicht schon im Vorhinein seiner Optionen beraubt.

Während unserer Regierungszeit sind in Schleswig-Holstein über 8.000 **Arbeitsplätze im Windenergiesektor** entstanden. Die **HUSUM WindEnergy** ist als Messe und als globale Leitmesse das Aushängeschild der Windenergiebranche in der Welt. Diese Messe ist das Schaufenster für Innovationen im Windenergiesektor, und sie ist ein innovativer Arbeitsplatzmotor im Norden. Vor allem für die SPD ist die Diskussion über diese Messe kein Ruhmesblatt gewesen. Das wissen wir. Wir erinnern uns an das Zieren und Zaudern in der SPD, als es um die Abwerbeversuche aus Hamburg ging, die als klug und gut bezeichnet wurden. Weil Sie in dieser Frage auch gegenüber Hamburg keine klare Kante gezeigt haben, sondern alle wie immer ganz fest umarmen wollen, werden die Hamburger dies weiter tun.

Schleswig-Holstein und Husum werden 2012 Gastgeber von über 1.200 Ausstellern mit über 36.000 Besuchern aus über 90 Nationen sein. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, muss dies Aufgabe dieser Landesregierung sein, und daran darf es keinen Zweifel geben.

(Beifall CDU und FDP)

Denn die **Alternative** für Husum heißt nicht Hamburg, sondern Barcelona oder Rio de Janeiro. Sie als Landesregierung sind in der Pflicht, dass **Hamburg** nicht auf Kosten des Nordens gerade Standorte im Bereich der erneuerbaren Energien schädigt. Gerade deswegen - das will ich auch sagen - hätten wir uns vom Ministerpräsidenten bei seinem Hamburg Besuch ein klares Bekenntnis für die HU-

(Johannes Callsen)

SUM WindEnergy erwartet. Statt dessen gab es nur ein freundschaftliches Rumgeeiere.

(Beifall CDU und FDP)

Herr Ministerpräsident, wenn man die Interessen eines starken Schleswig-Holsteins stark vertreten will, dann ist das eindeutig zu wenig.

Meine Damen und Herren von der Koalition, Sie haben in Ihrem **Koalitionsvertrag** zur **Westküste** ebenfalls beschlossen, die **A 20** nur bis zur **A 7** zu bauen und das **Steinkohlekraftwerk Brunsbüttel**, das zur Absicherung des Industriestandortes Brunsbüttel als Ergänzungs- und Übergangslösung zur Energiewende gedacht war, nicht bauen zu wollen. Damit wissen wir jetzt, was Sie nicht wollen. Ich habe in der Zeitung gelesen, dass Sie sich dort ein **Gaskraftwerk** wünschen, im Übrigen die teuerste Art der konventionellen Energieerzeugung. Die bittere Wahrheit ist: Es ist bis jetzt nur ein Wunsch, nichts als Träumerei, und von Träumerei allein kommen keine Arbeitsplätze. Wir sind sehr gespannt, woher Sie die **Alternativen** bekommen wollen. Sie glauben doch nicht im Ernst, dass Investoren, die Sie zunächst durch die Hintertür rauswerfen, durch die Vordertür wieder freundlich hereinkommen.

(Beifall CDU und FDP)

Bis jetzt bleiben sowohl die Kompensation als auch ein Westküstenplan im Nebel.

Meine Damen und Herren, unsere **kleinen und mittelständischen Betriebe** sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie durch eine ideologisch überladene Energiepolitik mit unkalkulierbaren Risiken und Kostensteigerungen in ihrer Existenz zu bedrohen, kann nicht unser Wunsch sein. Schon heute - wir haben eben etwas über Energiepreise gehört - werden über das Erneuerbare-Energien-Gesetz 14 Milliarden € umverteilt. Das entspricht 3,6 Cent pro Kilowattstunde oder umgerechnet auf das ganze Jahr, 125 € für einen Vierpersonenhaushalt. So, wie das EEG heute ausgelegt ist, werden unsere mittelständischen Unternehmen die Verlierer sein.

(Zuruf CDU: Genau!)

Ihr Vorschlag, die Waschmaschinen für den Privathaushalt nur bei Wind einzuschalten, klingt interessant und charmant. Aber für einen Wirtschaftsstandort und die Arbeitsplätze ist die Vorstellung, dass nur bei Wind produziert wird, in der Tat ein Drama.

(Beifall CDU und FDP)

Damit verlieren die Unternehmen und auch die Menschen. Wir als Opposition werden sehr genau darauf achten, dass diese Energiewende nicht zum Brotpreis des 21. Jahrhunderts wird. Wenn Sie schon von einer **Börsensteuer** sprechen, dann können Sie gleich das Beispiel der Strombörse nehmen. Da nämlich wirkt besagte **EEG-Umlage** wie eine Steuer auf den reinen Energiepreis.

Der eigentliche Witz an Ihrem Verständnis von Börsenpreisen ist, dass Sie die Strombörse mit ihrer Preisfindung offenbar gar nicht verstanden haben. Darüber haben wir auch etwas gelesen.

(Beifall CDU und FDP - Christopher Vogt [FDP]: Das stimmt!)

Was wir brauchen, ist die verstärkte Integration der EEG-Anlagen in den Strommarkt. Diese Möglichkeit bietet das EEG schon heute. Das muss eines Ihrer Ziele sein, anstatt ständig mit dem Finger auf die großen Vier zu zeigen, die sich am Ende nur an Recht und Gesetz im Rahmen der Möglichkeiten bewegen. Auch ich wünsche Ihnen viel Spaß dabei, die Börsenpreise auf den Rechnungen der Privatkunden auszuweisen. Das wird ein spannender Einzelverbindungsnachweis wie bei den Telefonrechnungen.

Herr Minister, Sie sprachen richtigerweise von 40 Millionen € volkswirtschaftlichen Schaden durch das **Einspeisemanagement**,

(Christopher Vogt [FDP]: Sie müssen viele Bäume fällen!)

der in Schleswig-Holstein fast zu 100 % anfällt. Ich erinnere Sie deswegen an dieser Stelle gern daran, dass Sie in der vergangenen Wahlperiode unserem Antrag zugestimmt haben, die Speicherung von erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein wissenschaftlich begleitet voranzubringen. Hier erwarten wir jetzt Taten. Wenn Sie beklagen, dass das **Pumpspeicherkraftwerk Geesthacht** noch nicht voll einsatzfähig ist, will ich Sie gern daran erinnern, dass es SPD und Grüne waren, die mit der damaligen Regelung der **Oberflächenwasserabgabe** zur Unwirtschaftlichkeit dieses Kraftwerks beigetragen haben.

(Beifall CDU und FDP)

Wir haben die Voraussetzungen geschaffen, dass das Kraftwerk wieder arbeiten kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir brauchen schleunigst eine Diskussion darüber, wie wir die Förderung in erneuerbare Energien zukünftig gestalten wollen, und wir brauchen schnellstmöglich

(Johannes Callsen)

Klarheit darüber, wie die Energiepolitik in Schleswig-Holstein zukünftig konkret - ich betone: konkret - aussehen soll. Dies hier heute war nicht der große Wurf. Wie ein gangbarer Weg aussieht, haben CDU und FDP mit ihrem Integrierten Energie- und Klimakonzept für Schleswig-Holstein vorgebracht und vorgelegt.

(Lachen SPD)

Wenn Sie dieses Konzept zur Grundlage Ihres Handelns machen, dann machen Sie auch keinen Fehler bei der Umsetzung der Energiewende, die für Schleswig-Holstein eine Jahrhundertchance ist und die wir ausdrücklich unterstützen. Vage Ankündigungen und philosophische Betrachtungen allerdings machen vielleicht die Landesregierung mit sich selbst zufrieden. Schleswig-Holstein kann damit nicht zufrieden sein.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Für die SPD-Fraktion hat nun ihr Vorsitzender, Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner, das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Energiewende: Herausforderung und Chance für Schleswig-Holstein - eine Eröffnungsbilanz“. Lieber Herr Minister Habeck, schon mit dem Titel haben Sie sehr genau beschrieben, worum es bei diesem Thema geht.

(Zuruf CDU: Genau!)

Sie haben die Dimension der Herausforderung erkannt, und ich beglückwünsche Sie namens meiner Fraktion zu dieser starken Regierungserklärung, die ein deutlicher Ausdruck des Politikwechsels in Schleswig-Holstein ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Sie haben Humor!)

Sie haben völlig recht, wenn Sie unsere Aufgabe beschreiben, die darin besteht, vorhandene Schwierigkeiten zu überwinden und damit das Nichtstun, die Schneckengeschwindigkeit oder - noch schlimmer - den Versuch, Sand ins Getriebe zu werfen, zu beenden. Wir reden über harte Arbeit für den Fortschritt unserer Gesellschaft und einen richtigen und wichtigen Paradigmenwechsel gegenüber der Politik der Vergangenheit.

Herr Minister Habeck, ich stimme Ihnen in einem weiteren Punkt zu, nämlich dass es keine Blaupausen für das gibt, was wir jetzt vor uns haben, sodass Fehler und Korrekturen nötig sein werden, Überzeugung zu leisten ist und es viele Widerstände zu überwinden gilt. Da reicht die Palette vom allzu mächtigen Sankt-Florians-Prinzip bis hin zur Muskelkraft milliardenschwerer Energiekonzerne.

Es muss uns also gelingen, Tempo zu machen für die so dringend nötige **Energiewende**, und das Lieblingsspiel der Vergangenheit: „Schuld sind immer die anderen“, dieses Schwarze-Peter-Spiel der Verantwortungslosigkeit, wie Sie es zu Recht genannt haben, muss abgelöst werden durch Mut, Einfallsreichtum und Konsequenz. Dafür ist diese Regierungserklärung der neuen Schleswig-Holstein-Koalition ein sehr guter Anfang, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verehrter Herr Oppositionsführer, Sie sind ein sympathischer Kollege, und ich nehme Sie in der Regel in Schutz, wenn über Sie in der Zeitung berichtet wird. Aber wenn man Ihre Antwort hier heute gehört hat, muss man sagen, ist „Fehlstart“ eine sehr freundliche Bewertung dessen, was Sie hier vorgebracht haben. Das war wirklich einfallslos. Vielleicht sollten Sie die Redenschreiber wechseln. Sie haben entweder nicht zugehört, oder aber Sie haben eine solch fantastische Politik betrieben, die die Wähler gar nicht bemerkt haben, als sie zur Wahl aufgerufen worden sind. Denn Sie sind abgewählt worden, auch für Ihr Versagen in der Energiepolitik.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

Erst letzte Woche, gerade rechtzeitig vor unserer heutigen Landtagssitzung, hat der **Bundesumweltminister** Peter Altmaier seinen **Zehn-Punkte-Plan** zur **Energiewende** vorgestellt. Sein ernüchterndes Fazit könnte einem glatt den Morgen verderben, wenn wir nicht gerade die Regierungserklärung von Robert Habeck als Gegenbild gehört hätten. Die Quintessenz von Peter Altmaier heißt zusammengefasst:

1. Für den normalen Bürger wird die Energiewende eigentlich viel zu teuer. Dagegen könne er aber leider nichts tun.

2. Eigentlich müsste alles viel schneller gehen. Doch auch dafür könne er nur wenig tun.

(Dr. Ralf Stegner)

Das Fazit von Robert Habeck war ein ganz anderes:

1. Es gibt viele Möglichkeiten, die Energiewende zu beschleunigen; man muss sie nur ergreifen und durchsetzen.
2. Wenn wir es richtig machen, wird die Energiewende auch für alle bezahlbar.

Das ist ein wirklicher Unterschied zwischen der Politik in Berlin und der, die in Schleswig-Holstein jetzt die Mehrheit hat.

(Zuruf Abgeordneter Christopher Vogt [FDP])

Warum gibt es diese Differenz, wo doch angeblich alle die Energiewende wollen? - Missverstehen Sie mich nicht. Ich werfe Ihnen weder bei diesem noch bei anderen Themen vor, dass Sie heute das für richtig erklären, was Sie gestern noch entschieden bekämpft haben. Das finde ich in Ordnung. Im Gegenteil: Die Vernunftbegabtheit der Menschen ist unerschöpflich, und jeder, der dazu lernt, verdient Lob und nicht Kritik. Also, das ist es nicht.

Worin liegt also der Unterschied? - Ich fürchte, man kann es für Sie auf der rechten Seite dieses Hauses so zusammenfassen: Das mit der Energiewende wollen wir und können das auch. Bei Schwarz-Gelb muss man da starke Zweifel haben.

(Christopher Vogt [FDP]: Werden wir sehen!)

Zumindest für die FDP und ihren famosen Bundeswirtschaftsminister und Parteivorsitzenden, Herrn Rösler, ist es auf Bundesebene recht eindeutig: Unter dem ordnungspolitischen Deckmäntelchen, das die Marktwirtschaftspartei FDP übrigens nicht davon abgehalten hat, Steuerausnahmen für den Hotelbereich durchzusetzen und jetzt auch noch zu kritisieren, dass wir das zurücknehmen wollen.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja endlich! Sehr gut! Fünf Minuten - neuer Rekord!)

Aber auf dem Energiesektor verhindern Sie dringend notwendige und wirksame ordnungspolitische Maßnahmen. Das beginnt bei den Verzögerungen bei der europäischen Energieeffizienzrichtlinie und geht über die Tatenlosigkeit bei der energetischen Gebäudesanierung weiter. Die großen traditionellen Energiekonzerne, meine sehr verehrten Damen und Herren, freut das bestimmt. Denn die wollen Energie verkaufen, und zwar möglichst teuer und möglichst viel. Das ist der Punkt, um den es hier geht.

Stattdessen wird lieber am bisher am besten funktionierenden Instrument der Energiewende herum-

gepfuscht: dem EEG. Dieses EEG war auch deshalb ein internationaler Erfolgsschlag, weil es erstmals den Weg von der theoretischen Erkenntnis, dass die Zukunft bei den erneuerbaren Energien liegt, zur praktischen Tat bewirkt hat.

Hier hat sich der leider viel zu früh verstorbene sozialdemokratische Kollege und Freund Hermann Scheer große Verdienste erworben. Ich empfehle Ihnen dessen posthum veröffentlichtes Buch „Der energetische Imperativ“ sehr zur Lektüre, weil man da etwas darüber lernen kann, wie Energiewende funktioniert, wie das mit dem EEG wirklich gemeint war und warum das weltweit kopiert worden ist, anders, als Sie das heute darstellen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Klar wird die im EEG angelegte **Umlage** teurer, wenn ich immer mehr Stromverbraucher davon befreie. Dafür profitieren dieselben Unternehmen dann gleich doppelt von den an der Strombörse gefallen Strompreisen.

Herr Rösler war ja am Montag bei seinem Besuch in Kiel sehr deutlich. Er redete vom „süßen Gift“, ohne das die Nischenprodukte erneuerbare Energien ja gar nicht aus der Nische herausgekommen wären. Wo sie eigentlich hingehören, muss man sich da fragen, oder was wollte uns der Künstler damit eigentlich sagen?

(Christopher Vogt [FDP]: Herr Stegner, Sie waren gar nicht da!)

Er trifft ausnahmsweise einmal den Kern, wenn auch mit den falschen Schlussfolgerungen. Reform beim EEG ja, wo nötig - auch der Minister hat hier gesagt, dass man das tun muss -, aber ohne das EEG, ohne **ordnungspolitische Rahmensetzungen** gibt es keine Energiewende. Wenn die FDP das alles nicht will, will sie auch keine Energiewende. Das muss hier klar festgestellt werden. Dann liegt da eben doch ein Unterschied zwischen uns und Ihnen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Lassen Sie sich das von Herrn Steinbrück erklären!)

Für dieses Ziel wird dann blockiert und das Credo der angeblich funktionierenden Märkte propagiert. Was hier wirklich nicht funktioniert, sind die **Märkte**. Da muss eingegriffen werden, und das muss ein handlungsfähiger Staat tun.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Klar werden der Strom beziehungsweise die Energiekosten für den Einzelnen teurer, wenn wir es

(Dr. Ralf Stegner)

nicht schaffen, das Energiesparen und die Energieeffizienz mit aller Konsequenz in die Tat umzusetzen. Bei Energiesparen und Energieeffizienz gibt es viel mehr Möglichkeiten. Statt aber endlich ein vernünftiges Angebot an die Länder für die **energetische Gebäudesanierung** zu machen, will die Bundesregierung den Ländern in die Tasche greifen. Der zweifellos sehr sympathische neue Umweltminister Altmaier verweist lakonisch auf die **Energieberatung**, die übrigens Ländersache ist. Wenn das alles ist, was Ihnen dazu einfällt, dann sieht es zapenduster für die Energiewende aus.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist alles eher ein Eingeständnis des Scheiterns als der Plan der Bundesregierung für die notwendige Energiewende.

Den famosen Plan, den Herr Callsen eben dargestellt hat, den die vorherige Regierung angeblich hatte, müssen Sie uns verheimlicht haben. Davon habe ich nie etwas gehört, gemerkt hat man davon schon gar nichts, umgesetzt worden ist davon nichts. Sie haben ja gerade eben die Planungszeiten gehört, die Herr Habeck vorgetragen hat. Es hieß Sankt-Nimmerleins-Tag. Sankt-Nimmerleins-Tag war das Programm Ihrer Energiewende. Wir wollen das ändern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe FDP)

Ich sehe die Schuld aber keineswegs nur bei der FDP. Solange unser Supermann aus Schleswig-Holstein noch nicht im Bundestag ist - nein, Herr Kollege Callsen, ich meine nicht Ihren Ex-Energieminister und CDU-Kollegen, sondern ich meine den Möchtegern-Ampel-Finanzminister -, ist das mit der Koch- und Kellner-Verteilung in der Bundesregierung offenbar eindeutig. Die Union ist die stärkste Kraft in der Bundesregierung, stellt den Umweltminister, aber außer der Beratung fällt dem wenig ein, die FDP steht auf der Bremse. Halb zog es sie, halb sank sie hin - so könnte man die Politik der Union bei der Energiewende beschreiben.

Das Mantra, das ich aus Berlin immer höre, „Wir wollen die Energiewende wirklich“, erinnert mich immer an die Beteuerungen von Fußballclubs, wenn sie sagen, sie stünden fest hinter dem Trainer.- Das machen sie kurz vor der Entlassung. Genau das hört man von Ihnen, wenn Sie über die **Energiewende** reden. Sie wollen das offenbar nicht, Sie können sich nur nicht leisten, das öffentlich zuzugeben. Das ist der Unterschied.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Callsen, ich will Ihnen jetzt belegen, wenn man sich auf vergangene Leistungsbilanzen bezieht, dass man das auch mit Fakten tun kann statt mit Andeutungen, die niemand versteht. Ein zentraler Eckpfeiler für die **Energiewende** ist und bleibt die **Erzeugung von Strom mit regenerativen Energien**. Das haben wir von 1988 bis 2005 unter sozialdemokratischer Führung in Schleswig-Holstein mustergültig geschafft, als wir den Anteil erneuerbarer Energien in der Stromerzeugung von 0,05 % in Richtung 40 % gesteigert haben. Das haben wir getan. Sie sehen also, mit politischer Kompetenz und entschlossenem Handeln ist diese Energiewende möglich. Genau das Gegenteil dessen, wofür Sie hier heute eingetreten sind.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Callsen, damals hat die CDU behauptet: Wenn ihr das macht, gehen in Schleswig-Holstein die Lichter aus. Die Lichter brennen immer noch, und wir haben das vorangebracht. So wird das auch in der Zukunft sein.

Auch wenn die Herausforderungen anspruchsvoller geworden sind - das will ich nicht bestreiten -, gibt es keinen Grund zu verzagen. Dennoch schafft es die gesamte **Bundesregierung** bei diesem Thema doch tatsächlich, mit dem Verwirrspiel um die **Solarförderung** und mit der Diskussion um das **EEG** ausschließlich negative Zeichen zu setzen.

Daneben gelingt es ihr augenscheinlich nicht, bei dem notwendigen Pendant zur Erzeugung von erneuerbaren Energien, dem **Ausbau der Netze**, einen vernünftigen Rahmen vorzugeben. Im Gegenteil! Statt den Ausbau der Netze voranzubringen, will Herr Altmaier lieber den Ausbau der erneuerbaren Energien dort stoppen, wo er am günstigsten ist: hier im Norden. Das ist doch wirklich gaga. Das Gegenteil muss passieren. Aber wer legt sich schon gern mit dem Süden an?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Und dem Westen!)

Die Regierungserklärung von Robert Habeck weist den Weg in die richtige Richtung, den wir gehen können und gehen sollten, nein, gehen müssen. Es wäre wahrer Patriotismus, wenn dieses Haus ihn bei diesem Weg entschlossen und geschlossen unterstützen würde.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe FDP)

(Dr. Ralf Stegner)

Lieber Kollege Habeck, nicht nur linken Patriotismus - was Sie in Ihrem Buch gefordert haben -, sondern Patriotismus des gesamten Hauses könnten wir in der Energiepolitik gern haben.

(Zurufe FDP)

Herr Kollege Vogt, ich bin da allerdings entgegen meinem Naturell nicht sehr optimistisch. Da ja unsere neue Landesregierung schlechterdings die Berliner Geschäfte nicht einfach auch noch übernehmen kann, müssen wir wohl darauf setzen, dass die Bürgerinnen und Bürger den Politikwechsel auch auf Bundesebene herbeiführen und dass die schwarz-gelbe Abwahlerie über Hannover nach Berlin verlängert wird.

Ich glaube, wir könnten uns hier immerhin auf eine Erkenntnis verständigen. -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das glaube ich nicht!)

- Warten Sie doch den Satz ab! Intellektuell traue ich es Ihnen zu, dass Sie dem Satz, von allein kommt die Energiewende nicht, zustimmen können. Mehr wollte ich von Ihnen gar nicht, intellektuell sehr bescheiden. Das schaffen Sie!

(Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

Von allein kommt die Energiewende nicht. Wir haben uns in unserem **Koalitionsvertrag** das Ziel gesetzt, bis 2020 in Schleswig-Holstein 300 % des erneuerbaren Stroms des theoretischen Verbrauchs zu produzieren. Das ist ein ehrgeiziges Ziel. Um dies zu erreichen, gilt: Erstens brauchen wir mehr erneuerbare Energien, zweitens brauchen wir mehr Netze, drittens brauchen wir mehr Energieeffizienz, Energieeinsparung und Energiespeicherung.

Das stellt der Markt allein so nicht her. Teilweise tut er sogar genau das Gegenteil.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie sollten eine Firma gründen!)

Die derzeitigen Marktverhältnisse führen nicht zu einer rechtzeitigen Energiewende, hin zu einer sicheren, in doppelter Bedeutung sicheren, nachhaltigen und bezahlbaren Energiewende. Deswegen haben wir inzwischen alle gemeinsam den **Ausstieg aus der Atomenergie** festgeschrieben und die unsichersten Atomkraftwerke abgeschaltet. Damit sollte endlich eine höchstgefährliche Ausweichlösung verbaut werden. Wer weiter Strom produzieren und verkaufen will, muss sich etwas anderes suchen.

Durch den Ausstieg aus dem Ausstieg, dem unseligen Atomdeal von Angela Merkel, haben wir wertvolle Jahre verloren, die uns noch teuer zu stehen kommen werden. Das muss man leider feststellen. Umso entschlossener muss jetzt vorangegangen werden. Auch bei der Abwicklung der Atomenergie muss das besser und schneller gemacht werden, als Schwarz-Gelb das will. Das will ich hier ausdrücklich festhalten. Da ist manche Verbesserung möglich und nötig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass wir uns auf eine zweite Grundlage einigen könnten: **Schleswig-Holstein** kann und muss von der Energiewende profitieren. Wir sollten das Land zwischen den Meeren, das Vorzeigeland, das Musterland, das **Vorbild** für die Energiewende werden. Wir sind doch, wenn wir es richtig anfangen, der Energieversorger der gesamten Republik mit sauberer, erneuerbarer Energie, mit Wertschöpfung vor Ort, mit innovativen Kleinunternehmen, aber auch durchaus mit neuen Chancen für unsere Werften und ihre hochqualifizierten Belegschaften, mit Speichertechnik auf Weltklasseniveau, mit Bürgerbeteiligung an den Netzen. Kurz: Wir könnten ohne die großindustrielle Konnotation das für die Republik werden, was das Ruhrgebiet nach dem Zweiten Weltkrieg in Sachen Energieversorgung gewesen ist. Damit meine ich: Frischer Küstenwind für Schleswig-Holstein statt Las-Vegas-Wüstensturm, den Sie bisher für richtig hielten. Das wäre die richtige Antwort, die wir geben können und sollten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Endlich das Glücksspiel! - Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir Schleswig-Holsteiner waren einmal Vorreiter, und wir haben große Potenziale. Leider sind wir in den letzten Jahren deutlich zurückgefallen. Das muss sich wieder ändern, dazu müssen die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen und Betriebe, die Kommunen und das Land zusammenarbeiten - offen, vertrauensvoll und solide.

Lieber Robert Habeck, auch der Ton Ihrer Regierungserklärung, zu sagen, dass man auch Fehler mache und bereit sei, mit allen offen darüber zu reden und eine neue Kultur des Dialogs zu pflegen, ist ein guter Anfang dafür,

(Zuruf FDP)

wenn man möchte, dass man gemeinsam mit anderen etwas hinbekommen möchte, die ja mitmachen

(Dr. Ralf Stegner)

müssen, wenn wir zum Erfolg kommen wollen. Wenn Sie nicht mitmachen wollen, ist das zwar nicht schön, aber gebraucht werden vor allem diejenigen draußen im Lande, mit denen wir umgehen müssen, die Unternehmen, die Beschäftigten, die Bürgerinnen und Bürger, die Kommunen, damit das alles klappt.

(Beifall Olaf Schulze [SPD] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann mal los!)

Deswegen fördern wir die Windenergie mit all den vielen Vorteilen für Windmüller und Kommunen. Deswegen fördern wir natürlich die möglichst dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung, weil wir dringend eine bessere **Energieeffizienz** brauchen. Gerade deshalb machen Kohlekraftwerke ökologisch und ökonomisch keinen Sinn. Kohle in Brunsbüttel rechnet sich eben nicht. Das wissen auch die Betreiber. Da können Sie noch so viele Anträge schreiben. Gegen die Wirklichkeit lässt sich auf Dauer keine Politik betreiben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir fördern **dezentrale Energieerzeugung** und -verteilung, damit wir mit möglichst vielen Kräften an der Energiewende arbeiten können, um effizienter und bürgernäher zu sein und um nicht mehr so sehr von irgendwelchen fremddefinierten Konzernzielen großer Energieunternehmen abhängig zu sein. Deshalb fördern wir - wie mit dem Pakt mit den Wohnungsbauunternehmen geschehen - die **Gebäudesanierung** und nutzen diese große Chance, um die Nebenkosten gerade für Mietwohnungen zu senken. Davon profitieren alle, nämlich das Handwerk, das Arbeit hat, die Bürgerinnen und Bürger, die am Ende weniger bezahlen müssen, und klimaverträglich ist das auch. Es ist sträflich gewesen von Ihnen, das auch noch zu kürzen, anstatt für eine vernünftige Verbesserung zu sorgen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deshalb fördern wir etwas, was bisher vernachlässigt worden ist, nämlich die **Speichertechnologie**, die neben dem Netzausbau ein Schlüssel der Energiewende sein wird.

Da muss Forschung, da muss Unternehmergeist, da muss Wertschöpfung stattfinden. Ich sage Ihnen: Schleswig-Holstein profitiert in vielfältiger Weise von der Energiewende. Wertschöpfung, Gewerbesteuererinnahmen, Arbeitsplätze. All das ist hier entstanden, all das kann mehr werden, wenn wir es

richtig machen und nicht zögern, sondern mit aller Kraft vorangehen.

Das ist eine Wachstumsstrategie. Ehrliche gute Arbeit in Zukunftsbranchen ist eine Wachstumsstrategie, und Wachstumsstrategie ist nicht das, was wir derzeit in England erleben und was uns neuerdings die Oppositionsparteien in diesem Haus immer wieder vortragen.

Ich appelliere deshalb an die Opposition, bei ihren Parteifreunden in Berlin bis zum Regierungswechsel mitzuhelfen, dass dieser Weg auch tatsächlich funktioniert und wir nicht ein weiteres kostbares Jahr verlieren. Wir dürfen kein Jahr mehr verlieren. Wir haben keine Zeit mehr, sondern wir haben eine große Aufgabe zu lösen. Ich appelliere außerdem an die Unternehmen, die sich bietenden Chancen beherrscht zu ergreifen. Ich appelliere an die Bürgerinnen und Bürger, sich einzumischen und mitzureden. **Bürgerbeteiligung** ist für uns übrigens nicht Kür, sondern Pflicht. Das will ich hier ausdrücklich sagen. Bürgerbeteiligung und Transparenz sind notwendig, schnelle Entscheidungen aber auch.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Abgeordneter Uli König [PIRATEN])

Nicht moseern oder meckern, sondern mitmachen und mitgestalten sollte die Devise sein. Ich lade die Oppositionsparteien im Landtag ausdrücklich ein, einmal ihre Perspektive zu wechseln und sich einmal an dieser Devise zu versuchen.

Die Koalition von SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD ist die Koalition der Energiewende. Wir haben ein Konzept und keine Scheu, die notwendigen Mittel dafür einzusetzen. In der Folgeperiode der Strukturfondsförderungen ab 2014 werden wir den Schwerpunkt neben Bildung konsequent auf Energiewende und Klimaschutz legen. Im Wahlkampf haben wir übrigens angekündigt, dass wir das tun. Wir werden einhalten, was wir versprochen haben, und zwar nicht nur in diesem Bereich, sondern auch in anderen Bereichen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Wir wollen bei den Ausgaben für die Energiewende und den Klimaschutz in den Programmen zur Wirtschaftsförderung (EFRE) und zum ländlichen Raum (ELER) deutlich über die Zielvorgaben der Europäischen Kommission hinausgehen.

Wir haben eine Perspektive für ein lebenswertes und produktives Land, das Vorreiter ist bei den erneuerbaren Energien und von dieser Vorreiterrolle deutlich profitiert.

(Dr. Ralf Stegner)

Übrigens entspricht es dem volkswirtschaftlichen Einmaleins, dass alles, was knapp ist, teuer ist - die fossilen Energieträger sind knapp -, und dass all das, was wir in Hülle und Fülle haben, nämlich Wasser, Wind und Sonne, billiger ist. Das ist jedem begreiflich zu machen. Dass Sie das nicht verstehen wollen, kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Das ist simples volkswirtschaftliches Einmaleins. Man kann noch so kenntnisreich über Strombörsen daherreden, aber an diesem Grundsatz ändert das überhaupt nichts. Das müssen wir nur begreifen und für uns nutzen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und wir werden das tun.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben Konzepte, um den **Strompreis** dauerhaft bezahlbar halten zu können. Wir Sozialdemokraten sind der Auffassung, dass wir das auch müssen, weil wir uns keine Energiepolitik leisten können, die nur die Privilegierten gut finden. Das ist ein wesentlicher Punkt. Auch die Mieter müssen den Strom bezahlen können, nicht nur der, der es sich leisten kann, sich einen Sonnenkollektor aufs Dach setzen zu lassen. Wir wollen, dass Normalverdiener das bezahlen können.

Statt über das **EEG** zu jammern - lieber Robert Habeck, dabei stimme ich Ihnen ausdrücklich zu - und die Leute zu bedauern, weil der Strom teurer wird, hätten wir die Opposition lieber an unserer Seite, wenn es um Mindestlöhne, Spekulationssteuer und Vermögensabgaben geht, weil dann nämlich diejenigen einen Beitrag leisten können, die mehr haben, und nicht diejenigen, die weniger haben. Auch das gehört zur Debatte dazu. Dabei befinden Sie sich aber leider genau auf Gegenkurs. Diesen Zusammenhang muss man immer wieder deutlich machen.

(Zurufe FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem Konzept, das Robert Habeck vorgelegt hat und das dem Koalitionsvertrag der drei regierungstragenden Fraktionen entspricht, können wir immer mehr Bürgerinnen und Bürger überzeugen und mitnehmen.

Angesichts des aktuellen Benzinpreises ist eines ohnehin klar: Das Schreckgespenst der steigenden Energiekosten spukt wirklich ganz woanders als da, wo Sie es immer vermuten. Die Rezepte aus Berlin sind jedoch nur große Ankündigungen und bürokratische Monster, und am Ende passiert gar nichts, außer dass der Benzinpreis weiter steigt. Das kann man feststellen, wenn man an den Tankstellen vorbeifährt.

(Christopher Vogt [FDP]: Und die Steuereinnahmen!)

Die Politikwende ist bei dieser Landesregierung gut aufgehoben. Das gilt von der Bildungspolitik bis zur Energiepolitik. Herr Energieminister, bei diesem Kurs werden Sie die SPD-Landtagsfraktion an Ihrer Seite haben. Die Energiewende ist in der Tat eine Jahrhundertchance für Schleswig-Holstein. Wir sollten sie beherzt ergreifen. Das ist die Verantwortung, die wir übernehmen müssen und übernehmen werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat deren Vorsitzende, die Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Idee, Energie aus der Kraft der Sonne, des Wassers und des Windes zu gewinnen und auf gefährliche und umweltschädliche Technologien wie Atom und Kohle zu verzichten, gehört zu den Gründungsidealen der grünen Partei. Ich muss bekennen, dass es mich stolz macht, dass wir nach mehr als drei Jahrzehnten Kampf auf der Straße und in den Parlamenten nun endlich so weit sind, dass wir nicht mehr über das Ob der Energiewende, sondern gemeinsam über das Wie diskutieren und um den richtigen Weg ringen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Die **Energiewende** ist eine der größten **Infrastrukturmaßnahmen**, die die Republik je erlebt hat. Innerhalb weniger Jahre wollen wir unsere Energieerzeugung auf erneuerbare Energien umstellen. Das ist mittlerweile Konsens quer durch die Gesellschaft.

Wenn uns diese Umstellung gelingt und wir beweisen, dass eine führende Industrienation wie Deutschland auf die gefährliche **Atomenergie** verzichten kann und keine neuen **Kohlekraftwerke** mehr benötigt, wird dies für andere Länder beispielgebend sein. Wir können so zum Toprunner werden und noch mehr als bisher zum Exportland für Umwelt- und Energietechnologien.

(Eka von Kalben)

Darum bin ich so froh, dass dieses Projekt hier bei uns nun in den Händen der Grünen, in den Händen von Robert Habeck liegt. Wir werden Ihnen beweisen: Wir Grünen können Infrastruktur.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir gestalten Infrastruktur aber nicht blind und technokratisch. Gerade wir Grünen sehen uns in drei Bereichen in einer besonderen Scharnierfunktion.

Als Bürgerrechtspartei sehen wir unsere Scharnierfunktion erstens darin, den **Netzausbau** in engster Abstimmung mit den Betroffenen anzugehen. Robert Habeck und auch seine Staatssekretärin Ingrid Nestle haben bereits vielfältige Gespräche mit **Betroffenen** geführt, wie auch meine Fraktion Gespräche mit den Netzbetreibern in den Regionen geführt und Veranstaltungen besucht hat.

Herr Callsen, Sie haben gerade bemängelt, diese Gespräche führten zu nichts beziehungsweise die Bündelung der Ressourcen bringe nicht so viel. Wir haben gerade in Quickborn erlebt, dass Jahre verstrichen sind, weil keine Moderationsgespräche stattgefunden haben. Erst kurz vor der Wahl hat sich der Kollege von der CDU dankenswerterweise eingeschaltet. Mittlerweile gibt es auch Gespräche mit der Frau Staatssekretärin, sodass vielleicht doch noch zu einer Lösung gefunden werden kann.

Wir müssen die **Ängste** der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und vor Ort die besten Lösungen suchen: Wo kann eine Stromtrasse um eine Ortschaft herumgeführt werden? Wo können bestehende Eisenbahn- oder Kanaltrassen genutzt werden?

All dies muss sorgfältig, bürgernah und gleichzeitig schnell geschehen. Jahrelange **Gerichtsprozesse** bringen uns der Energiewende nicht näher. Wir setzen auf einen engen **Dialog** mit den Menschen und auf die Einsicht, dass wir die beschriebenen Herausforderungen nur gemeinsam bewältigen können. Sankt Florian und seine Prinzipien helfen uns nicht weiter.

Dass Netze eigentlich in die öffentliche Hand, in Bürgerhand gehören, entspricht ebenfalls unserer Grundüberzeugung. Dies gilt zuvorderst für die **kommunalen Netze**. Das Auslaufen von Konzessionsverträgen soll dazu genutzt werden, um deren Kommunalisierung voranzubringen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Die zweite Scharnierfunktion, bei der wir Grünen uns in besonderer Verantwortung sehen, betrifft den sozialen Aspekt. Die Energiewende und die **soziale Frage** dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es ist doch zynisch, dass diejenigen, die den Ausbau der erneuerbaren Energien jahrelang blockiert haben, nun ihr Herz für die finanziell schlechter Gestellten entdecken und argumentieren, die Energiewende würde allein zulasten der Schwächeren gehen. Das ist mehr als unglaublich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist doch selbstverständlich, dass auch in Haushalten, die Arbeitslosengeld beziehen, die Lichter nicht ausgehen dürfen. Aber vielleicht werden diese Lichter schon bald gegen hocheffiziente LEDs ausgetauscht, sobald diese so kostengünstig sind, dass sie auch beim Discounter über die Ladentheke gehen. Die Energiewende soll die Schere zwischen Arm und Reich nicht vergrößern. Dafür werde ich mit vollem Einsatz kämpfen. Das Verrückte ist doch, dass die steigenden Heizkosten - insbesondere auf der Basis von Öl - bei der Berechnung des Lebensunterhaltes berücksichtigt werden, die Strompreise aber aus dem Regelsatz zu zahlen sind. Das hat aber nichts mit der Energiewende zu tun, sondern mit dem Berechnungssystem.

Gerade auch bei den **steigenden Strompreisen** zeigt sich doch, dass Energiewende nicht nur einseitig mit dem Umschwenken auf Erneuerbare und dem Bau neuer Netze verbunden werden darf. Wir dürfen die anderen „E“ - die Energieeffizienz und das Energiesparen - nicht vergessen. Und ich möchte ein viertes „E“ hinzufügen: Ehrgeiz!

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr gut!)

Den vermissen wir zum Beispiel auch bei Umweltminister Altmaier und der Bundesregierung

(Beifall Abgeordneter Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

durch ihre Weigerung der Umsetzung der Effizienzrichtlinie der EU.

Gegen die Nöte der ärmeren Bevölkerungsteile sollen die von Altmaier vorgeschlagenen **Energieberater und -beraterinnen** helfen. Wie er das umsetzen will, steht in den Sternen. Den Vorschlag, den wir skeptisch, aber konstruktiv begleiten wollen, hilft jedoch nur begrenzt weiter. Denn was bitte soll ein Mensch, der Hartz IV bezieht, mit der Botschaft anfangen, sein Kühlschrank oder seine Waschmaschine verschlinge zu viel Strom, wenn nicht gleichzeitig eine Möglichkeit gegeben wird, Altge-

(Eka von Kalben)

räte auch in Haushalten ohne oder mit wenig Einkommen auszutauschen?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Abgeordneter Flemming Meyer [SSW])

Wie ist es zu erklären, dass die größten Energiefresser-Unternehmen immer noch mit Steuergeschenken belohnt werden? Die **Privilegierung** der stromintensiven **Industrie** bei der Stromsteuer, die Befreiung von der EEG-Umlage, die Befreiung von Nutzungsentgelten - das belastet den sogenannten kleinen Mann, den gefangenen Tarifkunden,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PI-RATEN und SSW)

Das tun nicht die Erzeugungskosten für Erneuerbare. Dem Staat gehen so 2,3 Milliarden € jährlich verloren. - 2,3 Milliarden €! Davon könnte man jedem der viereinhalb Millionen **Haushalte** mit sogenanntem **Hartz-IV-Einkommen** einen Kühlschrank der Energieklasse A+++ schenken. Mit so einer Summe könnte man eine Abwrackprämie finanzieren, die wirklich der Umwelt hilft.

Wenn die Atom- und Kohlefreunde in den Regierungen von Bund und Land die **Subventionen** nicht so freigiebig ausgeschüttet hätten und lieber in die Erforschung von Erneuerbaren und Effizienztechnologien investiert hätten, wären die erneuerbaren Energien bereits viel weiter und damit kostengünstiger.

Aber wir werden alle Möglichkeiten ausschöpfen und prüfen, wie die ansteigenden Energiekosten sozial abgefedert werden können. Die Energiewende soll die ohnehin Schlechtergestellten nicht belasten.

Neben der transparenten **Bürgerbeteiligung** beim **Netzausbau** und bei der sozialen Frage sehen wir Grünen uns auch in einem dritten Bereich als Scharnier, und das ist die **Umweltverträglichkeit des Energieumstiegs**. Die langfristig positiven Effekte der erneuerbaren Energien sind unumstritten: weniger Risiko von Atomunfällen, weniger Strahlenmüll und weniger klimaschädliches CO₂ durch Kohleverstromung.

Aber das gehört zur Ehrlichkeit dazu: Auch die **Erneuerbaren** haben **Risiken** und Nebenwirkungen. So manches Windrad mag einigen Menschen ein Dorn im Auge sein, die den freien Blick über ihr flaches Land gewohnt waren. Die drehenden **Rotoren** haben auch schon Opfer in der Vogelwelt gefordert. Die **Zuleitungen** zu den Offshore-Windanlagen im Wattenmeer sind eine Zumutung für den Nationalpark, und die Installation der Offshore-Anlagen stellt eine Belastung für Schweinswale dar.

Die aufgestellten Anlagen sind ein zusätzliches Risiko für die Schifffahrt. Können wir als Grüne das gutheißen? - Gutheißen nicht, aber wir werden uns dafür einsetzen, die schädlichen Auswirkungen zu minimieren. Marlies Fritzen hat zum Beispiel in der letzten Legislaturperiode bereits zum **Schutz der Meeresumwelt** einen Antrag eingebracht, die **umweltverträglichen Bautechniken** als Standard vorzuschreiben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Abgeordneter Flemming Meyer [SSW])

Praktisch jede Energieerzeugung hat negative Effekte. Die Atomkraft hat ihre radioaktiven Strahlen und ihre tödlichen Hinterlassenschaften für Millionen von Jahren, die fossilen Energieträger heizen unser Klima auf, und auch die Erneuerbaren sind nicht folgenlos, wie eben schon beschrieben. Ich bin der Überzeugung, dass jede Generation von uns Menschen für die negativen Folgen ihrer Energieerzeugung selbst geradestehen muss. Die Energien von gestern werden die Generationen von morgen belasten. Noch unsere Ur-Ur-Urenkel werden ihre Gesundheit und ihren Geldbeutel belastet sehen durch unsere kurzsichtige und überhaupt nicht nachhaltige Energiepolitik der vergangenen Dekaden. Bei den Erneuerbaren wird es anders sein. Hier werden wir die Kosten und die Einschränkungen selbst tragen, und das halte ich für mehr als fair.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die **Energiewende** ist ein gesellschaftliches Gesamtprojekt und muss mit der Ökologisierung der Wirtschaft insgesamt einhergehen, denn wir müssen bei der Umstellung auf Erneuerbare ja nicht nur an den Atomausstieg und an Elektrizität denken, die steigenden Ölpreise erinnern uns ständig schmerzlich daran, dass wir auch dem Ende des Ölzeitalters entgegengehen und deshalb unser Wirtschaften, unsere Mobilität und unsere Lebensgewohnheiten anders gestalten müssen.

Neben Verordnungen und gesetzlichen Rahmenbedingungen wird es eben auch darauf ankommen, die Art und Weise zu ändern, wie wir leben. Dazu braucht man einen **gesellschaftlichen Diskurs** über die Frage, was unsere Lebensqualität bestimmt. Das muss nicht immer mit Einschnitten oder mit Verboten allen Genusses gleichgesetzt werden. Die Umwelt zu schützen, kann auch zu einem Mehr an Lebensqualität führen. Das kann nicht par ordre du Mufti passieren, sondern nur in einem breiten gesellschaftlichen Diskurs.

(Eka von Kalben)

Die Energiewende muss kommen. Das ist seit vielen Jahren Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung. Aber warum sind wir nicht schon weiter? - Es bedurfte zweier Atomkatastrophen - einer in Tschernobyl und einer in Fukushima -, um die CDU zum Umdenken zu bewegen. Die Sünden der Vergangenheit, in der einseitig auf Kohle und Atom gesetzt wurde, holen uns jetzt ein und setzen uns unter diesen enormen zeitlichen Druck. Jeden Tag, den die Energiewende länger dauert, ist ein Tag mehr des sogenannten Restrisikos, ist ein Tag mehr, an dem verstrahlter Müll den kommenden Generationen vor die Füße gekippt wird, und ist ein Tag mehr, der uns von unseren Klimazielen entfernt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Abgeordneter Dr. Ralf Stegner [SPD])

Es hat mich wirklich gefreut, als von CDU und FDP nach 30 Jahren - immerhin - die Botschaft ausging: Wir haben verstanden.

Die **politischen Konsequenzen**, die daraus in den folgenden Jahren abgeleitet wurden, ließen mich jedoch an der Aussage zweifeln. Wir haben verstanden? - Wie ist es dann zu erklären, dass der **Solarindustrie** wenige Jahre, bevor sie wirklich konkurrenzfähig werden konnte, die Luft abgeschnürt wurde? - Das wäre, als würde man einen Marathonläufer über die ganze Strecke anfeuern und ihn mit Bananen und Wasser päppeln, um ihm dann ganz kurz vor dem Ziel bei Kilometer 39 ein Bein zu stellen.

(Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich will nicht abstreiten, dass man über die **Deckelung der Solarförderung** diskutieren kann, aber doch nicht so, dass man damit einer Branche sämtliche Planungssicherheit nimmt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Wie ist es zu erklären, dass die FDP - wie am Montag deren hessischer Wirtschaftsminister Rentsch - die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes fordert? - Am 28. August 2012 findet der Energiekipfel im Bundeskanzleramt statt. Die Vorstöße aus der FDP zum EEG lassen uns diesen Tag mit Bangen erwarten.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Na ja!)

- Außer Ralf Stegner.

(Christopher Vogt [FDP]: Sie müssen auch die Artikel dazu lesen! Lesen bildet!)

Schwarz-Gelb hat jahrzehntlang die Verantwortung für die Energiepolitik in Bund und Land. Was mich wirklich ärgert: Jetzt stellen Sie sich hier hin, machen dicke Backen und kritteln bereits an der neuen Landesregierung herum.

(Christopher Vogt [FDP]: Jahrzehntlang? - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Bereits gefühlt! - Zuruf Abgeordneter Christopher Vogt [FDP])

Aber was ist denn Ihre Leistungsbilanz? - Für Sie waren die erneuerbaren Energien immer nur ein Feigenblatt. Es war Ihnen zu keinem Zeitpunkt ernst mit der Energiewende. Sie waren unfähig zu erkennen, was die Stunde geschlagen hat. Noch heute würden Sie lieber Kohlekraftwerke mit einer Laufzeit von bis zu 60 Jahren in die Landschaft setzen, als sich ernsthaft mit den Zukunftstechnologien zu beschäftigen. Ein bisschen mehr Sinn für die Realitäten und ein bisschen mehr Demut wären angebracht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Das finde ich auch! Ein bisschen mehr Kompetenz wäre auch gut!)

Nachdem kostbare Jahre verschwendet wurden durch einen überschätzten Umweltminister Röttgen, der mehr an seiner Karriere als an der Energiewende gebastelt hat, versucht sich nun Peter Altmaier an dem Projekt. Frau Merkel hat sich wohl gedacht: Der ist Netzpolitiker, dann kann der bestimmt auch Stromnetze.

Leider ist sein jüngst vorgelegtes Zehn-Punkte-Papier nicht viel mehr als heiße Luft.

(Zuruf FDP: Für wen arbeitet eigentlich Joschka Fischer? - Wolfgang Kubicki [FDP]: Oder Gerhard Schröder? Arbeitet der nicht für Gazprom? Ist Schröder eigentlich noch Sozialdemokrat?)

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG - ist für ihn eine Subventionsmaschine, die Strom teuer macht. Kein Wort darüber, dass in Deutschland **Ökostrom** dank des EEG inzwischen so preiswert wie nirgendwo sonst erzeugt wird. Kein Wort davon, dass die **EEG-Umlage** vor allem steigt, weil Schwarz-Gelb die Industrie zulasten der Verbraucher und kleinen Unternehmen großzügig befreit hat. Kein Wort darüber, dass seit Jahrzehnten der **Atomstrom** staatlich subventioniert wird und die noch völlig unabsehbaren **Folgekosten** nie zu einem fairen Kostenvergleich geführt haben.

(Eka von Kalben)

In Altmaiers Zehn-Punkte-Plan fehlen auch klare Ansagen, wie er sich etwa beim Streit um den Ausbau erneuerbarer Energien, der Energieeffizienz, der Energieeinsparverordnung gegenüber seinen Ministerkollegen Rösler und Ramsauer durchsetzen will.

Auch die Angriffe von Wirtschaftsminister Rösler auf den Naturschutz beim Netzausbau bleiben unerwähnt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Schade, dass ich nichts verstehe!)

So ist die Energiewende nicht zu schaffen.

Wir haben die Herzen der Menschen gewonnen und sie für das große Gemeinschaftswerk der Energiewende begeistert.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was haben Sie?)

Das dürfen wir uns nicht von einzelnen Lobbyisten zerstören lassen. Danke, Herr Minister.

(Beifall Abgeordneter Lars Harms [SSW] -
Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir werden es uns nicht zerstören lassen. Es ist doch fabelhaft, wie wir immer wieder neue innovative Produkte auf den Markt bekommen. Es ist fabelhaft, dass viele Arbeitsplätze, gerade in **Schleswig-Holstein**, durch den Standort als **Windenergieland** entstehen. Das müsste sogar Sie freuen, wie Deutschland wieder zum **Gründerland** wird. Die Energiewende und die Ökowiede sind Herausforderung und Riesenchance zugleich. Ich möchte, dass wir sie gemeinsam als solche sehen, als Chance für unser Land. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Abgeordneter Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit uns auf der Tribüne 50 Gäste von der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung aus Eutin. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Herr Abgeordneter Kubicki hat das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich bei der Rede des Ministers für Energie und den Rest gefragt, ob es wirklich eine Regie-

erklärung ist oder ein literarischer Erguss eines Oppositionspolitikers. Denn ich hätte erwartet, dass er uns erklärt, wie jemand, der jetzt in der Verantwortung steht, nicht nur mit dem Finger auf andere zeigt, sondern wie er mit den Problemen, die wir haben, umgehen will.

(Beifall FDP und CDU)

Liebe Frau von Kalben, es macht auch keinen Sinn, sich dauernd über andere zu echauffieren. Ich habe mit einem Menschen, die Ihrer Partei angehört, und der den Wahlkreis Kreuzberg direkt erobert hat, eine Diskussion geführt. Auf die Frage, wie er denn glaubt, dass man den **Netzausbau** hinbekomme, und wie lange es dauern würde, hat er erklärt: ein Jahr. Ich sagte ihm, dass allein die **Planungsphase** vier Jahre dauert, wenn es alles gut geht und keine der beteiligten Behörden irgendwelche Einsprüche einlegt. Dann müssen die Bürger beteiligt werden, und was machen Sie, wenn einer der Bürger klagt? Wenn wir das durch die Instanzen durchziehen, kann ich Ihnen zusichern, dass Sie vor Ablauf von zehn bis 12 Jahren einen Netzausbau - wo auch immer - gar nicht hinbekommen.

(Zuruf Abgeordnete Serpil Midyatli [SPD])

- Ja, doch. Sie brauchen offensichtlich eine Beratung, Frau Midyatli. Denn Sie müssen verstehen, dass die Menschen trotz Ihrer dauernden Bemühungen, herzergreifend dafür zu werben, gelegentlich auch anderer Auffassung sind als Sie. Das erleben Sie gerade in Pinneberg. Da werden Gemeinden gegen den Ausbau des Netzes, den Sie haben wollen, klagen. Bürger werden gegen den Ausbau des Netzes, den Sie haben wollen, klagen.

Ich sage Ihnen, wenn Sie das bisherige Rechtssystem nicht verändern, dann sind wir im Jahr 2025 oder 2030, bis überhaupt auch nur eine einzige Trasse gebaut sein wird, auf die es jetzt ankommt. Sie müssen doch die Frage klären, wenn Sie einen bestimmten **Zeitraum** haben, ob das **Instrumentarium** ausreicht. Wenn Sie das nicht begreifen - wir haben ja genug Zeit, uns in den nächsten Jahren mit Ihnen weiter zu beschäftigen -, dann werden Sie feststellen, dass Sie mit Ihren hehren Zielen dramatisch scheitern werden, weil Sie die Realität nicht anerkennen.

(Beifall FDP)

Herr Dr. Stegner, im Gegensatz zu Ihnen verstehe ich davon wirklich etwas. Ich bin Jurist, und immer noch als Anwalt tätig.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Ralf Stegner [SPD])

(Wolfgang Kubicki)

- Ihre netten Zwischenrufe! Ich kann mich noch an einen erinnern - und ich muss es loswerden, weil es mich immer wieder erfreut -: Die FDP wird nicht mehr stattfinden, wird nicht mehr da sein! - Wir sitzen genauso da und haben unser Wahlziel jedenfalls besser erreicht als Sie Ihr Wahlziel.

(Zuruf Abgeordnete Serpil Midyatli [SPD])

Wenn es nach dem neuen Wahlrecht kein neues Auszählungsverfahren gegeben hätte, hätten Sie im Parlament auch keine Mehrheit mit Ihrer jetzigen Dänen-Regierung. Glauben Sie mir, die Menschen werden sehr schnell sehen, dass außer Ihren schaumschlägerischen Reden in der praktischen Umsetzung nichts passieren wird. Daran werden wir Sie dann auch messen. Das ist Aufgabe der Opposition.

(Beifall FDP und CDU)

Kopflös, tölpelhaft und von Sachkenntnis befreit, so könnte man den Start des neuen Energiewendeministers in den ersten Wochen und Monaten zusammenfassen. Herr Dr. Habeck, vieles war von Ihnen vielleicht gut gemeint. Wir wissen aber, das Gegenteil von gut ist in aller Regel gut gemeint. Schon nach wenigen Wochen reihten sich vielfältige Fehler aneinander, die insbesondere durch ein unbändiges und ungezügelt Wollen nach Veränderung verursacht worden sind. Es war eine ziellose Suche nach einem Weg der **energiepolitischen Umgestaltung**. Ziellos deshalb, weil Sie meistens nicht nach der Umsetzbarkeit fragten.

Herr Minister, dass Sie jetzt diese Regierungserklärung zu diesem wichtigen Thema abgeben, mutet vor dem Hintergrund der bisher offenbarten Schwierigkeiten mit der Thematik doch seltsam an. Es scheint, als würden Sie versuchen, Tatkraft in einem Gebiet zu demonstrieren, in dem Sie sich noch gar nicht zurecht gefunden haben. Sie versuchen, ein großes politisches Gewicht zu stemmen, befinden sich dabei aber immer noch auf sehr wackeligem Boden. Ich hätte Ihnen geraten, erst einmal die ersten 100 Tage abzuwarten, bevor Sie einen großen Aufschlag wagen. Dass Sie es dennoch tun, kann man mutig nennen.

Ob Ihre Ausführungen uns jetzt grundlegend weitergebracht haben, bezweifel ich aber. Denn es ging mir in Ihrem Beitrag zu wenig um die Zukunft der Energiewende. Vielmehr zitierten Sie eine Zustandsbeschreibung des Status Quo. Von einer richtungsweisenden Rede, die eines der wichtigsten politischen Themen der kommenden Jahrzehnte gewissenhaft und zielorientiert aufarbeitet, habe ich mehr erwartet.

(Beifall FDP und CDU)

Herr Dr. Habeck, schon in der letzten Legislaturperiode hatten Sie als mein damaliger Kollege als Fraktionsvorsitzender begonnen, Ihren späteren Start als Energiewendeminister zu konterkarieren. Sie waren einer der lautesten, als es darum ging, den damaligen Innenminister für die Schwierigkeiten bei der Ausweisung der Windeignungsflächen zu kritisieren. Das alles müsse doch schneller gehen, so ihr Credo. Dass alles nicht so einfach war, wie es von den Oppositionsbänken manchmal scheint, haben Sie später und auch hier eingeräumt. Ich muss sagen, dass Sie diesen Fehler zugeben, finde ich tröstlich. Wenn Sie hieraus für die Zukunft lernen, haben wir alle etwas davon. Es wäre nur schön, nicht nur für Sie, sondern insbesondere für Schleswig-Holstein, wenn es nicht mehr so viele Fehler werden.

Fehler aus Unachtsamkeit zu begehen, ist lässlich, wider besseres Wissen zu handeln, ist es nicht. Ich habe in Ihrer Rede keine Distanzierung zu Ihrem früheren Ansinnen gehört, das **Landesentwicklungsgrundsatzgesetz** zu ändern, damit Sie die „Vermaisung“ der Landschaft über den Landesentwicklungsplan künftig eindämmen können.

Wie wir damals der Presse entnehmen konnten, haben Sie hierzu eigens ein Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes eingeholt. Dieses stellte die Umsetzbarkeit Ihrer Planung grundsätzlich infrage. Dass Sie dennoch an Ihrer politischen Forderung festgehalten haben, spricht nicht für Sie. Denn warum lassen Sie etwas überprüfen, wenn Ihnen das Ergebnis im Zweifel egal ist. Es offenbart ein etwas leichtfertiges Rechtsverständnis, wenn Sie meinen, es trotz eines gegenteiligen Gutachtens von einer neutralen Institution besser zu wissen. Dass Sie in Ihrer Rede diese Forderung nicht noch einmal erhoben haben, lässt mich hoffen, dass Sie auch hieraus grundsätzlich gelernt haben.

Manche Fehler kann man leicht wieder gutmachen. Andere Fehler sind schwieriger zu beheben. Zu letzteren zählt für mich ganz eindeutig die **organisationsstrukturelle** Zerschlagung der Grundlage der Energiewende. Durch das Andocken der Abteilung **Landesplanung** an die Staatskanzlei haben Sie sich in den Koalitionsverhandlungen von der SPD schlichtweg über den Tisch ziehen lassen. Nicht weniger folgenreich ist, dass der **Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr**, der für die weitere Genehmigung der Stromleitungen zuständig ist, unter der Regie des Wirtschaftsministers bleibt. So beschränkt sich Ihre Zuständigkeit als Energiewendeminister auf die Einweihung von

(Wolfgang Kubicki)

Stromtrassen, die in anderen Ministerien geplant und genehmigt werden - vielleicht war das ja auch der Sinn der Veranstaltung.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Vielleicht auch ganz gut!)

Alle wichtigen Entscheidungen werden jedenfalls nicht bei Ihnen, sondern woanders getroffen. Herr Minister, zu diesem Punkt sagten Sie am 21. Juli 2012 im Interview mit der „sh:z“ - ich zitiere -:

„Man muss klare Verantwortungen schaffen, so wie wir es mit dem Energiewendeministerium getan haben. Einer muss den Kopf hinhalten, wenn es schief geht oder sich auf die Schulter klopfen lassen, wenn es klappt.“

(Johannes Callsen [CDU]: Hört, hört!)

So, wie es derzeit aussieht, werden Sie den Kopf dann hinhalten müssen, wenn es andere verbocken. Zugleich heimsen Sie den Erfolg ein, wenn andere ihre Sache gutmachen. Ich kann daher nur für das Land Schleswig-Holstein hoffen, dass Ihnen künftig auf die Schulter geklopft wird - für etwas, was Sie nicht getan haben.

(Beifall FDP und CDU)

Herr Minister, ich hätte mir gewünscht, dass Sie die **Energiewende** in einem **ganzheitlichen Kontext** betrachten und sich nicht ständig in einem Kleinklein der Alltagspolitik verfangen. Energie, und zwar bezahlbare Energie, entscheidet darüber, wie sich Deutschland in den nächsten Jahren und Jahrzehnten entwickeln wird. Energieversorgung ist nicht nur eine Frage der Erzeugung, des Transports und der Versorgung von Wärme und Strom. Sie ist vielmehr eine Frage der künftigen Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, der Entwicklung des Landschaftsbilds und eine Frage der gesellschaftlichen Partizipation. Diese Frage berührt also die unmittelbare Lebenswirklichkeit der Menschen. Die Energiewende ist daher ganz klar auch eine soziale Frage, wenn nicht sogar die soziale Frage der kommenden Jahrzehnte. Wir müssen darauf achten, dass wir nicht durch die starre Umsetzung einer nachhaltigen Energiewende ganze Bevölkerungsgruppen ausgrenzen beziehungsweise ausschließen. Die Energiewende kann nicht erfolgreich sein, wenn beträchtliche Teile unserer Gesellschaft in diesem Prozess zurückbleiben. Deshalb darf Energie kein Luxusgut werden.

(Beifall Abgeordnete Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In diesem Zusammenhang hilft es auch wenig, wenn Sie in der politischen Auseinandersetzung die Lage durch die Verdrehung von Tatsachen zu Ihren eigenen Gunsten verbessern möchten. Die Menschen möchten die Wahrheit hören, auch wenn sie unbequem ist.

Die Energiewende bewirkt, dass die Strompreise in naher Zukunft steigen. Selbst wenn die hohe Einspeisung der erneuerbaren Energiequellen zu einer Absenkung des Strompreises an der Börse führt, müssen wir bekennen, dass dann gerade die **EEG-Umlage** steigt. Hier gibt es eine untrennbare Verbindung. Herr Minister, dies in Abrede zu stellen, hilft keinem. Die EEG-Umlage sorgt für **steigende Preise**, zumindest für die nächsten 20 Jahre. Wer dies verneint, täuscht oder will andere täuschen. Es schaudert mich, wenn ich feststellen muss, wie manche die Nöte der Bürger mit einem vorlauten Satz übergehen. Es ist klar, dass im Budget eines Abgeordneten oder eines Ministers 5,3 Cent für eine Kilowattstunde zusätzlich kein erwähnenswerter Beitrag ist. Herr Minister, wie können Sie hier guten Gewissens behaupten, dass die EEG-Umlage für eine Familie oder eine Alleinerziehende mit einem geringen Einkommen eine Nebensächlichkeit darstellt? Abgehobener und realitätsferner kann es kaum klingen, wenn Sie solche Sätze in den Mund nehmen.

Auch aus diesem Grund war es ein Fehler, dass die von der Bundesregierung ursprünglich vorgesehene Kürzung der **Einspeisevergütungen im Photovoltaikbereich** am Widerstand des Bundesrates gescheitert ist. Wenn Sie die Medien heute und gestern studiert haben, werden Sie festgestellt haben, dass Sie mit dieser Umlage überwiegend die Reichen finanzieren, weil das diejenigen sind, die diese Anlagen installieren und eine sichere 20-jährige Rendite haben. Das ist etwas, auf das sich die Leute sinnvollerweise freuen können.

(Beifall FDP)

Es macht keinen Sinn, eine überteuerte Energiequelle zu subventionieren, nur weil sie die Wohlhabenden als Energieerzeuger in das Wirtschaftssystem integriert. Die hohe Vergütung von Photovoltaikstrom sorgt für eine Umverteilungspolitik von unten nach oben. Menschen mit unterem und mittlerem Einkommen bezahlen mit ihrer Stromrechnung den völlig überteuerten Strom derjenigen Bevölkerungsgruppe, die das höchste Einkommen generiert. Deshalb ist es auch nur richtig und konsequent, wenn wir das **Erneuerbare-Energien-Gesetz** in seiner derzeitigen Fassung wirklich hinterfragen.

(Wolfgang Kubicki)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Umbau der Energieversorgung darf weder zu einem massiven Kaufkraftverlust bei den Verbrauchern führen, noch darf er dazu führen, dass die Unternehmen gezwungen werden, ihre Standortpolitik zu überdenken. Damit spreche ich sowohl das Problem der Versorgungssicherheit als auch das der wettbewerbsfähigen Preise an. Wir müssen es klar sagen: Wer den Unternehmen in unserem Land keine Versorgungssicherheit anbieten kann, der wird feststellen, dass notwendige Investitionen am heimischen Standort künftig unterbleiben. Eine solche Situation wollen wir nicht. Wir können sie uns auch nicht leisten.

Die Aussage, dass wir künftig unseren **Verbrauch der Erzeugung anpassen** müssen, ist in diesem Zusammenhang verheerend. Die Produktion von Gütern, die Beschäftigung von Mitarbeitern und die Planung von Produktionsprozessen kann in einem industrialisierten Land nicht davon abhängen, ob gerade der Wind bläst oder nicht. Wer so argumentiert, bescheinigt damit nicht nur seine ökonomische Unkenntnis, sondern setzt die Axt an die Wurzeln unseres Wohlstandes.

(Beifall FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Stromverbrauch muss der Lebenssituation der Menschen angepasst werden - nicht umgekehrt. Sollen wir denn künftig etwa nachts waschen und kochen, weil sich dann die Windräder besonders schnell drehen oder der Verbrauch anderweitig nicht so sehr nachgefragt wird?

(Heiterkeit - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dafür gibt es Automaten, aber das ist Technik und nicht Juristerei!)

- Lieber Kollege Matthiessen, ich bin ja sehr begeistert, dass es Waschautomaten gibt. Nur müssen die auch noch angestellt werden. Vielleicht könnten Sie Ihre Frau mal fragen.

(Weitere Zurufe)

- Das gilt für das Kochen in gleicher Weise. Ich bin begeistert davon, dass Ihre Frau um ein Uhr nachts kocht, damit für Sie morgens das Mittagessen fertig ist. Auch bin ich sehr begeistert, wenn nachts um zwei der Fernseher angeht, weil man dann gerade wach ist, um fernzusehen.

(Heiterkeit)

Diese Vorstellungen von grünen Emphatikern finde ich wirklich sensationell, aber sie haben mit der Le-

benswirklichkeit der Menschen wirklich herzlich wenig zu tun.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Aber wenn das alle machen, funktioniert das nicht!)

- Ja, wenn das alle machen, machen wir die Nacht zum Tage. Aber wir sind ja nicht alle Nachtarbeiter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, großen Ankündigungen müssen große Taten folgen, sonst lösen sie große Enttäuschung und Stillstand aus. In diesem Zusammenhang gilt auch: Wer im Rahmen der Energiewende ankündigt, Bürger beteiligen zu wollen, sollte dies auch wirklich tun. **Bürgerbeteiligung** ist beileibe kein grüner „Mitmachhaushalt“. Die Menschen lassen sich nicht damit abspeisen, dass Sie mit ihnen reden und danach exakt an derjenigen Stelle weitermachen, an der Sie zuvor aufgehört haben. Beteiligung besteht eben auch darin, darauf einzugehen und sich darauf einzustellen, und nicht nur miteinander zu reden, Frau von Kalben. Dann werden Sie feststellen, dass Bürgerinnen und Bürger vor Ort möglicherweise nicht Ihre Auffassungen teilen und dabei bleiben, dass sie ihre eigene Auffassung auch umsetzen wollen. Es wird eine sehr interessante Erfahrung für Sie werden, wenn Sie den Menschen vor Ort erklären müssen, dass über ihre Vorgärten Hochspannungsleitungen gezogen werden müssen.

(Beifall FDP - Zuruf SPD)

- Ja, das ist sehr schön. Die Sozialdemokraten sind jetzt dafür, dass man die Häuser gleich „wegrasiert“. Auch das ist wunderbar, eine wunderbare Politik!

Ich bin sehr gespannt darauf, wie Sie mit Ihren vollmundigen Ankündigungen in der Lebenswirklichkeit ankommen. Warten Sie es nur ab. Wir fragen das dann in zwei, drei Jahren in gleicher Weise ab.

Sie sind nun in verantwortlicher Position und dürfen nicht mehr nur fordern, Sie müssen liefern. Bürgerbeteiligung ist keine Blackbox mehr, in die Vorschläge eingeworfen werden, um anschließend für immer zu verschwinden. Ihre bisherigen Handlungen lassen die notwendige Ernsthaftigkeit beziehungsweise die erforderliche Seriosität jedoch leider vermissen, wie das Beispiel in Pinneberg übrigens gezeigt hat. Symbole und Worthülsen haben bisher Ihre Politik vorrangig geprägt.

Da werden schnell Schlagwörter wie „**Demokratisierung von Netzen**“ in den Raum geworfen, anstatt diese Ideen zunächst sorgfältig abzuwägen, ihnen einen tieferen Sinn zu geben und sie anschlie-

(Wolfgang Kubicki)

ßend mit konkreten Umsetzungsstrategien zu unterlegen. Wenn Sie die Beteiligung von Bürgern und der öffentlichen Hand an Stromnetzen fordern, würde sich die öffentliche Akzeptanz deutlich erhöhen, wenn Sie zuallererst das Ziel Ihrer Aktionen benennen. Ist es die bessere Versorgung, die schnellere Umsetzung, die bessere Finanzierbarkeit oder schlichtweg nur die bessere Vermarktung des Ministers, die Sie zu dieser Forderung bringt? Herr Dr. Habeck, diese **Zielbenennung** vermisste ich derzeit schmerzlich.

Zusammenfassend möchte ich sagen, dass die Probleme, die zur Verzögerung der Energiewende führen, fraglos vielfältig sind. Viele der Probleme lassen sich aber landespolitisch beheben. Am Ende wird in **Planungsbehörden und Ministerien** entschieden, wie schnell der **Netzausbau** vonstatten geht. Die Landesplanung wird die Korridore für die neuen Stromtrassen festlegen, und der Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr wird die Genehmigung für den Bau der Trassen erteilen. Die Landesplanung wird die Regionalplanung abschließen und die neuen Windeignungsflächen ausweisen. Die Kreise werden die endgültige Genehmigung der Windparks vornehmen. Über allem steht zusätzlich noch das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, das für den Naturschutz zuständig ist.

Nur, wenn in allen Bereichen ein reibungsloser Ablauf gewährleistet ist, wird eine schnelle Umsetzung der Energiewende gelingen. Dies ist jedoch nicht wahrscheinlich. Je mehr Kompetenzbereiche unterschiedlicher Akteure berührt werden, umso grobkörniger wird der Sand im Getriebe. Dies haben wir in den letzten zweieinhalb Jahren auch sehr schmerzhaft erfahren müssen. Daher wäre aus unserer Sicht eine klare Bündelung der Kompetenzen angezeigt. Von einer solchen Bündelung ist die derzeitige Regierung allerdings meilenweit entfernt.

(Beifall FDP)

Die Führungen der drei wichtigsten Landesbehörden, die zum Gelingen der Energiewende nötig sind, liegen in den Händen von drei verschiedenen Ministerien. Dieser Umstand ist unerträglich, wenn es um die schnelle Umsetzung der Energiewende geht, die wir uns alle wünschen. Daher ist es aus unserer Sicht notwendig, dass SPD, Grüne und SSW den Koalitionsvertrag an dieser Stelle mit dem Ziel neu verhandeln, eine wirkliche **Bündelung der Energiewendekompetenzen** bei **einem Landesminister** umzusetzen. Die Aufsicht über die Landesplanung sowie über den Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr muss in einem Ministeri-

um liegen. Die Verantwortung von der Planung bis zur Umsetzung der Energiewende muss sich in einer Hand befinden. Wenn Sie dieses Problem nicht schnellstmöglich beseitigen, werden Sie scheitern.

(Zuruf SPD)

- Ja, wie gut sie gegeneinander arbeiten, kann man schon an den Forderungen Ihres Wirtschaftsministers in Relation zu dem feststellen, was andere fordern. Ich bin sehr gespannt, wie sich das beim Straßenbau, beim Tourismus und bei der Wirtschaftsförderung weiterentwickeln wird. Ich gucke mir das in aller Ruhe und Gelassenheit an.

(Zurufe SPD)

- Alles wird gut! Wegen der vollständigen Transparenz, die ich gerade eingefordert habe, wird alles gut. Wenn alle an einem Strang ziehen, aber in verschiedene Richtungen, werden wir feststellen, dass es keine gemeinsame Lösung gibt. Deshalb sind wir dafür, das alles in eine Hand zu legen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Energiewende muss gestaltet und notwendigerweise strukturiert werden. Nur dann wird sie gelingen. Eine Beschreibung des Ist-Zustandes, wie wir sie heute gehört haben, wird das Land keinen Schritt voranbringen. Ihre Rede, Herr Minister Dr. Habeck, offenbart in erschreckenderweise viel mehr die Ideenlosigkeit der Landesregierung. Die heutige Regierungserklärung ist bereits die zweite, die ohne Konzept und neue Ideen daherkommt. Nicht nur dem Ministerpräsidenten fehlen anscheinend durchgreifende Ideen für Schleswig-Holstein, sondern offensichtlich dem gesamten Kabinett.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend möchte ich die politischen Reibereien etwas tiefer hängen und für eine **vernunftorientierte Energiepolitik** werben. Entscheidende Zukunftsfragen eignen sich nicht für eine populistische und damit allzu leichtfertig geführte Auseinandersetzung.

(Zuruf SPD)

- Ich wiederhole doch nur das, was der Kollege Dr. Stegner am Ende seiner Rede von sich gegeben hat.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich meinte das ernst)

- Sie meinten das ernst. So war Ihre Rede, Herr Kollege Dr. Stegner, auch aufgebaut. Sie appellieren an uns, dass wir Ihnen helfen sollen, in Berlin die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Sie jetzt in Ihrer Politik fortfahren können. Ich finde das sehr amüsant und auch sehr nett.

(Wolfgang Kubicki)

Wir erwarten von Ihnen - und zwar von dieser Regierungskonstellation insgesamt - zunächst, dass Sie uns einmal sagen, wohin Ihre Reise bei den Möglichkeiten, die Sie im Land haben, gehen soll, ohne dauernd mit dem Finger auf andere zu zeigen.

(Beifall FDP)

Die Energiewende - da gibt es keinen Streit in diesem Haus - ist eine große Chance für unser Land. Wir müssen aufpassen, dass sie nicht verstreicht. Herr Kollege Dr. Stegner, ich appelliere an Sie, vielleicht einmal mit Frau Kraft zu reden. Ich appelliere an die Grünen, vielleicht einmal mit Herrn Kretschmann zu reden.

(Zuruf CDU)

- Nein, das weiß ich jetzt nicht. Ich appelliere aber an Sie, mit ihnen darüber zu reden, ihre Ausbauüberlegungen, was regenerative Energien - und gerade Windanlagen - angeht, einzustellen. Denn ich kann Ihnen sagen: Wenn die das umsetzen, können Sie den Strom, den wir in Schleswig-Holstein produzieren, an keinen Abnehmer mehr bringen. Das halte ich für eine sehr unvernünftige Maßgabe. Also appellieren Sie nicht an den Bund, appellieren Sie lieber an die eigenen Parteifreunde, zu überdenken, ob es nicht sinnvoller wäre, den kostengünstigen **Strom aus Schleswig-Holstein** zu importieren als selbst solche Anlagen aufzubauen. Dann wären wir schon weiter. An diesem Beispiel sehen Sie, dass die Fragen der Energiewende nicht so einfach strukturiert sind wie sie hier dargestellt werden. - Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Beer. - Bitte schön, Sie haben das Wort.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Für die PIRATEN?)

- Ich habe noch leise angefügt: von den PIRATEN.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die Frage ist, ob Sie für die PIRATEN spricht oder für sich! - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sprechen immer für die FDP, das ist der Unterschied! - Weitere Zurufe)

Angelika Beer [PIRATEN]:

Genau, Herr Kollege Kubicki. Ich habe jetzt sozusagen sechs Stimmen und versuche, sie in meinem Redebeitrag miteinander zu vereinbaren.

(Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, Sie haben doch eigentlich schon genug geredet.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Beer, ich bitte, ihr das auch zu lassen.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen also alle darin überein, dass **Schleswig-Holstein** eine **Schlüsselfunktion** bei der **Energiewende** in Deutschland einnimmt. Auch der neuen Landesregierung scheint dies durchaus bewusst zu sein. Das hat Minister Habeck heute auch unterstrichen. Sowohl im Wahlkampf der nun an der Regierung beteiligten Parteien als auch im Koalitionsvertrag nahm diese Thematik eine zentrale Position ein. Herr Dr. Habeck, Energiewendeminister, das ist ein anspruchsvoller Titel. Er weckt hohe Erwartungen, nicht nur hier im Haus, sondern im ganzen Land.

In Schleswig-Holstein bestehen allerdings auch Bedenken - und die sollten wir ernst nehmen - gegen diese Energiewende. Die PIRATEN-Fraktion ist davon überzeugt, dass eine deutliche Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger bei uns im Land diese Wende will, viele aber nicht unbedingt vor der eigenen Haustür. Ein erfolgreiches Konzept für die Energiewende muss auf die Einbindung und Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger setzen, um nicht diffuse Ängste oder persönlich begründete Vorurteile zu befördern. Sie muss vielmehr eine **nachhaltige Akzeptanz** für die Notwendigkeit konkreter Maßnahmen in den Gemeinden schaffen. Dafür braucht es auch die Bereitschaft der politisch Handelnden, eben diese Notwendigkeit, einzelne Maßnahmen immer und immer wieder kritisch zu überprüfen und gemeinsam mit den Betroffenen vor Ort in die Gesamtentwicklung einzuordnen.

(Beifall PIRATEN und Abgeordneter Lars Harms [SSW])

Nur so kann eine nachhaltige Energiewende gelingen.

Dies war sicherlich auch den Autorinnen und Autoren des Koalitionsvertrages bewusst, als sie schrieben:

„Die Energiewende beschreibt eine zentrale politische Herausforderung der kommenden

(Angelika Beer)

Jahre. Sie geht alle an: die Menschen vor Ort, die Wirtschaft, die Kommunen, Land, Bund und Europa.“

Wir begrüßen den Anspruch, die Fehler der Vorgängerregierung nicht wiederholen oder weiterführen zu wollen. Der im vergangenen Jahr vom Verein „**Mehr Demokratie**“ vorgelegte **Bürgerentscheidungsbericht** über den Zeitraum von 1990 bis 2010 zeigt deutlich, wie vor allem in den letzten Berichtsjahren, 2009 und 2011, die Proteste der Bürgerinnen und Bürgern gegen den Bau, insbesondere von Windkraftanlagen, in den Gemeinden extrem stark zugenommen haben. So werden immer wieder - natürlich durch Bürgerentscheide - konkrete Bauvorhaben blockiert. Laut aktuelleren Zahlen nahm diese Tendenz auch in den folgenden Jahren weiter zu. Der Eindruck einer Wende von oben gegen unten ist also bereits entstanden und darf unter der neuen Landesregierung auf keinen Fall weiter gestärkt werden.

(Beifall PIRATEN)

Uns allen muss klar sein: Damit die Energiewende gelingt, muss ein neues Bewusstsein geschaffen werden. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das muss nicht nur aufseiten der Bevölkerung passieren, denn die ist bereits höchst sensibilisiert in all diesen Fragen und kennt die Vorteile der Energiewende ganz genau, sondern das neue Bewusstsein muss sich vielmehr aufseiten der Planer und Verantwortlichen durchsetzen.

(Beifall PIRATEN)

Wir hoffen, es ist ebenso allgemeiner Konsens, dass die Lösung des Energieproblems zunächst eher im **Minderverbrauch** statt im **Ausbau neuer Energieerzeugung** liegen muss. Deshalb bedarf es aus unserer Sicht dringend eines Konzeptes der Landesregierung zur breiten Einbindung der Bevölkerung in die Energiewende, eines Konzeptes, das nicht nur die Durchsetzung des Baus der Anlagen und Trassen, sondern auch eine umfassende Information und Einbindung der Bevölkerung vorsieht.

(Beifall Abgeordneter Uli König [PIRATEN])

Auch hier war der **Koalitionsvertrag** erstaunlich klar. Auch hier mag manch ein PIRAT gesagt haben: Das ist gut, das ist richtig, stimmt mal ruhig für den Albig, der sorgt dafür, dass das umgesetzt wird.

(Beifall Abgeordnete Uli König [PIRATEN], Lars Harms [SSW] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Ich zitiere nur einen Satz aus dem Koalitionsvertrag:

„In einer modernen Demokratie sind Transparenz und Zugang zu Informationen notwendige Voraussetzungen für Teilhabe und Mitbestimmung.“

Bislang ist hiervon allerdings im Bereich der Energiewende nichts zu spüren. Im Gegenteil, bei den Gesprächen zwischen Minister Habeck und unserer PIRATEN-Fraktion wurden wichtige Informationen, wie zum Beispiel der **Altmaier-/Rösler-Plan** nicht einmal erwähnt. Und auf den Vorschlag hin, auf der Webseite des MELUR sämtliche bisher zugängliche Planungsdaten und Beschlüsse, also sowohl auf EU-, Bundes- und Landesebene als auch auf Gemeindeebene - nachvollziehbar darzustellen und zusammenzufassen, verwies der Minister lediglich auf die Webseite des ausführenden Energiekonzerns **TenneT**. Das klingt schon skurril, dieser Verweis auf TenneT, wo wir doch alle - insbesondere die Menschen, die Zeitung lesen -, um ihre finanziellen Schwierigkeiten wissen und wissen, dass zum Beispiel der erste Betreiber eines Nordsee-Windparks einen Antrag auf Durchführung eines Missbrauchsverfahrens gegen TenneT gestellt hat. Dort sollen also die Bürgerinnen und Bürger ihr Wissen beziehen, wissentlich, dass TenneT sie wahrscheinlich viel Geld kosten wird? - Das ist doch nicht Vertrauen, das ist nicht transparent, sondern das ist eine Fehlleitung von Informationen.

Herr Minister Habeck, Energiewende und Netzausbau stellen sich dem Bürger - das ist jedenfalls unsere Erfahrung; vielleicht haben Sie eine andere im Land gemacht - zur Zeit als großes Kuddelmuddel vor. Die eine Hand weiß nicht, was die andere macht. Munter werden Windparks geplant, die Netzanschlüsse bleiben teilweise aus, und dann verklagen sich die Beteiligten auch noch gegenseitig. Zurzeit werden Pläne für den Netzausbau festgeklopft, ohne dass es darüber auch nur eine geschlossene Informationsmöglichkeit gibt.

Ich fordere Sie auf, endlich Nägel mit Köpfen zu machen. Das ist doch nicht so schwierig. Machen Sie dem Durcheinander durch sachliche, klare in den Ministerien zusammengestellte Daten und Informationen ein Ende, schaffen Sie eine Übersicht, sodass der Bürger den **Entscheidungs- und Entstehungsprozess nachvollziehen** kann, sodass er, wenn er neu damit konfrontiert wird, auch nachträglich sagen kann, wie es eigentlich zu dieser Entscheidung gekommen ist, welche Diskussion dabei eine Rolle gespielt hat. Wenn Sie dann mit einer landesbezogenen Netzagentur für Kontrolle, Prü-

(Angelika Beer)

fung und notfalls Eingriff sorgen, dann sind wir einen Schritt weiter.

Sie müssen vor allen Dingen Instrumente schaffen, mit denen der tatsächliche Bedarf an Stromleitungen oder anderen Einrichtungen überhaupt erst einmal nachvollziehbar überprüft wird. Es reicht doch nicht zu sagen, wir brauchen die und die Trasse. Die Menschen müssen wissen, warum diese Trasse gebaut werden soll, denn sonst werden sie keine Akzeptanz finden.

(Beifall PIRATEN)

Herr Dr. Habeck, es reicht eben nicht aus, Informationen auf der Seite von TenneT positiv zu erwähnen. Ich verrate jetzt auch überhaupt kein Geheimnis - das war ja öffentlich -, nämlich dass Sie in der Sitzung des Umweltausschusses in der letzten Woche zur Energiewende Ausführungen machten und sie reduzierten auf den Satz: Das meiste kennen Sie ja aus den Medien. - Das eine Woche vor der heutigen Regierungserklärung und wohlwissentlich, dass der Krisengipfel im Bundeskanzleramt nächste Woche stattfinden wird. Wo ist da bitteschön für dieses Parlament und die Bürger das Konzept der Landesregierung im Hinblick auf die Regelung der Probleme mit der Energiewende nachvollziehbar?

(Beifall PIRATEN)

Ich glaube, es ist zu wenig, die Menschen auf Presseberichte - auch wenn wir sie schätzen - hinzuweisen. Herr Minister, Hintergrundgespräche mit Bundesministerien in privaten Gebäuden - auch davon hören wir nur über Presseberichte. Natürlich sind wir dankbar, überhaupt Informationen zu bekommen, aber davon hätten wir von Ihnen persönlich gern etwas mehr gehört.

(Beifall PIRATEN)

Gleich in der ersten Plenarsitzung des neuen Landtags im Mai haben Sie - ich meine alle Regierungskoalitionsparteien - die entscheidende Tür für die Bürger verschlossen. Ja, ausgerechnet BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die mit uns im letzten Jahr die **Volksinitiative** für mehr Demokratie in Schleswig-Holstein mitentwickelt hatten, haben schließlich dagegen gestimmt, die längst überfällige gerade angesichts der Energiewende umso dringender benötigte **Reform kommunaler Bürgerbegehren** durch eine Änderung der Gemeindeordnung herbeizuführen. Ich frage Sie: Ist das die Transparenz oder der Zugang zu Informationen, die der Öffentlichkeit in jedem Landtagswahlkampf - die Flyer der Landtagsfraktionen liegen dort draußen noch - versprochen wurden?

Ich möchte Ministerpräsident Albig ansprechen, der von der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ vor Kurzem zitiert wurde, dass er eine schnelle Entscheidung über neue Stromleitungswege im Zuge der Energiewende fordere. Zugleich warnte Herr Ministerpräsident Albig vor zu viel Bürgerbeteiligung.

„Die Politik muss die Bürger überzeugen.“

- Okay.

„Bürgerbeteiligung heißt aber nicht, dass an jedem Ort genau das passiert, was die Bewohner dieses Ortes wollen, sondern dass die Argumente gehört werden und dass die Entscheidungsfindung nachvollziehbar ist. Eine Bürgerbeteiligung, bei der jeder an jeder Stelle recht bekäme, würde zum Stillstand führen.“

(Beifall Abgeordnete Dr. Ralf Stegner [SPD] und Dr. Heiner Garg [FDP])

- Okay. Von diesem Stillstand sind wir aus Bürgersicht zurzeit allerdings himmelweit entfernt. Stillstand gibt es derzeit nur durch die unkoordinierte Planung der Netzbetreiber und Stromlieferanten und der Politik, die es versäumt, durch Abstimmungen für Konfliktabbau zu sorgen. Fakt ist nämlich - und das scheint Herr Albig übersehen zu haben -, dass bald über 1.500 Bürger und Initiativen Stellungnahmen allein zum **Netzentwicklungsplan 2012** eingereicht haben. Fakt ist offenbar auch, dass diese in keiner Form berücksichtigt worden sind, sondern dass der Netzentwicklungsplan 2012 wie geplant weitergereicht wurde. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Unter Bürgerbeteiligung verstehen wir PIRATEN allerdings etwas anderes.

(Beifall PIRATEN)

Schauen wir uns doch mal das Geschehen im Land an. Bei den Planungen für eine **Offshore-Stromtrasse** entlang unserer Nordseeküste mehren sich die Bedenken in Bezug auf den Umgang mit den **Munitionsaltlasten**. Der NABU weist auf die Gefahren für die Beschäftigten der beteiligten Firmen und für den empfindlichen Lebensraum Wattenmeer hin, die durch das sorglose Sprengen der Munitionsreste bedroht werden. Im Kreis Dithmarschen haben sich 15 Gemeinden zusammengeschlossen, um eine Resolution gegen die 380-kV-Freileitung zu verfassen. Was passiert? - Staatssekretärin Nestle wird hingeschickt, aber vielmehr passiert dann eben auch nicht.

Auf Dagebüll beschwerte sich jüngst eine Initiative bei allen Landtagsfraktionen mit dem Vorwurf in-

(Angelika Beer)

transparenter und ungesetzlicher Entscheidung innerhalb der Regierung. Diese Liste ließe sich wahrlich in die Hunderte und Tausende fortsetzen. Mit der von uns unterstützten **Reform kommunaler Bürgerbegehren**, die Sie verhindert haben, auch zu dieser Bauleitplanung, hätten all diese Menschen eine Möglichkeit gehabt, ihre berechtigten Anliegen vorzutragen und in einen demokratischen und transparenten Diskurs einzuspeisen, und wir hätten die Möglichkeit gehabt, gemeinsam eine konstruktive Lösung zu finden.

(Beifall PIRATEN)

Damit haben Sie - das muss ich der neuen Landesregierung leider sagen - mit dieser Blockade, mit dieser Ablehnung grundsätzlich den falschen Weg eingeschlagen und den Koalitionsvertrag in seiner Lyrik infrage gestellt, weil er dem grob widerspricht. Das, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist eben leider nicht die Kultur der Beteiligung, von der wir auch heute noch alle gesprochen haben, sondern das ist Wählertäuschung. Und aus Wählertäuschung entsteht Politikverdrossenheit.

(Beifall PIRATEN)

Aus Politikverdrossenheit erwächst keine **Transparenz**, vor der Sie offensichtlich große Angst haben; das hat die Aktuelle Stunde heute gezeigt. Daraus erwächst auch keine konstruktiv-aktive Bürgergesellschaft, die wir uns wünschen, sondern daraus erwachsen Gleichgültigkeit und schließlich Protest, Protest gegen die eigentlich von uns allen gewollte Energiewende.

Wir wünschen uns - noch ist Zeit -, dass die Koalition umgehend einen Kurswechsel der derzeitigen Regierungspraxis hin zu den **Versprechungen des Koalitionsvertrages** vornimmt. Wir fordern diese Transparenz, weil Transparenz der einzige Weg ist und die Garantie dafür gibt, die Energiewende mit der Bevölkerung und nicht gegen die Bevölkerung durchzuziehen.

(Beifall PIRATEN)

Ich hätte ja niemals gedacht, dass ich dem Kollegen Kubicki einmal in meinem Leben auch noch recht geben muss. - Jetzt, da ich dieses sage, beendet er sogar sein Telefongespräch. Aber wer in der Diskussion die **soziale Komponente** auslöst, handelt ignorant bis fahrlässig.

(Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP] - Heiterkeit)

Die soziale Komponente ist von uns PIRATEN stets sehr genau im Auge zu behalten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau das habe ich gesagt!)

Wir müssen das notwendige Handeln auch mit den Betroffenen diskutieren und dürfen es nicht ausblenden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Oh!)

Umweltminister Altmaier und **Wirtschaftsminister Rösler** haben die Eckpunkte für ein **Gesetz** vorgelegt, das TenneT - ich erinnere daran: TenneT ist höchstverschuldet und intransparent - entlasten soll, und die Haftungskosten für Störungen oder die verspätete Einrichtung von Anschlüssen sollen einfach auf die Stromkunden abgewälzt werden. Dies wurde von Staatssekretärin Nestle ausdrücklich begrüßt.

Ich frage Sie allen Ernstes, ob das zur Akzeptanz bei den Menschen führen soll. Die Bürger sind konfrontiert mit stetig **steigenden Lebensunterhaltungskosten**. Sie sehen sich mit horrenden Benzin-, Öl-, und Gaspreisen konfrontiert, überlegen sich, wie sie ihre Strom- und Gasrechnung am Monatsende überhaupt noch bezahlen sollen. Es ist doch offensichtlich, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. Sie kennen doch die Zahlen, aber warum erwähnen Sie nicht, dass laut einer Meldung vom 24. Juli 2012 rund 800.000 Haushalten in Deutschland durch Energieversorger Strom oder Gas abgestellt wurde, weil sie die Rechnung nicht mehr bezahlen konnten? Diese Menschen müssen von uns gehört werden. Deren Existenzsorgen müssen von uns ernst genommen werden. Dem entsprechend sind die Verantwortlichen auch zur Verantwortung zu ziehen.

Die einzig transparente Stromrechnung erhält der Bürger von seinem Versorger. Da fällt einmal mehr auf, dass der Staat mit einer Steuer- und Abgabenquote von 46 % der größte Preistreiber und Umverteiler ist.

Tatsache ist aber auch, dass die erneuerbaren Energien - und Herr Habeck hat es jetzt endlich auch kapiert, es stand gestern auch im „Holsteinischen Courier“ - schon seit Jahren dafür sorgen, dass die **Preise an der Energiebörse European Energy Exchange** stetig fallen. Die Umlage für das Energieeinspeisegesetz liegt bei 3,6 ct je kWh. Seit der Einführung des EEG im Jahr 2000 sind die Preise für die Privathaushalte jedoch um rund 12 ct gestiegen. Wenn im Oktober die neuen Schätzungen und die Sätze für 2013 kommen, können die Förderkosten für einen Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 3.500 kWh um weitere 50 € auf dann 175 € pro Jahr steigen. Das sind keine Peanuts, sondern das

(Angelika Beer)

sind Fakten, und die müssen in politischer Planung verantwortlich herangezogen werden.

Wenn man dann noch berücksichtigt - und da geht es nicht um Schwarzmalerei, aber ich erwarte, dass eine Landesregierung und die Fraktionen das auch berücksichtigen und die entsprechenden Fragen stellen -, dass ein Gutachten der Uni Rendsburg zu dem Ergebnis kommt, dass die **EEG-Umlage** anlog zum früheren Kohlepfennig zu betrachten ist, stellen sich Fragen ganz neuer Dimension; denn dieser Kohlepfennig ist aus **verfassungsrechtlichen Gründen** abgeschafft worden. Sie befinden sich da auf sehr dünnem Eis und sollten diese Rechtsfrage von sich aus in Angriff nehmen und nicht warten, bis wieder ein Verfassungsgericht der Politik den richtigen Weg zeigt.

Wir Verbraucher wollen eine Koalitionspolitik mit einer **offenen Diskussion** über die brennendsten Fragen. Warum kommen die deutlich gesunkenen Preise an der Strombörse nicht bei den Privatkunden an? Wie will die Politik Hunderttausenden Mittelständlern und Millionen Bürgern die fortgesetzte Bevorzugung weniger Großverbraucher zu ihren Lasten erklären? Warum muss ich für das Windrad, das mir vor die Nase gesetzt wird, ohne dass ich mitreden kann, auch noch bezahlen und darf mit keinem Wort in der Diskussion dazu beitragen?

Bund und Länder müssen an einem Strang ziehen. Das kann aber nicht bedeuten, im Hinterzimmer von Altmaier und Rösler zu sitzen. Deswegen bin ich auch erstaunt über die etwas aggressiven Reden der CDU und der FDP hier im Landtag. Der neuerliche Beschluss zum Ausstieg aus der Atomenergie ist 14 Monate alt. Sie haben eine zügige Umsetzung, so weit wir das außerparlamentarisch verfolgen konnten, weder im Bund noch hier im Land vorangetrieben. Es ist der Bundeswirtschaftsminister, der eine Lockerung der **europäischen Umweltstandards** durchsetzen will, um den Bau von mehr Stromautobahnen zu beschleunigen. Das ist ein Vorhaben, das hoffentlich auch bei uns im Europaausschuss noch diskutiert und abgelehnt werden wird.

(Beifall PIRATEN)

Das, Herr Minister, ist aber dennoch nicht die Politik, die Sie uns versprochen haben und von der Sie auch heute wieder geredet haben.

Wir wollen eine **umfassende Strategie zur Energiewende**, die zügig umzusetzen ist und die die Kernpunkte abdeckt um erstens die Bevölkerung umfassend zu informieren und damit ein neues Bewusstsein für die umfassende Bedeutung der Ener-

giewende zu fördern, und um zweitens die Bevölkerung über grundlegende demokratische Selbstbestimmungsrechte in die Entscheidung einzubeziehen, um nachhaltige Akzeptanz für ein sehr großes und wichtiges Projekt, die Energiewende, zu schaffen.

Ich spreche für die Fraktion der PIRATEN und für alle PIRATEN im Land: Wir sind überzeugt davon, dass die Energiewende so umsetzbar ist, dass sie zu einem echten Erfolg für ganz Schleswig-Holstein und nicht nur zu einem weiteren Schub für das Ego von Einzelpersonen wird, wenn die Landesregierung ihre Versprechen tatsächlich umsetzt.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir Ruth Kastner, die Landesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die auf der Zuschauertribüne sitzt. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Jetzt hat Herr Abgeordneter Harms vom SSW das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Vielen Dank, Herr Präsident! - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema Energiewende wird in der Politik bereits seit Jahren nahezu inflationär landauf landab diskutiert. Vorschläge und Lösungsansätze gibt es zuhauf, nur an der konkreten Umsetzung hapert es, beziehungsweise es geht nur schleppend voran. Erst diese Landesregierung hat den Schritt gewagt, alles **in einem Ministerium** zu **bündeln**, um die Energiewende aus einer Hand zu gestalten, zu steuern und umzusetzen. Dies ist ein guter und richtiger Schritt für Schleswig-Holstein. Wir stehen nämlich vor großen Herausforderungen, die diesen Schritt notwendig machen. Wir wollen die guten Voraussetzungen in Schleswig-Holstein nutzen, um die Energiewende in unserem Land endlich voranzubringen.

(Beifall SSW und Abgeordneter Dr. Ralf Stegner [SPD])

Uns ist klar, dies wird kein Selbstgänger. Es wird sich auch nicht von heute auf morgen alles umsetzen lassen, was wir uns vorgenommen haben. Diese Landesregierung und die Koalitionspartner haben es sich aber zur Aufgabe gemacht, die Energiewen-

(Lars Harms)

de mit Leben zu füllen, sie wirklich in Gang zu bringen und nicht nur darüber zu reden.

Der mit breiter politischer Mehrheit beschlossene Atomausstieg, die Abkehr von den fossilen Energieträgern, der Ausbau der regenerativen Energien, der Ausbau leistungsstarker Netze, die Sicherung der Energieversorgung, Energieeinsparung und Effizienzsteigerung, der Ausbau der Energiespeicher sowie die Entwicklung innovativer Technologien auf dem Energiesektor sind die großen **Herausforderungen**, vor denen wir stehen und die zusammen die **Energiewende** möglich machen. Diese Herausforderung nehmen wir an. Es obliegt der Opposition, sich diesem Weg anzuschließen.

Wir haben bei uns im Land die Voraussetzungen, um auch nach 2021 **Stromexporteur** zu bleiben. Dabei setzen wir maßgeblich auf den **Windstrom**. Schleswig-Holstein ist ein Windenergiestandort mit entsprechender Tradition. Daher ist unser Ziel, der Windenergie den Stellenwert zurückzugeben, den sie verdient. Damit wird sie wieder Wachstumsmotor und eine wichtige Wirtschaftskraft in unserem Land.

Mit der **Ausweitung** der **Windeignungsflächen** wurde bereits ein wichtiger Beschluss in diesem Sinne getroffen. Durch diese zusätzlich geschaffenen Kapazitäten und mit dem **Repowering** werden wir an Land bis zu 9.000 MW Strom aus Wind produzieren. Dazu kommen noch 3.000 MW Strom aus dem Offshore-Bereich. Damit ist und bleibt der Windstrom die Leitenergie in Schleswig-Holstein, wir beleben die Windkraftbranche und die Wirtschaft in dem Sektor aufs Neue, und das ist gut so.

(Beifall SSW und SPD)

Der weitere Ausbau der Windkraft ist wichtig für diesen Wirtschaftsbereich und für unser Land, denn er trägt maßgeblich zur **Wertschöpfung** bei. Es werden weitere hochqualifizierte Arbeitsplätze und neue Einkommen geschaffen. Dadurch werden wir natürlich auch den Windmessenstandort in Husum stärken können. Wir wissen jedoch, dass es bei Produktion, Service und Wartung, Forschung und Entwicklung sowie Aus- und Weiterbildung noch Defizite gibt. Diese müssen natürlich abgestellt werden.

Mit der **Offshore-Windkraft** schaffen wir einen neuen Wirtschaftszweig, der der maritimen Wirtschaft, die in echten Schwierigkeiten steckt, neue Seiten verschafft. Hier wird die Zusammenarbeit der Windwirtschaft mit den Werften und den Häfen verstärkt. Um eine verstärkte und koordinierte Zusammenarbeit geht es künftig insbesondere bei den Häfen an der Westküste. Es ist wichtig, die Stärken

dort zu nutzen, wo sie vorhanden sind. Dazu gehört neben dem Ausbau der Häfen Brunsbüttel, Helgoland und Husum mit dem zusätzlichen Flugplatzstandort in Schwesing auch die Entwicklung der schleswig-holsteinischen Westküste als das Zentrum für erneuerbare Energien aller Art. Meine Damen und Herren, dies wird sich auch im angekündigten Plan der Landesregierung für die Westküste widerspiegeln. Hier tut sich endlich etwas für die Westküste, und das hat auch etwas mit der Energiewende zu tun.

Der Pfeiler der regenerativen Energien ist und bleibt die Windkraft. Aber auch Biomasse und Solarstrom sind Mosaiksteine der Energiewende. Insbesondere der Anteil des Stroms aus **Biomasse** ist in den letzten Jahren enorm gewachsen, wenn auch anders als ursprünglich gedacht. Ein Stichwort ist hier die Vermaischung der Landschaft. Hier müssen wir zu einem erträglichen Maß zurückfinden. Biomasse muss weiterhin ein wichtiger Bestandteil der Energiewende bleiben, aber die Voraussetzungen müssen so gestaltet sein, dass diese Form der Energieproduktion auf eine breite gesellschaftliche Akzeptanz trifft und ökologisch zu vertreten ist.

(Beifall SSW, Abgeordnete Dr. Ralf Stegner [SPD] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Damit der Ausbau der erneuerbaren Energien realisierbar ist, müssen die Grundvoraussetzungen dafür geschaffen werden - womit wir bei den **Stromnetzen** wären. Wir wissen bereits seit Jahren, dass unsere Netze nicht dafür ausgelegt sind, eine dezentrale Stromversorgung zu gewährleisten. Die Offshore-Windenergie steht größtenteils immer noch in den Startlöchern, weil die Stromnetzbetreiber keinen Anschlussstermin nennen können. Windmühlen liefern keinen Strom, weil die Netze voll sind. Das ist eine Vergeudung von Potenzial. Hier müssen wir ansetzen. Hier müssen wir - auch was die planungsrechtlichen Fragen angeht - schnell arbeiten.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daher ist es wichtig, dass der Stromnetzausbau jetzt zügig vorankommt. Dies darf aber nicht gegen den **Willen der Bevölkerung** in den betroffenen Regionen geschehen. Ich betone hier: der Bevölkerung, nicht einzelner möglicherweise betroffener Menschen. Der Ministerpräsident hat nämlich recht: Irgendwann muss die Entscheidung fallen. Diese Entscheidung muss durch die Politik beziehungsweise durch die Verwaltung fallen. Sie muss die Bevölkerung in Gänze beteiligen, nicht unbedingt nur die

(Lars Harms)

Menschen, die unmittelbar betroffen sind. Die ganze Bevölkerung muss in diesem Verfahren berücksichtigt werden, und das wird auch geschehen.

Aus diesem Grund haben wir ein **Beteiligungsverfahren** durchgeführt, bei dem die Bürger frühzeitig eingebunden werden und bei dem die Einwände ernst genommen werden. Es geht uns nicht nur darum zu informieren, wir wollen zuhören und konkrete und umsetzbare Alternativen aufgreifen. Letztlich ist unser System jedoch so, dass die Politik entscheiden muss. Das ist auch richtig so. Insofern schaffen wir das Höchstmaß an Transparenz in diesem Bereich. Gleichzeitig haben wir die Gewähr, dass wir in diesem Bereich schnell handeln werden, und das ist gut so.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Grundlage hierfür ist ein **Netzentwicklungsplan**. Die rege Beteiligung macht deutlich, dass es die Menschen interessiert, wo und wie die Netze verlaufen werden. Daher ist es wichtig, dass die Netzbetreiber die Einwendungen so zeitnah wie möglich in die Pläne einarbeiten, wenn dies möglich ist. Nur wenn die Betroffenen wirklich beteiligt werden, hat der Stromnetzausbau eine reelle Chance. Ein wichtiger Faktor, um die Bürger für den Netzausbau zu gewinnen, ist die **Verlegung von Erdkabeln**. Wir wollen, dass neue 110-kv-Leitungen grundsätzlich als Erdkabel verlegt werden, wo dies technisch machbar ist.

(Zuruf Abgeordneter Hans-Jörn Arp [CDU])

- Lieber Kollege Arp, dass dies nun vom **Bundeswirtschaftsminister** in Bezug auf die 380-kv-Leitungen torpediert wird, zeigt, wie rückwärtsgerichtet und altbacken dieser biologisch noch junge Mensch ist. Solche Leute sind ein Hindernis, wenn man versucht, die Energiewende mit den Menschen umzusetzen. Es ist schade, dass dieser FDP-Minister hier nicht über seinen Schatten springen konnte.

(Beifall SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das geht doch gar nicht!)

- Lieber Kollege Kubicki, wenn das technisch möglich ist, dann wird man das auch rechtlich möglich machen können, wenn man es will. Dieser Minister aber will die Energiewende nicht, und das ist das Problem.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW – Zurufe Abgeordnete Johannes Callsen [CDU] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Deswegen legt er uns Steine in den Weg. Deswegen versucht er, alles Mögliche zu machen, damit die Bürger ihre Rechte, die sie sich wünschen: nicht durchsetzen können. Das ist das Problem, aber es ist ein internes Problem, das Sie in der FDP haben. Wir haben dieses Problem in Schleswig-Holstein glücklicherweise nicht mehr.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das Niveau ist nicht besser geworden!)

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal klarstellen, dass der Netzausbau und die Energiewende nicht zum Nulltarif zu haben sein werden. Der Ausbau und die Ertüchtigung der Infrastruktur kosten Geld. Hierzu gibt es aber keine Alternative. Würden wir an den Großkraftwerken und den fossilen Energieträgern weiter festhalten, würde die **Rohstoffverknappung** über kurz oder lang die **Energiepreise** unbezahlbar machen.

(Beifall Abgeordneter Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das, was wir jetzt beschließen, ist etwas, was auch in Zukunft noch bezahlbar sein wird. Atomkraftwerke, Kohlekraftwerke und ähnliches Schickimicki werden dann nicht mehr bezahlbar sein. Daher ist das, was wir jetzt machen, genau richtig.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen so schnell wie möglich raus aus der Energiesackgasse, und wir müssen uns so schnell wie möglich unabhängig von Atom-, Öl- und Gas machen. Nebenbei bemerkt, lassen uns die klimaschädlichen Auswirkungen dieser Dinosaurier auch gar keine andere Wahl, wenn wir die **Klimaziele**, die wir uns selbst gesteckt haben, wirklich erreichen wollen.

Es gehören aber noch mehr Bausteine zur Energiewende. Um die windschwache und sonnenarme Zeit zu überbrücken, brauchen wir **Speicherkapazitäten**. Das soll heißen: Wir brauchen unterschiedliche Kapazitäten, um Schwankungen auszugleichen. Zum einen brauchen wir schnell und kurzfristig abrufbare Energiespeicher. Zum anderen brauchen wir großvolumige Speicher, um mehrtägige Starkwindphasen oder auch lange Windflauten auszugleichen zu können. Insbesondere die großen Speicherbecken und Wasserkraftwerke in Norwegen bieten sich dafür an, um derartige Schwankungen auszugleichen. Mit dem Seekabelprojekt NORD.LINK schaffen wir die notwendige leistungsstarke Verbindung. Damit kann in windstarken Zeiten Strom nach Norwegen exportiert, und

(Lars Harms)

wenn Strom bei uns über einen längeren Zeitraum benötigt wird, importiert werden.

Wir brauchen aber weitere Kapazitäten. Längerfristig wird insbesondere die **Speicherung von Wasserstoff** eine Rolle spielen. Derzeit stehen diese Speichermöglichkeiten nicht ausreichend zur Verfügung. Sie sind zudem noch mit hohen Umwandlungsverlusten und -kosten verbunden. Im Zusammenhang mit Speicherkapazitäten gilt jedoch, dass sie den Umfang des Netzausbaus reduzieren können. Es stellt sich aber trotzdem für uns derzeit die Frage, ob wir noch die Zeit haben zu warten, bis derartige Speicher zu einem akzeptablen Preis zur Verfügung stehen. Solange dies jedoch nicht der Fall ist, müssen wir den Netzausbau weiter im Fokus behalten. Nichtsdestotrotz bleibt die Forschung im Bereich der Speicherkapazitäten notwendig und ist auch weiterhin unterstützenswert. Das gilt natürlich auch für den Forschungsbereich hier in Schleswig-Holstein.

Eine andere Art von **Speicher** stellen bestimmte **geologische Formationen** dar, die es möglich machen, Energie in unterschiedlichen Formen zu speichern, soll heißen: Druckluft, Wasserstoff oder Methan könnten in unterirdischen Salzstöcken oder auch in anderen geologischen Formationen gespeichert werden und wären bei Bedarf abrufbar.

Beim Stichwort „unterirdische Speicherung“ kommen wir natürlich nicht umhin, auch die Problematik um die **CCS-Technologie** anzusprechen. Der SSW hat sich zu dieser Technologieform frühzeitig eindeutig positioniert. Die Risiken der CCS-Technologie sind für Mensch und Natur nicht abschätzbar. Zudem ist sie energiepolitisch ein Irrweg, weil die CO₂-Ausscheidung selbst große Energiemengen benötigt und - das ist der wichtigste Punkt - die Energiekonzerne sich mit dieser Technologie nur ein Alibi für eine längere Fortführung der Verbrennung fossiler Energieträger verschaffen wollen. Aus diesem Grund werden wir CCS in Schleswig-Holstein über ein Gesetz verbieten, bis hoffentlich ein mehrheitlicher Weg gefunden wurde, um diese Technologieform in ganz Deutschland und der AWZ zu verbieten.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Neben dem Ausstieg aus den fossilen Energieträgern und dem Ausbau der regenerativen Energieformen sowie der Stromnetze kommt es darauf an, **Energie zu sparen**. Jede Kilowattstunde, die nicht verbraucht wird, muss auch nicht produziert werden. Daher kommt der Energieeinsparung und der

Effizienzverbesserung eine maßgebliche Rolle zu und wird in Zukunft auch in Bauprojekten des Landes Schleswig-Holstein eine maßgebliche Rolle spielen. Die Erfahrungen der letzten Jahre machen deutlich, dass wir hier dicke Bretter bohren müssen. Daher kommt es darauf an, die wenigen zur Verfügung stehenden Mittel effizient für Energiesparmaßnahmen und Effizienzverbesserungen einzusetzen.

Die Energiewende im Ministerium neu zu bündeln, ist eine gute Entscheidung dieser Koalition, um die aufgezeigten Probleme angehen zu können. Die Zeit der reinen Gesprächsrunden ohne konkretes Resultat ist vorbei. Jetzt wollen diese Landesregierung und die Koalition zeigen, dass sie es ernst meinen mit der Energiewende. Dies hat zwei abschließend gute Gründe:

Erstens. Die Energiewende ist eine **gesellschaftliche Notwendigkeit**, wie meine Rede gezeigt hat.

Zweitens. Die Energiewende ist ein **Jobmotor** gerade für unser Land. Wir haben eigene landespolitische Interessen, dass dieser Jobmotor dann wirklich zum Laufen gebracht wird.

Wer sich also für Schleswig-Holstein einsetzen will, muss sich mit aller Macht mit uns gemeinsam für die Energiewende einsetzen. Wir werden dies in jedem Fall tun, und davon wird Schleswig-Holstein profitieren.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit erkläre ich den Tagesordnungspunkt Regierungserklärung für beendet.

(Zuruf von der CDU: Zwei Stunden für Nichts!)

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 4:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesrichtergesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 18/55](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das sehe ich nicht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 18/55 dem Innen- und Rechtsausschuss zu

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

überweisen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich unterbreche die Landtagssitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung: 12:55 bis 15:02 Uhr)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung wieder. Bevor wir zu Tagesordnungspunkt 17, Zukunft der schleswig-holsteinischen Theater, kommen, möchte ich Sie bitten, mit mir auf der Tribüne die Europa-Union Norderstedt, den Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz, Tönning, und die Landeschülervertretung der Gymnasien zu begrüßen. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 17 auf:

Zukunft der schleswig-holsteinischen Theater

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/78](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich erteile für die Landesregierung der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, Frau Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Europa und Kultur:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, wie schön, dass Sie mir die Chance geben, schon so früh, zu Beginn meiner Amtszeit, über das wichtige Thema Theater sprechen zu können.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit rund 140 Staats- und Stadttheatern verfügt unser Land über ein weltweit einmaliges Theatersystem, um das die Kulturnation Deutschland beneidet wird. In Schleswig-Holstein wurden in der vergangenen Spielzeit rund 570.000 Besucherinnen und

Besucher in rund 2.000 Veranstaltungen der Theater gezählt. Damit gehören die öffentlichen Theater zu den wichtigsten und größten Kultur- und Bildungseinrichtungen Schleswig-Holsteins. Sie sind Zentren der kulturellen Bildung und des Kulturschaffens. Sie fördern den kulturellen Nachwuchs, geben unserem Land eine eigene kulturelle Identität, und - was immer wieder vergessen wird - sie stellen einen entscheidenden Wirtschaftsfaktor dar.

Aus diesen Gründen misst die Landesregierung dem Erhalt der **schleswig-holsteinischen Theaterlandschaft** große Bedeutung bei. Schleswig-Holstein verfügt bekanntlich über drei öffentliche Mehrspartentheater, die kommunal getragen werden: die Theater in Kiel und Lübeck und das Schleswig-Holsteinische Landestheater. Mit ihren vielfältigen Programmen und unterschiedlichen Ausrichtungen bespielen sie das ganze Land und sind Arbeitsstätte für rund 1.200 hochausgebildete Menschen. Die Theater sind sowohl in kultureller als auch in gesellschaftlicher und arbeitsmarktpolitischer Hinsicht von großer Bedeutung für unser Land.

Lassen Sie mich nun auf das zurückblicken, was in den letzten Jahren passiert ist, und auf das, was wir vor zwei Monaten vorgefunden haben. Gerade einmal zwei Monate ist die jetzige Landesregierung im Amt. Alle anderen Bemerkungen, die mir dazu einfallen, verkneife ich mir, liebe FDP-Fraktion.

(Zurufe FDP: Keine Scheu!)

Fakt ist, dass die Theater nach dem **Wegfall** der Dynamisierung der **FAG-Mittel** im Jahr 2007 zunehmend in Finanzierungsschwierigkeiten gerieten. Trotz dieser schwierigen Situation haben alle drei Theater aber in den letzten Jahren ein qualitativ hochwertiges und gut angenommenes Programm auf die Beine gestellt. Die Theater und theatertragenden Kommunen haben zudem gemeinsam einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Kultur in Schleswig-Holstein geleistet.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Die kommunalen Träger der Theater haben ihre Zuschüsse seit 2007 um rund 3,7 Millionen € angehoben. Zusätzlich haben die Theater durch zahlreiche Maßnahmen der **Kosteneinsparung** Finanzierungsbeiträge erwirtschaftet. Außerdem konnten durch Preiserhöhungen, steigende Besucherzahlen und viel beachtete Inszenierungen die Einnahmen gesteigert werden. Halten wir also fest: Neben der Anhebung der kommunalen Finanzierungsanteile haben alle drei Theater eigene Anstrengungen un-

(Ministerin für Justiz, Europa und Kultur Anke Spoorendonk)

ternommen, um Kostensteigerungen auszugleichen. Die bisherigen Sparbemühungen der Theater werden von der neuen Landesregierung ausdrücklich gewürdigt.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was hat das Land in den letzten Jahren beigetragen? Die frühere Landesregierung hat über mehr als zwei Jahre in einer **Theaterstrukturkommission** nach Lösungsmodellen für die Theaterfinanzierung gesucht - allerdings ohne Ergebnis. Sie hat das Problem ausgesessen. Das ist bitter. Ich will mich den Problemen stellen.

Die **Sicherung der Theater** und ihrer **Standorte** ist mit anderen Worten eines der großen kulturpolitischen Vorhaben, das ich in meiner Arbeit als Kulturministerin umsetzen will. Dazu werden wir spätestens im Frühjahr 2013 ein Konzept vorlegen. Um das Landestheater zu erhalten, werde ich mich bemühen, mit meinen Ressortkollegen eine Lösung für die Spielstätte Schleswig zu entwickeln.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nichtstun ist dabei keine Alternative. Sonst wird uns der Zusammenhalt der Landestheater GmbH um die Ohren fliegen - um es einmal ganz drastisch zu formulieren.

Denkbar ist eine multifunktionale Spielstätte, die nicht nur dem Landestheater, sondern auch anderen Kulturschaffenden Raum bietet, in gewisser Weise also ein Veranstaltungshaus mit Theaterbetrieb.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Neben der Standortsicherung sollte das Konzept nach meiner Vorstellung auch die Sicherung der Theaterfinanzierung aus dem FAG vorsehen. Dabei wird kaum weiteres Fachwissen vonnöten sein, sondern vielmehr die Kompromissbereitschaft aller Beteiligten. Ich halte die Wiedereinführung einer Dynamisierung im FAG für den Fortbestand der gut aufgestellten Theater für zwingend.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Entscheidung dazu sollte spätestens mit der Haushaltsaufstellung 2014/2015 auf den Weg gebracht werden.

Unsere Theaterhäuser sind wichtige Elemente unserer schleswig-holsteinischen Kulturlandschaft. Ich möchte daher auch eine Debatte darüber anstoßen,

wie der kulturelle Mehrwert dieser Häuser unserer Gesellschaft insgesamt zugute kommt. Dazu gehört zum einen die **kulturelle Chancengleichheit** von Stadt und Land, zum anderen die Frage, wie die festen Theater zu einer Stärkung der **kulturellen Grundbildung** in unserem Lande beitragen können. Dass sie bereits in vielfältiger Weise Dienstleister der kulturellen Bildung sind, steht für mich außer Frage.

Hier wie auch in anderen Fällen zeigt sich aber, dass es darauf ankommt, die Bedürfnisse und Bedarfe des Partners besser kennenzulernen und zu verstehen. Ich bin mir mit meiner Ressortkollegin, der Bildungsministerin, einig, dass das Konzept zur Förderung der kulturellen Kinder- und Jugendbildung, das ich noch in diesem Jahr vorzulegen gedanke, auch einen Beitrag zur besseren Vernetzung, Koordination und wechselseitigen Information beider Systeme leisten soll. Schule auf der einen Seite und kulturelle Anbieter und Dienstleister auf der anderen Seite brauchen mehr denn je den Dialog miteinander.

Meine Damen und Herren, die schleswig-holsteinische Kulturlandschaft steht vor großen Herausforderungen, Herausforderungen, die vor dem Hintergrund der begrenzten öffentlichen Ressourcen nicht zu lösen sind, wenn Kulturpolitik als Finanzpolitik mit anderen Mitteln betrachtet wird. Wer die Förderung von Kunst, Kultur und kultureller Bildung ausschließlich als die Verteilung öffentlicher Gelder zulasten des Steuerzahlers betrachtet, verkennt eindeutig, dass es sich dabei um Investitionen in die Zukunft unserer Gesellschaft handelt - nicht nur weil Menschen in einer globalisierten Welt mehr denn je eine kulturelle Identität brauchen, sondern auch weil medizinische Studien schon längst erwiesen haben, wie wichtig die Förderung von kreativen Intelligenzen für die Gesundheit der Menschen ist. Kultur ist eben nicht das berühmte Sahnehäubchen auf dem Sonntagskuchen, Kultur ist existenzielle Notwendigkeit.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daher freue ich mich wirklich auf den Dialog mit allen Akteuren der Kulturlandschaft in Schleswig-Holstein.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Begrüßen Sie gemeinsam mit mir den früheren CDU-Abgeordneten Manfred Ritzek, der heute bei uns zu Gast ist. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die antragstellende Fraktion hat Frau Abgeordnete Klahn das Wort.

Außerdem darf ich noch darauf hinweisen, dass die Regierung die Redezeit um zweieinhalb Minuten überzogen hat. Diese Zeit steht Ihnen dann selbstverständlich auch zusätzlich zur Verfügung.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das steigert unsere Vorfreude!)

Anita Klahn [FDP]:

Ich werde mich bemühen, Ihnen Freude zu bereiten. Vielen Dank, dass ich zu Wort kommen darf.

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Ministerin Spoorendonk! Ich danke Ihnen zunächst im Namen der FDP-Fraktion für den mündlichen Bericht.

Sie haben zu Ihrem Amtsantritt eine Reihe von Interviews gegeben, die uns Liberalen den Eindruck vermittelt haben, dass Sie die vielfältige und interessante schleswig-holsteinische Theater- und Kulturlandschaft nur selektiv wahrnehmen. Diese Äußerungen offenbarten eine gewisse Hilflosigkeit, die wahrscheinlich daraus resultierte, dass Sie in der vergangenen Legislaturperiode die tatsächliche Haushaltslage des Landes Schleswig-Holstein schlichtweg unterschätzt, wenn nicht sogar ignoriert haben und jetzt nicht mehr wissen, wie Sie Ihre damaligen Worte in die heutige Realität umsetzen können.

(Beifall FDP)

Im Interview mit den „Lübecker Nachrichten“ vom 19. August dieses Jahres können wir von Ihnen folgenden Satz lesen:

„Der Kulturetat ist in den letzten Jahren massiv gekürzt worden, die Kultur in Schleswig-Holstein liegt zerstört am Boden.“

Sie zeichnen also ein dramatisches und erschütterndes Bild der **aktuellen Lage** der **Kultur in Schleswig-Holstein**. Ihr heutiger Bericht klingt übrigens deutlich gemäßigter.

Im gleichen Atemzug berufen Sie sich in diesem Interview auf den Koalitionsvertrag, der keine weiteren Kürzungen zulasse. Das heißt doch nichts anderes, als dass Sie einen Zustand schmerzlich be-

klagen, aber als politisch Hauptverantwortliche den Umstand, dass die Kultur in Schleswig-Holstein zerstört am Boden liegt, nicht verändern wollen. Wie stellen Sie sich also dieser Verantwortung?

So zu tun, als wäre die Botschaft, keine weiteren **Kürzungen im Kulturetat** zuzulassen, eine neue, finde ich, ehrlich gesagt, dreist; denn damit wird subtil unterstellt, dass eine schwarz-gelbe Kulturpolitik dieses Ziel verfolgt hätte.

(Lars Harms [SSW]: Hat sie auch!)

Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass der damalige Kulturminister Dr. Ekkehard Klug bereits im Mai 2011 im Rahmen des Kulturkongresses klargestellt hat, dass der Kulturetat einen schmerzlichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung erbracht habe. Dieser Beitrag ist somit erbracht worden. Wer also fordert weitere Kürzungen?

Ihre Devise ist: Sie schließen etwas aus, was ohnehin niemand will. So kann man Politik machen, aber das bringt niemanden weiter. Im Übrigen finde ich das auch nicht verantwortungsvoll.

(Beifall FDP)

Im Gegenteil, das ist ein Affront gegenüber den vielen Kulturschaffenden, die sich für eine Sicherung der kulturellen Infrastruktur mit viel Herzblut in schwierigen finanziellen Zeiten engagieren.

Meine Damen und Herren, wo bleiben die vollmundigen Ankündigungen aus der vergangenen Legislaturperiode? Im Frühjahr 2010 haben die Fraktionen von SPD, Grünen und SSW einen Antrag im Plenum eingebracht, in dem die Wiedereinführung einer **Dynamisierung der FAG-Mittel** für die Theater gefordert wurde. Im Januarplenum dieses Jahres wurde die Forderung von den Vorsitzenden der Fraktionen der Grünen und des SSW, Herr Dr. Habeck und Frau Spoorendonk, noch einmal bekräftigt. Ich freue mich, dass Sie zumindest ein zaghaftes Bekenntnis zu dieser Forderung in Ihre Rede aufgenommen haben. Warum Sie allerdings erst in einem Jahr diese angeblich so notwendige Maßnahme ergreifen wollen, erschließt sich mir nicht.

Eine weitere Frage, die aus meiner Sicht in Ihrem Bericht nur schwammig angerissen wird, lautet, wie Sie sich die Theaterlandschaft in Schleswig-Holstein konkret vorstellen. Wenn die Sicherung der **Theaterstandorte** eines Ihrer großen Vorhaben ist, wie passen dann Ihre öffentlichen Aussagen dazu, es gehe auch um Standorte? Im Zusammenhang mit dem Theaterneubau am Lollfuß sprechen sich laut

(Anita Klahn)

der Berichterstattung der „Schleswiger Nachrichten“ sowohl die Abgeordnete Pauls als auch der Innenminister für den Erhalt des Standorts Schleswig aus. Kurz darauf erklären Sie, Frau Ministerin Spoorendonk, dass Sie es sich nicht vorstellen können, dass Mittel zulasten anderer Theater nach Lübeck gehen.

Wir Liberale fragen uns nun: Werden also zukünftig nur noch Theater im nördlichen Teil des Landes Schleswig-Holstein Unterstützung durch die Dänen-Ampel finden? Wo bleibt dann Kiel? Ist Kiel eher nördlich oder südlich? Eine konkrete Antwort bleiben Sie uns in diesem Bericht auf jeden Fall schuldig.

(Beifall FDP)

Sehr geehrte Frau Ministerin, ich muss gestehen, dass ich von Ihrem Bericht nicht wirklich angetan bin. Viele Fragen bleiben unbeantwortet oder werden nach hinten verschoben. Wir werden sehr wahrscheinlich die Haushaltsaufstellung abwarten müssen und dann konkret prüfen,

(Serpil Midyatli [SPD]: Genau!)

wo Sie Ihre Schwerpunkte setzen.

(Serpil Midyatli [SPD]: In einem Jahr!)

Dann wollen wir auch einmal schauen, wo die Versprechungen aus der vergangenen Legislaturperiode und insbesondere aus dem Wahlkampf wiederzufinden sind.

(Beifall FDP und demonstrativer Beifall Serpil Midyatli [SPD])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Sönnichsen von der CDU-Fraktion.

Peter Sönnichsen [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Berichts Antrag erfragt im Allgemeinen die Vorstellung der Landesregierung zur Neuordnung der schleswig-holsteinischen Theaterstruktur und bezieht sich dabei insbesondere auf geplante **Theaterschließungen**, auf die Ausgestaltung der kulturellen Grundbildung und auf die Zukunft der **Theaterfinanzierung**. Verehrte Frau Ministerin, die Vorlage dazu haben Sie in Ihrem Sommerinterview selbst geliefert, vor allem mit dem Hinweis, es gehe auch um Standorte.

Was konnten wir nun Ihren heutigen Ausführungen entnehmen? Vorstellungen der Landesregierung zur Neuordnung der schleswig-holsteinischen Theaterstruktur: Wiedervorlage im Frühjahr 2013. Geplante Theaterschließungen - Stichwort Standorte -: Standortsicherung eventuell über das FAG. Ausgestaltung der kulturellen Grundbildung: keine Angaben. Zukunft der Theaterfinanzierung: ein bisschen FAG, ansonsten schauen wir einmal.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was Theater und weit darüber hinaus die Kultureinrichtungen insgesamt als erstes brauchen, ist **Planungssicherheit**, ich füge hinzu: auch wenn diese manchmal schmerzlich ist. Dem tragen Sie weder durch das Interview noch durch das weitere Handeln Rechnung.

Der Koalitionsvertrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW spricht von einer Überprüfung, ob und wann die **Dynamisierung der Mittel** für die Theater im Rahmen des **Kommunalen Finanzausgleichs** beginnen kann. Was heißt das? Wollen Sie also den Antrag aus dem Jahr 2010, den SPD, Grüne und SSW zur Sicherung des Landestheaters eingebracht haben, wieder vorlegen?

Sie wollten die Dynamisierung des Vorwegabzugs im FAG für drei Jahre wieder einführen, damit das Land zusammen mit den Gesellschaftern des Landestheaters ein tragfähiges Konzept erarbeiten kann. Kiel und Lübeck sollten mit einbezogen werden.

Wenn ich es richtig verstanden habe, steht Ihr Kollege Innenminister derartigen Überlegungen negativ gegenüber, und die Finanzministerin hält sich vornehm zurück. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Planungssicherheit sieht anders aus.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Und zu diesem Thema, verehrter Herr Kollege Dr. Stegner, gehören auch die zwischenzeitlich deutlich gewordenen Tatsachen, dass diese Landesregierung keinen Doppelhaushalt aufstellen und den Haushalt 2013 erst im nächsten Jahr beschließen lassen will - also Hängepartie bis ins Frühjahr. Planungssicherheit für Zuschussempfänger des Landes sieht anders aus.

Auch das Thema **Theater Schleswig** will ich noch mit einem Satz streifen: Die Begehrlichkeiten auf Sonderbedarfszuweisungen aus dem FAG kamen ohne Frage aus der Region. Große Teile der heutigen Koalition haben aber lange Hoffnungen erweckt, die der Innenminister wieder kassieren muss

(Peter Sönnichsen)

- worauf der Vorgänger schon vor der Wahl hingewiesen hatte.

Zum Landestheater dürfen wir ohne Weiteres feststellen, dass sich Dank der erfolgreichen **eigenen Initiativen des Landestheaters**, seiner Gremien und seiner Mitglieder die Lage verbessert hat. Es bleiben allerdings weiterhin **strukturelle Probleme**, die eine dauerhafte Stabilität in einige Ferne rücken lassen. Fest steht auch, dass die gegenwärtige Struktur nur durch Einsparungen vor Ort und durch eine Steigerung der Einnahmen aufrechterhalten werden kann und dass Kostensteigerungen auf mittlere Sicht nicht mehr durch höhere Zuschüsse aufgefangen werden können. Bereits jetzt wird jede verkaufte Karte mit mehr als 100 € bezuschusst.

Doch es wäre unangemessen, die Diskussion auf das Landestheater zu beschränken. Da sind die **Soziokultur** und die **Freien Theater**. Auch dieser Bereich der Kultur wird unter anderem von großem ehrenamtlichen Engagement getragen, für das ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bedanken möchte. Für viele Kinder und Jugendliche, aber auch für viele Erwachsene bedeutet dieser Bereich einen ersten Einstieg in die kulturelle Vielfalt unseres Landes. Die Soziokultur und die Freien Theater sind auf eine enge Verknüpfung des Alltagslebens der Menschen mit Kunst und Kultur ausgerichtet, und sie leisten einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Integration.

Warum sage ich hier das noch einmal besonders? - Freie Theater verzeichneten 2010 mehr als 110.000 Besucher, das Landestheater im Vergleich dazu knapp 150.000 Besucher. Im Gegensatz dazu steht die staatliche Förderung: Das Landestheater erhielt 13,3 Millionen € aus dem Kommunalen Finanzausgleich, die Freien Theater 240.000 € aus Landesmitteln. Die Förderung der soziokulturellen Zentren lag - -

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Soziokultur ist das nicht, sondern Soziokultur, aber macht nichts!)

- Vielen Dank, Herr Dr. Stegner, ich freue mich, dass Sie mir in dem Punkt helfen. Sie wissen ja, was gemeint ist.

(Zuruf Abgeordneter Hans-Jörn Arp [CDU])

Ich sage Ihnen die Zahl aus dem Landeshaushalt dazu: Das sind ungefähr 96.000 € im vergangenen Jahr gewesen.

Warum sage ich das, verehrte Frau Ministerin? - Hier bei den auch von Ihnen genannten Zahlen über

den kommunalen Finanzierungsbeitrag zu dem Bereich der Freien Theater und so weiter noch davon auszugehen, dass man über das FAG noch Mittel erschließen könne, den Versuch sollten Sie gleich von vornherein einstellen.

Aus Zeitgründen verzichte ich darauf, auf die für die Kultur ebenfalls sehr wichtigen Themen Museen, die musikalische Kultur und ähnliches einzugehen, denn auch das - auch wenn es nicht ausdrücklich im Antrag drin stand - gehört mit dazu.

Mit freundlicher Genehmigung des Präsidenten möchte ich ein Zitat verwenden. Die Landtagsabgeordnete Anke Spoorendonk sagte in der Landtagsdebatte vom 26. Januar 2012:

„Der SSW will einen Kulturminister, der sich aktiv in die wichtigen Zukunftsfragen der Kulturpolitik des Landes einmischt.“

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf)

- Es ist immer besser, man hört bis zum Ende zu.

„Wir wollen einen Kulturminister, der sich beim Landestheater mit Ideen und Vorschlägen für ein zukünftiges Theater einbringt.“

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und Beifall Abgeordneter Hans-Jörn Arp [CDU])

Am Ende steht der richtige Beifall, damit ich nicht in andere Verdächtigungen komme.

(Zuruf Abgeordneter Hans-Jörn Arp [CDU])

- Der Koalitionsvertrag spricht von neuen Strategien, die für eine reiche, vielfältige und qualitativ hochwertige Kulturlandschaft entwickelt werden müssen. Das ist jetzt Sache der Ministerin Anke Spoorendonk.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Abgeordneter Hauke Götsch [CDU])

Wenn Sie damit den von uns mehrfach geforderten **Kulturentwicklungsplan** meinen, dann sind wir bei den Diskussionen gern dabei. Der erste Aufschlag aber muss von Ihnen kommen, und zwar kräftiger als hier und heute, verehrte Frau Ministerin.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Ende!

Peter Sönnichsen [CDU]:

Der Holsteiner würde sagen: Denn man to, Fru Minister!

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Zu ihrer ersten Rede vor dem Schleswig-Holsteinischen Landtag rufe ich Frau Abgeordnete Raudies auf.

(Beifall)

Beate Raudies [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bericht der Landesregierung macht deutlich: Die Zukunft der Theater in Schleswig-Holstein ist und bleibt unsere kulturpolitische Aufgabe. Liebe Frau Ministerin Spoorendonk, wenn mir ein Satz in Ihrer Rede besonders gefallen hat, war es der, dass Sie gesagt haben: Kultur ist eine existenzielle Notwendigkeit. Das ist der Satz, der uns von Ihnen als Kulturministerin am besten gefällt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn Sie den vor sich hertragen und sich daran halten, kann der Kultur in diesem Land nichts passieren.

Nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern bundesweit haben die Theater mit den gleichen Problemen zu kämpfen: Die Besucherzahlen sind in der Tendenz rückläufig, die Personal- und Sachkosten steigen bei sinkender Eigenwirtschaftsquote und die Finanzierung der kommunalen Träger - das hatten wir gerade - ist leider oft unzureichend.

Die **Eigenwirtschaftsquote** der drei großen schleswig-holsteinischen Theater lag 2009 und 2010 zwischen 10,6 % beim Landestheater und 16,4 % beim Theater Lübeck. Das ist auch im bundesweiten Vergleich schlecht, das muss man konstatieren. Nur ganz wenige Theater schaffen es bundesweit allerdings, sich selbst zu finanzieren. Auch der Spitzenreiter, nämlich Stuttgart, kommt nur auf eine Quote von knapp 70 %.

Im antiken Athen gab es als segensreiche staatliche Leistung ein Theorikon, das der Staat ärmeren Bürgern auszahlte, um ihnen den Besuch von Theater Vorstellungen zu ermöglichen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das ist ja wie in Lübeck!)

Anders als heute vollzogen sich die Haushaltsberatungen in Athen offensichtlich unter erfreulicheren Vorzeichen. Und auch wir werden auf diese Möglichkeit, die Besucherzahlen unserer Theater zu erhöhen, leider verzichten müssen.

Es hat in der vergangenen Legislaturperiode Bemühungen des damaligen Ministers gegeben, durch die Bildung der bereits angesprochenen **Theaterstrukturkommission** in einem Dialogverfahren neue Kriterien für die Förderung der öffentlichen Theater in Schleswig-Holstein zu erarbeiten. Dabei sollten die hohen Personalkosten und die Besucherzahlen ebenso bewertet werden wie die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.

Nun wissen wir alle: Die **Personalkosten** sind besonders schwer zu beeinflussen. Haustarife, Regionaltarife für die drei Theater gehen vermutlich einseitig zulasten der Beschäftigten. Sie dürfen deshalb allenfalls vorübergehende Maßnahmen mit dem Ziel der Sicherung der Arbeitsplätze sein. Der Abbau von Personal wäre mit Qualitätseinbußen verbunden, die Theater können dann ihr Angebot in der jetzigen Breite nicht mehr aufrechterhalten, sondern müssten sich von bestimmten Sparten trennen. Ob wir dadurch Synergieeffekte erzielen, ist zweifelhaft, denn was nützt es dem in Husum lebenden interessierten Theaterbesucher, wenn es Opern oder Musicals nur noch in Lübeck gibt?

Das Land ist nicht der Träger der Theater. Es will, kann und soll diese **kommunale Aufgabe** nicht an sich ziehen. Landesaufgabe ist es vielmehr, die Kommunen in die finanzielle Lage zu versetzen, sich ein Theater leisten zu können.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Da wollen wir mal sehen, wie das funktioniert!)

Ich begrüße es daher sehr, dass sich Frau Ministerin Spoorendonk für die **Wiedereinführung** der **Dynamisierung** der **Theatermittel** im **kommunalen Finanzausgleich** einsetzen will. Ich bin optimistisch, dass wir das gemeinsam mit den Beteiligten hinbekommen werden. Liebe Frau Kollegin Klahn, dazu brauchen wir einen Haushalt. Das können wir nicht mal eben nebenbei machen, auch wenn wir das vielleicht gern möchten.

Herr Sönnichsen hat gesagt, wir würden den Haushalt im Frühjahr verabschieden. Ich glaube, die Planung geht im Moment vom Januar aus. Ich kann mich erinnern, in der Zeitung gelesen zu haben, dass die Opposition kritisiert hat, dass das zu schnell sei.

(Beate Raudies)

Also was denn nun? Ist das jetzt zu schnell oder zu langsam? Sie müssen sich einmal entscheiden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Abgeordnete Hauke Götsch [CDU] und Heiner Rickers [CDU])

Wie der **Theaterspielort Schleswig** gesichert werden kann, ist die Frage, die wir hier sicherlich nicht allein beantworten können. Auch die Stadt Schleswig wird das Problem nicht allein lösen können. Der Kreistag Schleswig-Flensburg hat deshalb angeregt, sich um die **Einwerbung von Mitteln** aus dem **Europäischen Regionalfonds** zu bemühen. Der von Frau Ministerin Spoorendonk skizzierte Plan für die multifunktionale Veranstaltungsstätte könnte da eine geeignete Grundlage sein, finde ich.

Es ist das Ziel dieser Koalition, auch für den **nördlichen Landesteil** ein Theaterangebot in der Fläche ohne soziale oder geografische Barrieren vorzuhalten. Für dieses Ziel werden wir arbeiten. Die Nabelschau, die Sie hier veranstaltet haben, beziehungsweise der Rückblick, den Sie jetzt hier eben gegeben haben, hilft da nicht voranzukommen, im Gegenteil. Die Ministerin hat erklärt, dass sie sich den Aufgaben stellt und dass sie die Herausforderung annimmt. Das ist der richtige Weg. Frau Spoorendonk hat gesagt, dass sie das im Dialog mit allen Beteiligten machen will. Ich sage für meine Fraktion: Da machen wir gern mit. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort hat nun Frau Abgeordnete Fritzen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Theater im Land übernehmen gelegentlich erfolgreiche Produktionen vergangener Spielzeiten in das aktuelle Programm. Das Publikum honoriert das und füllt den Saal. Dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, dies mit Ihrem Antrag gewissermaßen nun auch tun, ist, gelinde gesagt, schon ziemlich gewagt, man möchte sogar sagen, geradezu tollkühn, wenn man daran denkt, wie erfolglos die Theaterpolitik Ihres eigenen Ministers in der vergangenen Spielzeit war.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Am Ende Ihrer Regierungszeit sahen wir betroffen den gelben Vorhang zu und alle Fragen offen. Nun, sei es drum: Wichtig und richtig ist es allemal, die **Zukunft der schleswig-holsteinischen Theater** schnell auf die Tagesordnung zu setzen; denn die Probleme - Sie haben sie selbst beschrieben - sind drängend und müssen dringend gelöst werden. Ich finde es ebenso richtig, dass sich die neue Landesregierung - im Gegensatz zur alten - hier aktiv und mit Nachdruck engagieren wird, statt lediglich - wie Minister Klug - eine moderierende bis abwartende Rolle zu spielen. Herr Kollege Sönnichsen, Sie haben von einer Hängepartie gesprochen. Die Hängepartie heißt „Theaterstrukturkommission“, und die ist endgültig zu Ende.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Diese **aktive Rolle**, die die Ministerin einnehmen möchte, um der Kultur wieder auf die Beine zu helfen, ist wichtig. Darauf haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich über alle Maßen engagieren und für ihr Theater brennen, einen Anspruch. Darauf haben aber auch die **Kommunen** und die Gesellschafter Anspruch, die in die **Finanzierung** eingebunden sind. Nicht zuletzt wartet das **Publikum** auf eine dauerhaft tragfähige Lösung. Das sind Besucherinnen und Besucher, die ihre Theater lieben und ihnen oftmals als Abonentinnen und Abonnenten - gerade beim Landestheater möchte man das hervorheben - treu verbunden sind und um die Zukunft ihrer Spielstätten bangen.

Meine Damen und Herren, meine Fraktion hat sich in der vergangenen Wahlperiode immer zur Schuldenbremse bekannt und eigene konstruktive Vorschläge für den Landeshaushalt gemacht. Dies gilt natürlich auch weiterhin. Wir haben aber auch immer gesagt, dass die **Anpassung der Finanzmittel** für die Theater an die Kostenentwicklung - dabei geht es insbesondere um die Tarifsteigerung bei den Gehältern - wieder eingeführt werden muss. Dazu muss man bedenken, dass rund 80 % der Kosten **Ausgaben für Personal** sind. Diese Zahl diskutieren wir im Übrigen auch in anderen Bereichen immer wieder. Denken Sie zum Beispiel einmal daran, dass wir Krankenhäuser verkauft haben, weil wir als öffentlicher Gesellschafter die BAT-Steigerungen nicht mehr leisten konnten. Wenn man von diesen Kosten - von einem **Anteil der Personalkosten von 80 %** an den Gesamtkosten - ausgeht, wird deutlich, dass es ohne eine solche Dynamisierung nicht gehen wird.

Um ein Beispiel zu nennen: Der letzte Tarifabschluss bedeutet 3,5 % Lohnsteigerung zum

(Marlies Fritzen)

1. März dieses Jahres, 1,4 % zum 1. Januar 2013 und schließlich weitere 1,4 % zum 1. August 2013. Das sind, wenn Sie mitgerechnet haben, rund 6,5 % oder, anders ausgedrückt, 500.000 € pro Prozentpunkt. Wer rechnen kann, kommt auf über 3 Millionen € Mehrkosten im Jahr.

Ich stelle diese Erhöhung in keiner Weise infrage, denn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Theater sind engagiert bei ihrer Sache und arbeiten zum Teil an der Grenze der Selbstausschöpfung. Dies sage ich vor allem auch für die vielen freien Theater im Land, die nicht an den TVöD gebunden sind und die aus meiner Sicht dennoch zwingend in ein neu zu schnürendes **Gesamtkonzept für die Theaterlandschaft** Schleswig-Holsteins eingebunden werden müssen. Ich erinnere an die Debatte, die wir, glaube ich, im Februar dieses Jahres darüber geführt haben. Der Kollege Wengler, der dem Haus nicht mehr angehört, hat damals auch darauf hingewiesen. Er hat auch zu Recht darauf hingewiesen, dass die freien Theater möglichst in ein solches Konzept eingebunden werden sollen.

Als Ostholsteinerin sage ich: Wir alle kennen die Debatte um die **Eutiner Festspiele**, die eine lange Tradition haben und eine großartige Leistung bringen, aus verschiedensten Gründen aber in großen Schwierigkeiten sind. Das ist sicherlich nicht immer nur eine Geldfrage. Auch da fände ich es klug, vielleicht einmal zu gucken, ob man das nicht in ein Gesamtpaket schnüren kann.

Es ist auch schon gesagt worden, dass für das **Landestheater**, das zurzeit quasi obdachlos ist, eine Lösung gefunden werden muss. Frau Kollegin Klahn, die Standortdebatte ist keine Umverteilungsdebatte. Dabei geht es um die Frage: Wird erstens ein Haus in Schleswig gebaut werden können? Die Idee, dort eine **Mehrzweckhalle als Neubau** zu errichten, der auch für Theater genutzt werden kann, ist klug. Es geht aber darüber hinaus um die Standorte, die das Landestheater im nördlichen Landesteil bespielt. An dieser Stelle geht es keineswegs um die Frage: Gibt man mehr Mittel nach Lübeck und dafür weniger an das Landestheater? Das ist in diesem Zusammenhang eine völlig andere Debatte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Alle drei Theater - in Lübeck, in Kiel und das Landestheater -, dazu die freien Theater, leisten Wichtiges für unser Land. Wir können und wollen nicht auf sie verzichten. Ich kann nur noch einmal Frau Kollegin Raudies unterstützen: Kultur ist eine existenzielle Notwendigkeit. Ich bin sehr dankbar,

dass die neue Ministerin das hier in dieser Deutlichkeit gesagt und damit auch beschrieben hat, wo der Weg hinführt.

Die Theater sind zu Reformen und Kooperationen bereit. Sie sind auch bereit, über **Einnahmesteigerungen** nicht nur nachzudenken, sondern diese auch zu generieren. Herr Sönnichsen, Sie haben, die Zuschauerzahlen von, glaube ich, 2010 genannt. Sie haben das Landestheater genannt. Wenn ich mich richtig auf diese erste kulturpolitische Rede vorbereitet habe, dann hat das Landestheater ein Jahr vorher noch ganz andere Zahlen gehabt. Sie wissen, dass es dort einen in die Zukunft gerichteten Wechsel gegeben hat. Ich glaube, dass wir sehr optimistisch sein können. Auch die **Besucherzahlen in Lübeck** sind um ein Vielfaches - auch durch Einsparungen und eine Komprimierung - gestiegen. Darüber kann man sicherlich lange debattieren. Aber man kann nicht sagen, dass die Theater keinen eigenen Anteil leisten wollen und nicht wissen, wie schwierig die Haushaltslage ist. Es gibt Kooperationen. In der kommenden Spielzeit übernimmt zum Beispiel das Theater Lübeck die Nussknacker-Ballettproduktion des Theaters Kiel. Auch das ist eine Frage von **Ausgabenoptimierung**.

Die Ministerin will den Dialog mit allen Beteiligten. Sie will mit ihnen gemeinsam ein Konzept erarbeiten. Das ist schon einmal eine andere Ansage, als nur auszusetzen. Ich sage noch einmal: Dabei ist Kreativität und nicht Kirchturmdenken gefragt. Es ist Kooperation und nicht Konkurrenz gefragt. Auch davon war die Debatte in den letzten zweieinhalb Jahren geprägt. Sie hat niemanden wirklich weitergebracht.

Unser aller Ziel muss es schließlich sein, den Theatern eine verlässliche Perspektive zu geben. Deshalb freue ich mich, dass wir den Vorhang wieder aufziehen und diesmal mit einer kulturbegeisterten Ministerin in die neue Spielzeit starten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Waldinger-Thiering vom SSW.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste!

(Jette Waldinger-Thiering)

Sehr geehrte Ministerin für Kultur, vielen Dank für deinen mündlichen Bericht.

(Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

- Was sagst du?

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Sie haben das Wort!

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

„Das Theater darf nicht danach beurteilt werden, ob es die Gewohnheiten seines Publikums befriedigt, sondern danach, ob es sie zu ändern vermag.“

Das sagte Bertolt Brecht. Damit wollte er sich ausdrücklich von Vereinnahmung und Instrumentalisierung des Theaters seitens der Politik distanzieren. Dass das kein Problem der Vergangenheit, sondern hochaktuell ist, zeigt die heutige Sitzung. Wer nach acht Wochen Regierungsarbeit einen Antrag auf einen mündlichen Bericht zur Zukunft schleswig-holsteinischer Theater in den Landtag einbringt, muss sich auf jeden Fall die Frage gefallen lassen, ob das nicht ein durchsichtiges Manöver ist. Werden hier etwa die Theater instrumentalisiert, um eigene jahrelange Versäumnisse vergessen zu machen?

(Zuruf CDU: Welche Versäumnisse?)

- Die gab es, und zwar nicht zu knapp.

Viele Theatermacher beklagten sich in schwarz-gelben Regierungszeiten über eine abwartende Haltung der Landesregierung. Sie fühlten sich im Regen stehen gelassen. Das hörte ich immer wieder in den Gesprächen. Trotz immenser Anstrengungen administrierte der damalige Kulturminister Klug die Theater zu einem reinen **Kostenpunkt**. Ein Beispiel: Noch im Januar monetarisierte er in der entsprechenden Landtagsdebatte und kalkulierte auf Zustimmung durch seine auf Zahlen verengten Rede. Jeder Besuch im Landestheater würde vom Steuerzahler mit 101 € subventioniert werden.

(Christopher Vogt [FDP]: Schlimm, dass man das anspricht!)

- Ja, das ist richtig. Aber das ist so, weil Kultur ein Lebensmittel ist, und das gibt es nicht als kostenlose Zugabe. Ich möchte jedenfalls nicht nach der „Vermaisung“ der Landschaft ähnliches bei den Theatern erleben. So weit wird es aber kommen, wenn wir noch - -

(Zurufe und Unruhe)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Fahren Sie einfach fort!

(Lachen FDP)

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Gut. - So weit wird es aber kommen, wenn wir nur noch mit dem Rechenschieber Politik machen: gleichgeschaltete Theater mit den immer gleichen Kassenschlagern auf dem Spielplan.

Doch schon im Januar blieb die kalkulierte Empörung aus. Denn die Menschen in Schleswig-Holstein wissen, dass Kultur nicht kostenlos zu haben ist,

(Beifall SSW)

ebenso wenig übrigens wie Straßen, Universitäten oder öffentliche Toiletten. Die Bürgerinnen und Bürger sind durchaus bereit, Theater zu finanzieren. Das haben nicht zuletzt die **Demonstrationen in Flensburg zum Erhalt des Landestheaters** gezeigt. Ohne Kultur entseelt nämlich unsere Gesellschaft.

Ich will hier nicht irgendwelchen hehren Kulturvorstellungen das Wort reden. Aber wir müssen klipp und klar sagen: Theater kosten Geld, weil sie etwas leisten. Ich warne aber davor, die Theater auf ihre Funktion als Kostenposten mit Einsparpotenzial zu begrenzen oder auf ihre Rolle als **Standortfaktor**. Natürlich müssen die Besucherzahlen stimmen, ansonsten verkommt das Theater zur Bildungsveranstaltung für einige Auserwählte.

Aber bei aller Rotstiftpolitik kommt dem Theater ein eigener Wert zu. Theater ist nämlich Nahrung für die Seele. Der SSW beteiligt sich darum aktiv an den Diskussionen um die **Zukunft der Spielstätte in Schleswig**. Es liegen eine Reihe interessanter Vorschläge auf dem Tisch, die die derzeitige Situation als Chance für einen wirklichen Neubeginn verstehen.

In anderen Städten sieht das etwas anders aus. Da funktionieren zwar die Spielstätten, aber es kneift an anderer Stelle. Aus diesem Grund benötigen wir ein Konzept, das die Eigenarten vor Ort berücksichtigt. Wir haben nämlich neben dem Landestheater und den freien Bühnen eine sehr **lebendige Laienszene**, die ihren Beitrag zur Kultur Schleswig-Holsteins leistet.

(Beifall SSW und SPD)

(Jette Waldinger-Thiering)

Nicht zuletzt die Minderheiten sind auf diese Sparte angewiesen, um überhaupt einmal eine Theatervorstellung in ihrer Muttersprache besuchen zu können.

Das zukünftige **Theaterkonzept** muss all dies berücksichtigen und daneben noch die unterschiedliche **Leistungsfähigkeit der Kommunen** und der Träger. Die anstehenden Gespräche werden nicht leicht werden; denn die alte Landesregierung hat teilweise ordentlich Porzellan zerschlagen. Doch ich bin zuversichtlich, dass wir bald ein durchdachtes Konzept hier im Landtag diskutieren werden. Dann würde ich mir allerdings weniger Theaterdonner wünschen. Wir sollten zunächst den Sachstand und das Konzept schriftlich vorliegen haben, bevor wir in die nächste Debattenrunde einsteigen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für einen Dreiminutenbeitrag hat Frau Abgeordnete Pauls von der SPD-Fraktion das Wort.

Birte Pauls [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gern mit einem Vorurteil aufräumen. Das bauliche Problem am Standort Schleswig ist eben nicht nur ein **bauliches Problem am Standort Schleswig**, sondern es ist ein Problem für das gesamte Konstrukt schleswig-holsteinisches Landestheater. Dieses schleswig-holsteinische Landestheater bespielt 51 % unserer gesamten Landesfläche. Das ist ein Problem, das uns alle angeht, und es ist deswegen eben nicht nur ein Problem für die Stadt Schleswig ist, sondern das ist ein Problem, das für uns alle wichtig sein sollte.

(Beifall SPD)

Ich finde es schon auch sehr lustig und sehr amüsant, was hier gerade abgeht. Nachdem der alten Landesregierung seit Juni 2011 dieses bauliche Problem und alles, was dieses nach sich zieht, bekannt ist, hat es keinerlei Kraftanstrengung gegeben, und keinerlei Aktivitäten sind gezeigt worden. Völlig fantasie- und ideenlos stand diese alte Landesregierung da und gab mir in einer Kleinen Anfrage, die ich damals gestellt hatte, die Antwort, auf absehbare Zeit gebe es keine realistischen **Finanzierungsmöglichkeiten**. Das Theater möge sich bitte andere Spielstätten suchen. Fertig, Punkt!

Daneben standen dann achselzuckend die örtlichen Abgeordneten

(Zuruf Abgeordneter Dr. Heiner Garg [FDP])

Und jetzt? Da ist die neue Landesregierung noch keine 90 Tage im Dienst, macht ihre Arbeit, und dann kommen Kleine Anfragen von den örtlichen Abgeordneten. Das ist ihr gutes Recht. Aber es ist natürlich amüsant, weil gerade beim letzten Mal immer kritisiert worden ist, was darin gestanden hat.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Heiner Garg [FDP])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete Pauls, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Callsen?

Birte Pauls [SPD]:

Sehr gern.

Johannes Callsen [CDU]: Frau Kollegin Pauls, ich möchte Sie gern fragen, woher Sie wissen, dass es eine Kleine Anfrage eines örtlichen Abgeordneten gibt?

- Dafür haben wir ein Intranet, Herr Callsen.

Die ist aber noch nicht darin veröffentlicht.

- Ja, das stimmt. Aber die Anfrage ist ja schon einmal da. Ich kenne den Inhalt natürlich nicht.

(Lachen CDU - Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist ja klasse!)

Aber weil ich weiß, wie du an dieser Stelle tickst, kann ich mir denken, was da drinsteht.

(Heiterkeit - Zurufe)

Aber, lieber Johannes Callsen und lieber ehemaliger Kollege Peter Brodersen – der jetzt aus dem Kreistag auch entsprechende Anträge stellt -, ich kann mich ja nur freuen über dieses plötzlich auftretende Interesse. Ich habe es damals vermisst, als ihr noch die Möglichkeit hattet, etwas zu regeln. Noch mehr freue ich mich aber über die klaren Aussagen, die Ministerin Spoorendonk heute getätigt hat zu einer **Sicherung für Schleswig** und damit aber eben auch für das gesamte schleswig-holsteinische Landestheater. Das ist auf jeden Fall schon einmal 100-prozentig mehr als das, was die alte Landesregierung zu diesem Thema gemacht hat.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Doch, eine weitere liegt vor. Dann hat jetzt der Herr Abgeordnete Wolfgang Kubicki das Wort für einen Dreiminutenbeitrag.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Erste, das mich überrascht hat, ist dieses: Ich sitze ja schon den ganzen Nachmittag hier und verfolge die Debatte mit wachsender Spannung. Mich wundert nur, dass sich die PIRATEN bisher nicht hierzu geäußert haben. In völliger Transparenz könnten wir heute erfahren, welche Meinung der eine oder andere von den PIRATEN hat.

(Zuruf SPD: Das geschieht in den Hinterzimmern!)

- Ja, in den Hinterzimmern mag das ja sein. Aber trotzdem wäre das bei der die schleswig-holsteinische Öffentlichkeit wirklich interessierenden Frage auch hier von Nutzen. Ich habe gerade gehört, Theater sei so etwas wie das Brot des Lebens für viele Menschen. Deshalb hätte ich schon gern gewusst, was Abgeordnete dieses Hauses, die ja ins Parlament gewählt worden sind, zur Situation und zur Bewältigung dieses Problems sagen.

(Beifall FDP und SPD)

Sie sollten sich jedenfalls hier nicht verstecken, da wir uns bemühen, in kontroversen Diskussionen zu einem Kompromiss zu finden, auch in Arbeitssitzungen, um anschließend zu erklären, Sie seien nicht dabei gewesen. Ich meine, dies muss man für die schleswig-holsteinische Öffentlichkeit wirklich einmal festhalten.

Frau Kollegin Pauls, was mich ein bisschen verwundert, das ist Ihre, wie ich aber finde, verständliche Erregung, die Sie hier an den Tag gelegt haben. Ich darf daran erinnern, dass die erste Kleine Anfrage nach der Installation der gelb-schwarzen oder schwarz-gelben Landesregierung im Jahre 2009 interessanterweise von dem Abgeordneten Fürter der Grünen kam, und zwar schon zwei Tage, nachdem wir die Regierungsgeschäfte übernommen hatten.

(Heiterkeit FDP)

Man ging dann 1 bis 24 immer wieder durch.

(Lachen FDP und CDU)

Insofern darf es Sie nicht überraschen, dass man diese Regierung nach 60 Tagen Amtszeit das erste

Mal fragt, wie denn das Konzept der Landesregierung zum Erhalt der Theaterlandschaft aussieht.

(Beifall FDP)

Besonders bemerkenswert finde ich, dass uns vom Kollegen Dr. Stegner immer vorgeworfen worden ist, wir dürften eigentlich gar nichts mehr tun, weil wir nicht legitimiert seien, und Sie jetzt beklagen, dass wir nichts getan hätten, was auch nicht stimmt.

(Lachen FDP)

Wir hätten schon gern gewusst, wie die Auftritte der regierungstragenden Fraktionen vor der Landtagswahl in Schleswig und drumherum zu bewerten waren. Ich lasse mir das Zitat gerade kommen. Beispielsweise hat Herr Dr. Stegner gesagt, selbstverständlich gebe es Möglichkeiten, von der Landesebene aus Mittel zur Verfügung zu stellen, damit das Theater saniert werden könne. Man müsse den Druck während des Wahlkampfes erhöhen. Das brauchen Sie nicht mehr, jetzt regieren Sie ja. Wir haben - wie die Menschen vor Ort - einen Anspruch darauf, wie das, was Sie im Wahlkampf insinuiert haben, nämlich dass dann, wenn Sie regieren würden, für das **Landestheater in Schleswig** alles viel besser werden würde, irgendwann konzeptionell umgesetzt werden soll. Wir warten gern bis zu den Haushaltsberatungen, aber wir werden keine fünf Jahre lang warten, Herr Dr. Stegner. Die Menschen in diesem Land werden das auch nicht tun.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Callsen, Vorsitzender der CDU-Fraktion das Wort.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, ich finde es angenehm und bedanke mich auch dafür, dass Sie zum Schluss Ihrer Rede den Dialog angeboten haben. Das ist immer das Einzige, was der Landesregierung einfällt, wenn es keine Lösung mehr gibt.

(Zurufe SPD)

Ich will noch einmal das aufgreifen, was der Kollege Kubicki gesagt hat: In der Tat war es in der Region Schleswig vor der Wahl so, dass - und das will ich ganz ehrlich sagen - vonseiten der damaligen Oppositionsparteien keine Versprechungen gemacht wurden. Es wurden aber unter anderem durch Formulierungen der damaligen Kollegin

(Johannes Callsen)

Spoorendonk Erwartungen geweckt. Es wurde der Eindruck erweckt: Wenn nur alle an einem Strang ziehen, dann wird es zu einer Lösung kommen. Sie haben den Eindruck erweckt, Sie hätten die Lösung in der Tasche.

Eben wurde die Kleine Anfrage angesprochen. Die heutige Debatte hat es auch gezeigt: Wir sind kein Stück weiter. Ich habe die Antwort auf die Kleine Anfrage dankenswerterweise bekommen. Ich kann Ihnen sagen, dort steht nur: prüfen, ausloten, bemühen - nicht mehr. Dazu sage ich: Toll, das finde ich bei der Erwartungshaltung, die Sie damals geweckt haben, toll.

Sie haben auch heute das **FAG** ins Spiel gebracht. Die Ministerin hat es sogar gesagt: Sie wissen genau, dass dies nur für **Betriebskosten** möglich ist. Eine Investitionsförderung scheidet also aus. Als es damals auch auf Vorschlag der kommunalen Familie darum ging, **Sonderbedarfszuweisungen für Schleswig** freizumachen, hat die damalige Opposition gesagt: Hurra, das ist eine Lösung mit Sonderbedarfszuweisungen aus dem FAG. Der damalige Innenminister hat gesagt: Das geht rechtlich nicht. Uns wurde von Ihnen vorgeworfen, wie unkreativ und wie ideenlos wir seien und dass wir dies nur verhindern wollten. Heute steht in der Antwort auf die Kleine Anfrage an mich: Sonderbedarfszuweisungen sind als Förderinstrument ungeeignet. Bei aller rechtlichen Richtigkeit, die auch stringent ist, ist die Frage, wie ehrlich man mit den Menschen umgeht.

(Beifall CDU und FDP)

Ich stelle für heute fest: Es hat sich nichts getan. Ich kann Sie nur auffordern: Handeln Sie endlich. Erfüllen Sie die Erwartungen, die Sie in Schleswig selbst geweckt haben.

(Beifall CDU - Widerspruch SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Abgeordneter Dr. Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man von Ihnen die deklamatorische Feststellung hört: Handeln Sie endlich, nachdem wir 60 Tage im Amt sind, dann wirft dies ein bezeichnendes Licht auf die knapp drei Jahre, die Sie hier agiert haben. Das muss ich sagen.

(Beifall SPD und SSW)

Herr Kollege Kubicki, insofern haben Sie die Dialektik nicht verstanden. Wir haben in der Tat gesagt: Sie haben keine legitime Mehrheit, deshalb musste es Neuwahlen geben. Wir wollten Ihnen aber mitnichten die Entschuldigung dafür liefern, dass Sie drei Jahre lang nichts getan haben. Das war wirklich nicht meine Absicht. Wenn ich das getan haben sollte, dann entschuldige ich mich. Ich dachte schon, Sie würden etwas leisten. Dass Sie das nicht getan haben, ist etwas, bei dem Sie sich nicht auf mich berufen sollten. Das wäre des Guten dann doch ein bisschen zu viel.

Ein zweiter Punkt: Sie haben bei sich im Pressearchiv tüchtige Leute. Wenn diese Ihnen den Artikel aus den „Schleswiger Nachrichten“ herausuchen, dann werden Sie feststellen, dass ich im Kommentar dafür kritisiert worden bin, dass ich trotz **Wahlkampf** leider keine konkreten **Versprechungen** gemacht habe. Das war die Kritik der „Schleswiger Nachrichten“. Ich bekenne mich demütig dazu, dass es stimmt, dass ich keine konkreten Versprechungen gemacht habe.

Ich habe aber gesagt: Wenn man etwas erreichen will, dann muss man im Wahlkampf Druck machen, solange der Kollege Callsen noch etwas zu sagen hat. Das wird nämlich nach der Wahl anders sein. Das habe ich in der Tat gesagt. Herr Callsen, dazu bekenne ich mich. Ich weiß nicht, wie lange Sie das, was Sie jetzt tun, noch machen, aber ich hatte die Hoffnung, dass Sie sich als Schleswiger Abgeordneter und als Fraktionsvorsitzender einer regierungstragenden Fraktion vielleicht dafür einsetzen und an einer Gesamtlösung mitwirken, bei der dann allerdings die kommunalen Landesverbände, die Stadt Schleswig und alle Beteiligten mit an dem Tisch sitzen müssen. Ich glaube, das ist auch aus dem, was die Ministerin gesagt hat, deutlich geworden. Ihr möchte ich übrigens zu ihrer Jungferrede als Ministerin gratulieren. Man hat gemerkt: Wir haben wieder eine Kultusministerin, die sich für Kultur interessiert. Ich finde, das ist ein gutes Zeichen für dieses Haus, und das begrüßen wir.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Da ich vermute, dass er einen Satz vorliest, der im Widerspruch zu dem Gesamtartikel steht, kann er

(Dr. Ralf Stegner)

das gern tun. Das ist ja seine Taktik. Bitte schön, Herr Kollege.

(Der Abgeordnete Wolfgang Kubicki [FDP] nimmt wieder Platz - Lachen bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Dankeschön.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Debatte hat dazu geführt, dass ich mich noch zu Wort melden möchte.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das hätte keiner erwartet!)

- Lieber Kollege Arp, das ging schon damit los, als Frau Klahn sagte, wir würden uns nur noch um den nördlichen Landesteil kümmern und dies sei gerade in Schleswig besonders sichtbar. Hierzu muss man sagen, dass es sich erstens um das gesamte Land handelt, das von diesem Thema betroffen ist, denn das ist das **Landestheater**. Zweitens liegt es daran, dass es über drei Jahre hinweg gerade durch einen Minister von der CDU Versäumnisse gab. - Oh, ich habe von der CDU gesagt. Das war fast so, aber der Minister war doch von der FDP. Er hat in diesem Bereich nichts getan und vor allen Dingen nichts auf die Reihe gekriegt. Wir müssen das jetzt aufräumen. Das ist die Aufgabe unserer Ministerin, die das jetzt regeln wird.

(Widerspruch bei CDU und FDP)

Ein zweiter Punkt: Herr Kubicki, Sie haben gesagt, wir hätten angekündigt, dass Lösungen möglich seien.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja!)

- Ich bin der festen Überzeugung, dass Lösungen möglich sind. **Lösungen** sind jedoch nur dann möglich, wenn man zusammen mit den Leuten vor Ort, zusammen mit der Stadt Schleswig und den Gesellschaftern des Landestheaters guckt, welche Lösung man anstreben muss. Dazu muss man Gespräche führen. Es wurde angekündigt, dass diese Gespräche jetzt geführt werden. Jetzt muss man kreativ sein. Ich könnte mir das vorstellen, was Frau Ministerin Spoorendonk gesagt hat, nämlich dass man nicht auf ein reines Theatergebäude setzt, sondern auf einen Bau, der mehrere Funktionen erfüllen

kann, der dann etwas ist, was man finanzieren kann und bei dem wir möglicherweise in der Lage sein werden, in irgendeiner Art und Weise **Investitionsmittel** freizuschaukeln. Erst einmal muss man sich jedoch darüber unterhalten, was man machen will, weil man dann sehen kann, inwiefern das auch förderfähig ist.

Ein letzter Punkt: Lieber Kollege Callsen, es ist ernst gemeint von uns, dass wir **Dialoge** anbieten. Das ist nichts, was Frau Ministerin Spoorendonk jetzt tut, sondern das ist etwas, was wir uns im Gegensatz zu der vergangenen Regierung vorgenommen haben. Wir werden Ihnen immer wieder den Dialog anbieten, weil wir zusammenarbeiten wollen und weil wir der Auffassung sind, dass auch regionale Abgeordnete, die möglicherweise nicht unser Parteibuch haben, durchaus etwas beizutragen haben, um Probleme zu lösen.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir bieten euch auch Dialoge an!)

- Wunderbar. Lieber Wolfgang, dann lass uns das machen. Lass uns endlich einen Dialog führen und nicht immer dieses Spielchen zwischen Regierung und Opposition spielen, nur weil die Regierung etwas macht, müsst Ihr immer dagegen angehen.

(Lachen FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Ganze können Sie mit Sicherheit zumindest nicht dem SSW vorwerfen. Wir haben uns immer dafür entschieden, wir waren immer dialogbereit. Wir werden das auch immer sein. Die gesamte Regierung, die sich jetzt gebildet hat, hat einschließlich der Koalition gesagt: Wir wollen mit euch reden. Ihr könnt natürlich in Hohn und Gelächter ausbrechen. Trotzdem meinen wir es ernst, und wir werden das fünf Jahre durchhalten und euch immer wieder den Dialog anbieten.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Nun gibt es keine weiteren Wortmeldungen. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 18/78 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Es wurden keine Anträge gestellt, der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 3 und 14 A auf:

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Kürzung der Amtsbezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten und der Landesministerinnen und Landesminister

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/31

b) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/115

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Die Landesregierung wird zunächst zu a, dem älteren Gesetzentwurf, der schon vorlag, sprechen.

Damit gebe ich das Wort mit einer Grundsatzberatung zunächst der Finanzministerin Monika Heinold. - Bitte schön, Sie haben das Wort, Frau Ministerin.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Einkommensverzicht des Ministerpräsidenten und der Ministerinnen und Minister sanieren wir keinen Landeshaushalt, sondern wir geben ein Signal dafür, dass wir als politisch Verantwortliche in Zeiten der **Haushaltskonsolidierung** einen eigenen Beitrag leisten wollen und werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die Kürzung der Ministergehälter war die erste **finanzträchtige Entscheidung** dieser Landesregierung, die Ministerpräsident Albig im Kabinett auf die Tagesordnung gesetzt hat. Herr Ministerpräsident, ich bin Ihnen dankbar dafür, weil wir als neue Landesregierung damit deutlich machen: Bei den vielen schwierigen Entscheidungen, die vor uns liegen, bei den vielen berechtigten Anliegen, die wir nicht erfüllen, sind im Land gerade diejenigen mit

ihrem Einsatz und ihrer Solidarität gefragt, die mehr als andere abgeben können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir alle werden mit anpacken müssen, um die **Vorgaben der Schuldenbremse** einzuhalten, eine Schuldenbremse, die für Schleswig-Holstein ein beispielloser Kraftakt ist. Ich bin mir sicher, dass ein Minister oder eine Ministerin den Beschäftigten glaubwürdiger erklären kann, dass es durch **Personalabbau** zu **Arbeitsverdichtungen** kommen kann, wenn er oder sie auch selbst einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet hat. Knapp 75.000 € können jährlich eingespart werden, wenn das Parlament beide vorliegenden Gesetzentwürfe beschließt, circa 61.000 € durch die Änderung des Ministergesetzes, circa 13.000 € durch die von den Fraktionen eingereichten Änderungen. Die Ministerinnen und Minister haben damit ab Januar 2013 durchschnittlich circa 740 € brutto weniger, der Ministerpräsident einschließlich Altersvorsorge circa 2.100 €.

Meine Damen und Herren, dafür müssen wir uns nicht schämen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber es sind 30.000 € weniger!)

Wenn andere in diesem Zusammenhang von einem platten Versuch sprechen, Herr Garg, oder von einer Kampagne, Herr Koch, sollten Sie sich selbst die Frage stellen, ob das nicht eher Ihrem eigenen schlechten Gewissen als unserer Initiative geschuldet ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Unsere Initiative kann nicht reparieren, was durch mangelnde Sensibilität und Überversorgung im politischen Raum in den letzten Jahren an Schaden entstanden ist. Als Beispiel nenne ich das leidige Thema des Ehrensolds des ehemaligen Bundespräsidenten Wulff, der gerade wieder in der öffentlichen Debatte ist.

Meine Damen und Herren, die Bezahlung von Abgeordneten und Ministern soll deren **Unabhängigkeit** sichern. Das ist der Maßstab und nichts anderes. Weil das so ist, braucht sich niemand im Büßerhemd hinzustellen, weil er ein politisches Amt mit einer entsprechenden Vergütung ausübt. Ich warne jedoch vor dem Argument, Politiker und Politikerinnen dürften sich nicht unter Wert verkaufen. Der Wert und die Qualität einer Arbeitskraft

(Ministerin Monika Heinold)

hängen nicht davon ab, wie viel er oder sie verdient. Eine Altenpflegerin mit fünf Jahren Berufserfahrung verdient 2.000 € brutto, ein Friseur 1.350 €. Trotz des niedrigen Gehalts ist ihre Arbeit viel wert, sind sie viel wert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Das Gleiche gilt für das Argument, wir bekämen nur die besten Leute für die Politik, wenn wir sie so gut bezahlen wie in der freien Wirtschaft. Ich sage Ihnen: Menschen, die nur wegen des Gehalts in die Politik gehen, brauchen wir nicht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das stimmt!)

Meine Damen und Herren, lassen wir die Debatte also genauso klein, wie sie ist.

(Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir, diese Landesregierung, wollen unsere Gehälter kürzen und bitten dafür um Ihre Unterstützung als Parlament. Denn Sie sind es, die die Gesetze machen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die Redezeit wird gerade notiert. - Sie waren wunderbar in der Zeit.

Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort – –

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dem Abgeordneten Dr. Koch! Wir können doch Ching, Chang, Chong machen!)

- Das ist eine gute Idee. Habe ich zwischenzeitlich schnell gemacht, und jetzt hat Peter Eichstädt von der SPD-Fraktion das Wort.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Dann geht es doch nicht nach Schönheit!)

Peter Eichstädt [SPD]:

Aber nach Größe, Kollege Arp.

(Heiterkeit - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das kann nicht sein! Allenfalls nach Länge!)

- Oh, die Uhr tickt.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will nach der Rede der Finanzministerin die Zahlen, um die es hier geht, doch einmal präzise nennen. Durch die vorliegenden Änderungen des Landesministergesetzes werden die Amtsbezüge des

Ministerpräsidenten - später sicher irgendwann wieder der Ministerpräsidentin - sowie seiner Landesministerinnen und -minister von 109,3 % auf 104,8 % einer Beamtin oder eines Beamten der Besoldungsgruppe B 11 beziehungsweise B 10 zustehenden Grundgehaltssatzes abgesenkt.

Des Weiteren wird die **Dienstentschädigung** für Ministerpräsidenten in Höhe von monatlich 265,87 € sowie für die Landesministerinnen von monatlich 143,16 € komplett gestrichen. Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, leisten die Kabinettsmitglieder einen **Beitrag zur Sanierung des Landeshaushalts**, auch wenn dieser sicher eher symbolisch ist. Aber diese Symbolik ist wichtig und notwendig.

Meine Damen und Herren, wir haben auch am Anfang der letzten Wahlperiode mehrfach darüber beraten, wie Parlament und Regierung einen Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts leisten können. Die CDU/FDP-Regierung hat seinerzeit eine Kommission eingesetzt, an der auch so bedeutende Persönlichkeiten wie der Landesrechnungshofchef beteiligt waren. Im Ergebnis beschränkte sich diese Runde dann allerdings darauf, dem Parlament Vorschläge zu machen, wie auf Parlamentsseite gespart werden könnte. Dies ist seinerzeit auch geschehen, und wir haben das auch alle mitgetragen. Damals haben wir kritisiert, dass vonseiten der Regierung nicht in gleicher Weise Vorschläge gemacht worden sind, wie auch dort gespart werden könnte.

Die jetzt im Gesetzentwurf fixierten Änderungen waren damals schon in der Diskussion, allerdings ohne, dass die Regierung ihnen folgen wollte. Das, meine Damen und Herren, holen wir jetzt nach. Ich danke dem Kabinett, dass die vor Amtsantritt gemachten Ankündigungen so schnell in die Tat umgesetzt worden sind.

(Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

Meine Damen und Herren, die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW haben noch einen Dringlichkeitsantrag nachgereicht. Damit wird mit ähnlicher Zielsetzung das Abgeordnetengesetz des Schleswig-Holsteinischen Landtags in § 27 geändert, so dass Abgeordnete, die Ministerinnen oder Minister oder Ministerpräsidentinnen oder Ministerpräsidenten werden, eine nicht mehr um 90 %, sondern um 95 % gekürzte Entschädigung als Abgeordnete erhalten. Weiterhin wird geregelt, dass die Abgeordneten, die gleichzeitig Minister beziehungsweise Ministerpräsident sind, als Beitrag für ihre Alters-

(Peter Eichstädt)

versorgung nicht 1.500 €, sondern zukünftig nur 750 € erhalten.

Auch diesen Schritt hätten wir seinerzeit bereits von der Vorgängerregierung erwartet. Wie einfach es gewesen wäre, aber damals nicht gewollt, zeigt die sofortige Initiative dieser Landesregierung.

(Rainer Wiegard [CDU]: Wir haben Vorschläge für Abgeordnete gemacht, Herr Eichstädt!)

Meine Damen und Herren, ich habe noch etwas Zeit und möchte deshalb noch auf einen anderen Aspekt eingehen. Wir haben es in den letzten Wochen gemerkt: Fragen um die Abgeordnetenentschädigung, die finanzielle und sächliche Ausstattung des Parlaments, die Ausstattung von Regierung und Fraktionen hat im Moment Konjunktur. Ich möchte davor warnen, bei diesen Diskussionen über das Ziel hinauszuschießen. Laut Artikel 11 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein gehört der Anspruch der Abgeordneten auf eine angemessene, ihre **Unabhängigkeit sichernde Entschädigung** zu ihren **Statusrechten**. Er sichert die Freiheit des Mandats materiell ab. Dieser Grundsatz gehört also zu den Essentialen des demokratischen Prinzips. Diese materielle Unabhängigkeit gilt genauso für die Fraktionen und den Landtag insgesamt.

Wenn Abgeordnete, Landtag und Fraktionen nicht mehr in der Lage sein sollten, sich aus eigener Kraft und aus eigenen Mitteln Informationen zu beschaffen, zum Beispiel durch die Beschäftigung von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, um Stellungnahmen und Papiere zu erarbeiten, dann gefährdet das die unverzichtbare Unabhängigkeit der politischen Arbeit.

Doch nur ein Parlament, das unabhängig von anderen Geldgebern seine **Meinungs- und Willensbildung** gestalten kann, ist Garant für das grundsätzliche Fortbestehen der demokratischen Ordnung. Wer hingegen allzu eifrig durch unbedachte populistische Einsparforderungen diese Unabhängigkeit gefährdet, gefährdet letztendlich das Prinzip der Unabhängigkeit von Abgeordneten, Fraktionen und Parlament,

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

oder - ich frage Sie - wollen wir - natürlich eine rhetorische Frage - in Zukunft, statt eigene Erkenntnisse über **komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge** zu erlangen, Vertreterinnen und Vertreter der Lobby aus Industrie und Verbänden bemü-

hen? Ich denke gerade an unseren ersten Tagesordnungspunkt zu den komplexen Zusammenhängen der Energiewende. Ich denke, das will niemand im Haus. Wir sollten uns deshalb darauf besinnen, dass Sparen im System Parlament spätestens da eine Grenze hat, wo eben diese Unabhängigkeit gefährdet ist.

Die von der Regierung und den regierungstragenden Fraktionen eingebrachten Änderungen sind maßvoll und ausgewogen. Wir werden sicher über dies und anderes in den Ausschüssen beraten. Lassen Sie uns das mit Augenmaß in den Ausschüssen tun. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Als nächster hat Herr Kollege Koch von der CDU-Fraktion das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was für eine Symbolpolitik. Dankenswerterweise hat das der Kollege Eichstädt gerade noch vor meiner Rede selbst eingeräumt. Wie sagte der damalige Kieler Oberbürgermeister auf die Frage der Tageszeitung „Die Welt“ vom 1. März 2011 - Die Mitglieder eines von ihm geführten Kabinetts sollen auf **15 % ihres Gehalts** verzichten. - Diese vollmundige Ankündigung von Thorsten Albig vor der Landtagswahl wird mit dem jetzt vorgesehenen Kürzungsbetrag von unter 75.000 € allerdings deutlich verfehlt. Angesichts von Gesamtbezügen von 1,14 Millionen € entspricht die Kürzung gerade einmal einer Reduzierung von 6,58 %. Die **Kosten des zusätzlichen Staatssekretärs** übersteigen diesen Kürzungsbetrag zudem bei Weitem. Ich komme darauf später noch zurück und lasse jetzt keine Zwischenfragen zu.

Wie sieht es mit dem angekündigten **Kürzungsbetrag des Ministerpräsidenten** von 2.100 € aus? Dieser Betrag ergibt sich überhaupt erst dann, wenn man die steuerfreie Aufwandsentschädigung auf einen Bruttobetrag hochrechnet. Die tatsächliche Einsparung im Landeshaushalt beträgt lediglich 1.891 €, wie die Landesregierung selbst einräumt. Wenn man dann schaut, was der Ministerpräsident anschließend tatsächlich weniger im Portemonnaie hat, und nur darauf verzichtet er ja wirklich, so sind es nach Steuern 1.148 € netto, klingt aber natürlich nicht so gut wie 2.100 € brutto. Eine gewisse Eitel-

(Tobias Koch)

keit ist dem Ministerpräsidenten offenbar auch zu eigen.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Ralf Stegner [SPD]
- Heiterkeit)

Selbst dabei, Herr Stegner, hätten die Regierungsfractionen den Ministerpräsidenten beinahe noch im Regen stehen gelassen. Denn erst auf den letzten Drücker, im Zuge der Dringlichkeit, und nur mit Hilfe der Opposition gelingt es Ihnen, den dafür vorgesehenen Gesetzentwurf zur Änderung des Abgeordnetengesetzes auf die heutige Tagesordnung zu setzen.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Nein, nie besucht. - Der Formulierungsvorschlag des Finanzministeriums lag Ihnen bereits seit Anfang Juli vor. Da muss es offenbar noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen SPD, Grünen und SSW gegeben haben. Viel einfacher wäre es ja auch gewesen, wenn der Ministerpräsident einfach auf die Altersversorgung als Abgeordneter verzichtet hätte. Herr Albig, es zwingt Sie ja keiner, einen entsprechenden Antrag zu stellen.

(Beifall CDU)

Eine **gesetzliche Einzelfallregelung** wäre dazu auf jeden Fall nicht erforderlich gewesen.

Wer jetzt als Steuerzahler glaubt, sich zumindest etwas freuen zu können, der irrt trotzdem. Während sich diese Landesregierung öffentlich für ihre Bescheidenheit feiern lässt, erhöht sie tatsächlich die Kosten für die politische Führung zulasten der Steuerzahler. Statt bislang zehn benötigt diese Regierung nunmehr elf **Staatssekretäre**. Ein jeder wird mit Besoldungsgruppe B 9 vergütet, das sind 9.424 € monatlich.

(Zuruf Abgeordnete Serpil Midyatli [SPD])

Allein das jährliche Grundgehalt des zusätzlichen Staatssekretärs übersteigt mit 113.000 € deutlich den Kürzungsbetrag von 75.000 €. Familienzuschlag, Dienstwagenfahrer, Vorzimmer, all das kommt sogar noch oben drauf und ist der Regierung auch peinlich. Denn sie weigert sich, die Antwort auf die Frage zu geben, was dieser zusätzliche Staatssekretär kostet. Auf meine Kleine Anfrage, was der zusätzliche Staatssekretär im Energiewendeministerium kostet - trickreiche Antwort der Landesregierung, herzlichen Glückwunsch dazu - kam die Antwort: keine. Die Stelle sei lediglich aus der Staatskanzlei umgesetzt worden.

Herr Dr. Habeck, Sie sind aus der Nummer raus - wunderbar. Wir lernen daraus: Der zusätzliche

Staatssekretär wurde nicht bei Ihnen geschaffen, sondern offenbar in einem der beiden SPD-geführten Ministerien, Bildung oder Wirtschaft. Wie viel das genau kostet, werden wir trotzdem noch erfahren, denn Sie werden sich um diese Antwort nicht ewig herumdrücken können. Die zweite Kleine Anfrage ist auch schon im Internetsystem zu sehen und liegt Ihnen bereits vor.

Ein zweiter Staatssekretär im Wirtschaftsministerium - das muss man sich erst einmal auf der Zunge zergehen lassen. Das Ministerium hat jeweils die Zuständigkeit für Energiepolitik und die HSH-Nordbank abgegeben, hat stattdessen die Zuständigkeit für Arbeit dazubekommen, insgesamt also weniger Zuständigkeiten als vorher, dafür jetzt aber doppelt so viele Staatssekretäre wie vorher; das Ganze auf Kosten der Steuerzahler, und warum? - Aus rein parteitaktischem Kalkül, denn offenbar musste auch der SPD-Gewerkschaftsflügel mit einem Posten versehen werden. Der Steuerzahler darf es bezahlen, und dann wird ihm auch noch vorgegaukelt, die Regierung bei sich selbst spare. Das ist wirklich blanker Hohn.

(Beifall CDU)

All das zeigt: Das gute Beispiel, mit dem das Kabinett vorangeht, indem es bei sich selbst kürzt, ist mehr Schein als Sein, und unter Berücksichtigung des zusätzlichen Staatssekretärs ist es sogar nur Schall und Rauch. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Abgeordneter Eka von Kalben das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Regierung legt uns hier ein Angebot vor, ihre Bezüge zu senken. Das ist ein Anliegen, über das vermutlich noch nicht viele Parlamente so zu entscheiden hatten. Historisch war es eher üblich, dass Staatsoberhäupter zum persönlichen Verbrauch eher höhere Bezüge gefordert haben als niedrigere. Insofern - Staatsoberhäupter oder Ministerinnen oder Minister - begrüße ich und begrüßt meine Fraktion das Angebot der Regierung und des Ministerpräsidenten.

(Christopher Vogt [FDP]: Häuptling!)

(Eka von Kalben)

Die einen tun dieses Angebot als Symbolpolitik ab, die sich an anderer Stelle der Personalpolitik der Regierung wieder aufrechnen. Die anderen meinen, wir trauten unseren eigenen Leuten nicht genug zu. Vielleicht ist die Summe, die dadurch dem Land zur Verfügung steht, angesichts der großen Probleme, vor denen wir stehen, symbolisch.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die steht nicht zur Verfügung!)

Dem einen ist sie übrigens zu klein, dem anderen ist sie zu hoch. Ich bin fest davon überzeugt, dass es das richtige Symbol ist. Es ist sogar mehr als ein Symbol, nämlich das Signal an die Menschen. Wir haben verstanden, wir beteiligen uns, und wir leisten unseren Beitrag.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Abgeordneter Dr. Ralf Stegner [SPD])

Genau wie die Fraktionsvorsitzenden und Parlamentarischen Geschäftsführer vor zwei Jahren Kürzungen ihrer Gehälter beschlossen haben, folgt nun auch das Kabinett diesem Vorgehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Abgeordneter Dr. Ralf Stegner [SPD])

Es macht deutlich, dass dieses Kabinett bereit ist, einen persönlichen Beitrag zu leisten, wenn von vielen Menschen durch **Sparmaßnahmen** und erhöhte Abgaben und auch eventuelle **Kosten der Energiewende** mehr abverlangt wird. Wir müssen das positiv zur Kenntnis nehmen. Wir müssen gute Arbeit gut entlohnen. Demokratie darf nicht nur als Kostenfaktor bewertet werden. Das ist richtig. Trotzdem finde ich es richtig, dass wir immer wieder überprüfen, an welchen Stellen sich Dinge so entwickelt haben, dass sie nicht mehr zur Gesamtsituation der Bürgerinnen und Bürger passen. Es ist gut, dass die Regierung hier ein Zeichen setzt und **persönliche Einschnitte** akzeptiert. Es erhöht die Glaubwürdigkeit, und Glaubwürdigkeit ist das, was sich die Menschen in Schleswig-Holstein von uns wünschen.

Wir dürfen nie ausschließen, dass auch bei uns selbst Einschnitte in Kauf genommen werden müssen. Da gilt es, Populismus zu vermeiden, der nur das Vorurteil des faulen, vermeintlich nur aufs Eigeninteresse ausgerichteten Politikers bedient. Damit werden wir vielleicht kurzfristig parteipolitische Vorteile verdienen, aber langfristig schadet es dem Ansehen der Politik und der Politiker insgesamt.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wenn behauptet wird, man findet nur Menschen für die Politik, wenn sie sehr hoch dotiert ist, dann ist das zu kurz gesprungen. Das unterstellt, dass sich Menschen wegen des Geldes engagieren. Wer das behauptet, kennt den Politikweg und den Politikalltag nicht,

(Beifall Abgeordneter Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

vor allem, wenn man bedenkt, dass die überwiegende Zahl der politisch engagierten Menschen dies ehrenamtlich tut.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Im Landtag?)

Wichtig ist es doch, vor allem im **ehrenamtlichen Bereich** für **Entlastung** zu sorgen. Die Herausforderung, Beruf, Familie und Politik unter einen Hut zu bringen, das ist doch der eigentliche Spagat. Wenn dann Politik zum Beruf wird, dürfen wir uns nicht in eine Kultur begeben, in der das nur Kinderlosen ermöglicht wird. Wir alle haben noch ein weiteres Leben außerhalb der Politik, und das ist auch entscheidend wichtig, damit wir geerdet sind. Die Arbeitsbedingungen müssen stimmen, und die Bezahlung muss angemessen sein. Sie muss den Politikerinnen und Politikern **Unabhängigkeit** garantieren.

Die Regierung legt uns ein Angebot vor, ihre Bezüge zu senken. Wir Grüne werden das Angebot dankend annehmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erstens, Frau Kollegin von Kalben, wäre es schon einmal angebracht, Sie würden nicht dauernd von einem Sparbeitrag reden, den dieses Kabinett leiste. Ich habe das vom ehemaligen Finanzminister gelernt, dass es etwas merkwürdig hier im Parlament ist, die Vokabel „sparen“ zu bemühen. **Sparen von Geld**, das wir eigentlich überhaupt nicht haben, ist kein Sparen, sondern allenfalls eine Ausgabe weniger. Aber auch das tun Sie nicht. Es wäre transparent und ehrlich, wenn Sie eingestehen würden, dass Sie mehr Geld für die Regierungsspitze, also für Minister und Staatssekretäre, brauchen. Sie haben einen Staatssekretär mehr als die Vorgängerre-

(Dr. Heiner Garg)

gierung, Sie haben nicht weniger Minister. In der Summe geben Sie also mehr Geld aus. Aber ich will mich auf dieses Klein-Klein offen gestanden gar nicht versteifen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Gut so!)

Mich stört an der Debatte weniger, dass Sie die **Öffentlichkeit** glauben machen wollen, Sie würden etwas sparen, was Sie in Wahrheit nicht tun. Was mich stört, und wovon ich auch enttäuscht bin, Herr Ministerpräsident, ist, dass Sie auf den populistischen Zug überhaupt aufspringen. Sie bedienen das Vorurteil, Politiker seien eigentlich nichts wert und bekämen dafür auch noch zu viel Geld.

Herr Ministerpräsident Albig, Sie sollten Ihr Amt nutzen, den Menschen den Wert - und zwar im wahrsten Sinne des Wortes - von Demokratie ganz geduldig zu erläutern und dafür zu werben, auch mutig zu werben, dass gute Politik schwierige Entscheidungsprozesse durchläuft und letztlich schwere Entscheidungen zu treffen hat und diese Entscheidungen auch zu verantworten hat, dass ein solches Amt Mut und Kraft braucht, und dass all das auch seinen Preis hat. Das wäre nämlich eine Aufgabe - so, wie Sie im Wahlkampf aufgetreten sind - gewesen, von der ich mir gewünscht hätte, dass Sie dazu den Mut finden. Übrigens hatte der Fraktionsvorsitzende der SPD heute Morgen in der Aktuellen Stunde sehr deutlich den Mut, von den Kosten der Demokratie zu sprechen. Was machen Sie? - Sie gehen den vermeintlich einfacheren Weg und bedienen jedes noch so platte Klischee. Ich halte Ihr Signal für ausgesprochen gefährlich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall FDP und Abgeordneter Daniel Günther [CDU])

Wir brauchen - das sage ich für die FDP-Fraktion mit allem Ernst - und wir wollen keine Discountregierung, sondern wir wollen verantwortungsbewusste Entscheider, die zumindest ansatzweise auf Augenhöhe - ja, Frau von Kalben - mit relevanten Entscheidungsträgern aus Wirtschaft und Verbänden auch im Hinblick auf deren finanzielle Entschädigung stehen.

Sie, Herr Ministerpräsident, und Ihre Mitglieder im Kabinett sind elementarer Bestandteil unseres **freiheitlich-demokratischen Systems**. Sie sollen dazu beitragen, dass zentrale Probleme dieses Landes gelöst werden. Sie sollen mit uns gemeinsam unsere Demokratie bewahren, Sie sollen sie verteidigen und weiterentwickeln. Sie haben eine ganz beson-

dere Verantwortung, und diese soll - und ich meine, diese muss - sich auch in der Entschädigung Ihrer Arbeit widerspiegeln.

Herr Albig, Sie sind dabei, aus meiner Sicht einen verhängnisvollen Fehler zu machen. Vielleicht haben Sie in dem Moment, als Sie im Wahlkampf Ihre Ankündigung - dabei ist es mir gleich, ob 15 %, 6,5 % oder sonst wie viel Prozent - machten, Ihr eigenes Gehalt kürzen zu wollen, möglicherweise wirklich geglaubt, das würde mit Ansehen und Respekt honoriert oder Glaubwürdigkeit zurückbringen. Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen von den regierungstragenden Fraktionen, ich sage Ihnen, Sie werden das Gegenteil dessen erreichen, was Sie sich möglicherweise versprechen. Vielleicht erlaubt Ihr neuer **Politikstil**, den Sie heute schon den ganzen Tag so gelobt haben, noch einmal darüber nachzudenken, ob das, was Sie hier dem Parlament vorschlagen, wirklich zu dem führt, was Sie sich davon versprechen. Ich befürchte, das ist nicht der Fall. Herr Dr. Stegner, ich hätte nie gedacht, dass ich das in diesem Parlament noch einmal sagen würde, aber ich tue es an dieser Stelle doch: Ich glaube, Sie haben heute Morgen in der Aktuellen Stunde - oder in der sogenannten Aktuellen Stunde; was immer daran auch aktuell gewesen sein mag - zum Wert von Demokratie und auch zum Wert eines jeden einzelnen von uns selbst - dazu zähle ich auch die Regierungsmitglieder - alles Notwendige gesagt. Dazu passt das, was uns heute Nachmittag vorgelegt wird, bedauerlicherweise in keinsten Weise.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der PIRATEN erteile ich Herrn Abgeordneten Torge Schmidt das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Kürzung der Bezüge für den Ministerpräsidenten und die Ministerinnen und Minister ist ein gutes Signal. Schleswig-Holstein befindet sich in einer sehr schweren finanziellen Lage. Viele Stellen müssen abgebaut werden. Vor diesem Hintergrund ist es richtig, dass auch diejenigen, die dieses Land führen, ihren Teil dazu beitragen.

(Beifall Abgeordnete Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Torge Schmidt)

Allerdings hat sich die Regierungskoalition gleichzeitig dafür entschieden, einen zusätzlichen **Staatssekretär** einzustellen. Die dadurch entstehenden zusätzlichen Kosten übertreffen die Einsparungen der eben angesprochenen symbolischen Kürzungen der **Amtsbezüge der Regierungsmitglieder** deutlich. Wir bezweifeln die Notwendigkeit der Einstellung dieses Staatssekretärs. Die Koalition hat beschlossen, die Anzahl der Abteilungen in den Ministerien zu reduzieren und Personal einzusparen, das heißt, die Arbeit in den Ministerien verdichtet sich. Ein zusätzlicher Staatssekretär wäre logischerweise nur dann notwendig, wenn zusätzliche Abteilungen geschaffen würden.

(Beifall PIRATEN)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben uns PIRATEN erklärt, dass dieser Staatssekretär einen Mehrwert ergeben werde. Dieser **Mehrwert** hat sich bisher noch nicht gezeigt, und es ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch noch nicht erkennbar, dass sich in Zukunft ein solcher Mehrwert ergeben könnte.

Aber ich möchte noch einmal auf einen anderen Aspekt Ihrer symbolischen Sparpolitik hinweisen. Ihre Entscheidung führt nämlich dazu, dass ein Ministerpräsident, der die Verantwortung für die vielen Tausenden Bediensteten, die Finanzen, die Sicherheit und vor allen Dingen die Zukunft dieses Landes trägt, nun zukünftig 11.610 € brutto weniger als ein Fraktionsvorsitzender einer Landtagsfraktion verdient.

(Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

Die Aufgaben und die Verantwortung eines Fraktionsvorsitzenden im Vergleich zu dem eines Ministerpräsidenten scheinen uns gegenwärtig in keinem Verhältnis mehr zu den monatlichen Bezügen zu stehen.

Herr Ministerpräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen der Regierungskoalition, seien Sie doch bitte so konsequent, nun auch den nächsten Schritt zu gehen. Für mich und meine Kollegen aus der PIRATEN-Fraktion steht außer Frage, dass jetzt die **Anpassung der Zulagen** von Fraktionsvorsitzenden und Parlamentarischen Geschäftsführern fällig ist.

(Beifall PIRATEN)

Ich möchte Sie dazu aufrufen, diese Anpassung nun in Angriff zu nehmen, um wieder eine Verhältnismäßigkeit herzustellen. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Bevor ich dem Abgeordneten Lars Harms vom SSW das Wort erteile, bitte ich Sie, mit mir zusammen Mitglieder der CDU-Seniorenunion Lübeck hier im Landeshaus zu begrüßen. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Lars Harms vom SSW.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist hier ein bisschen eine bunte Gemengelage zwischen Einsparungswünschen oder Rechtfertigung, zwischen der Frage, ob man einen Staatssekretär nun gegenfinanziert hat oder nicht, oder auch darüber, was der **Wert der Demokratie** an sich eigentlich darstellt.

Wenn es um die Einsparungen geht, möchte ich noch einmal in Erinnerung rufen: Die Fraktionen haben bereits gespart. Sie haben 10 % gespart, und Sie haben sich jetzt wieder auferlegt, diese 10 % Einsparung weiterzuführen und keinerlei Fraktionsmittelerhöhungen zuzulassen. Das ist eine Einsparung.

Wir haben auch festgestellt, dass die Abgeordneten schon seit 2003 gespart haben. Sie haben eine **Diätenreform** durchgeführt, die nicht nur dazu geführt hat, dass wir weniger in der Tasche haben, weil wir keine **steuerfreien Zulagen** mehr bekommen, sondern auch eine wesentlich schlechtere Altersversorgung haben. Das haben wir in Kauf genommen und bewusst gemacht, weil wir sparen wollten.

Wir haben dann noch einen draufgesattelt, indem wir gesagt haben, auch die Parlamentarischen Geschäftsführer und Fraktionsvorsitzenden sollen weniger verdienen, und haben vor zwei Jahren eine Kürzung für diese beiden Personengruppen beschlossen. Auch die Abgeordneten haben gespart - um das einmal ganz klar festzustellen. Auch der **Landtag** hat gespart, indem er sich ein Wahlgesetz gegeben hat, das dazu geführt hat, dass wir wahrscheinlich um die 2,7 Millionen € dadurch sparen, dass weniger Abgeordnete in diesem Parlament sitzen. Auch der Landtag hat seinen Beitrag dazu geleistet.

(Vereinzelter Beifall SSW und SPD)

(Lars Harms)

Meine Damen und Herren, der **Staatssekretär**, der eine gewisse Summe kostet, ist der eigentlich dadurch gegenfinanziert - das war die Frage, die herauszuhören war -, dass der Ministerpräsident und die Minister auf Gehalt verzichten, dass die zusätzliche Bezahlung als Abgeordneter gekürzt wird und auch die Altersversorgung als Abgeordneter gekürzt wird? Das sind round about 75.000 €. Das reicht noch nicht, um einen Staatssekretär zu finanzieren, da fehlt noch ein Drittel.

Lieber Kollege Koch, wir haben ja auch noch andere Sparmaßnahmen im Rahmen der Landesregierung durchgeführt, im näheren Umfeld, die dazu führen, dass wir den Staatssekretär durchaus finanzieren können.

(Zurufe CDU und FDP: Welche denn?)

- Das werde ich Ihnen jetzt sagen: Wir haben den Integrationsbeauftragten eingespart, und wir haben den Mittelstandsbeauftragten eingespart.

(Beifall Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering [SSW] und Bernd Heinemann [SPD] - Johannes Callsen [CDU]: Das reicht immer noch nicht!)

11.800 € pro Nase Aufwandsentschädigung, Geschäftsbedarf circa 340 €, Büro im Ministerium, Dienstwagen, Mitbenutzung vorhandener Vorzimmerkonstellationen. Es ist ja gesagt worden, der Staatssekretär habe ein Vorzimmer gekriegt. Wir haben aber auch zwei eingespart.

Das geht alles auf eine Kleine Anfrage der damaligen Abgeordneten Heinold zurück, Drucksache 17/167. Wir haben in diesem Bereich wahrscheinlich irgendwo zwischen 25.000 und 30.000 € gespart. Das reicht jetzt schon für den Staatssekretär.

(Widerspruch CDU und FDP)

- Selbstverständlich reicht das.

(Tobias Koch [CDU]: 113.000 € Grundgehalt!)

- Lieber Kollege Koch, machen Sie sich keine Sorgen, ich habe auch noch die Kulturbeauftragte für Sie. Die haben wir auch noch eingespart, und das ist richtig Asche, die wir da eingespart haben. Insofern ist es überhaupt kein Problem, dies gegenzufinanzieren.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege Harms, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg zu?

Lars Harms [SSW]:

Nein, lasse ich nicht.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Eine weitere Zwischenfrage wird von Herrn Abgeordneten Koch erbeten. Lassen Sie diese zu?

Lars Harms [SSW]:

Nein, auch nicht.

Wir können also feststellen: Wir können den Staatssekretär ohne Schwierigkeiten gegenfinanzieren. Wir können feststellen: Das Parlament hat gespart. Wir können feststellen: Die **Faktionen** haben gespart. Wir können auch feststellen, dass die einzelnen **Abgeordneten** in der Vergangenheit gespart haben.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Deswegen haben wir unseren Beitrag schon geleistet. Dass jetzt auch die **Regierung** einen Beitrag leisten will, finde ich in Ordnung. Das macht die Sache rund. Deswegen können wir jetzt mit Recht behaupten - wir werden das hoffentlich in der nächsten Landtagstagung beschließen -, dass alle, die im Landtag sitzen oder in der Regierung etwas zu sagen haben, sich tatsächlich an den **Sparmaßnahmen** des Landes Schleswig-Holstein beteiligt haben. Das ist gut so. Das ist die Abrundung einer vernünftigen Sache. Das finde ich in Ordnung.

Es ist aber auch wichtig, dass wir uns nicht in eine Spirale hineinbewegen dürfen, die heißt: Wir müssen immer noch weniger, immer noch weniger, immer noch weniger haben. Vielmehr ist Demokratie ein Wert an sich. Selbstverständlich - da gebe ich dem Abgeordneten Garg recht - müssen wir uns auf Augenhöhe mit denjenigen bewegen, mit denen wir zu tun haben. Das hat nicht nur etwas mit dem Intellekt zu tun, sondern ab und zu eben auch tatsächlich mit dem Gehalt.

Man muss das machen, denn die Leute, die hier tätig sind, nehmen wirklich eine verantwortungsvolle und zeitaufreibende Arbeit wahr und leisten eine wichtige Arbeit. Ich will unser Licht nicht unter den Scheffel stellen. All die Maßnahmen, die ich aufgezählt habe, sind Dinge, die wir freiwillig und gern tun, weil wir unsere Verantwortung sehen und wir dieser Verantwortung nachkommen wollen. Das soll aber nicht bedeuten, dass wir der Auffassung sind, dass wir hier ganz, ganz schlechte Menschen sind, die nicht vernünftig arbeiten. Wir sind diejenigen, die eine große Verantwortung tragen. Dafür

(Lars Harms)

haben wir es auch verdient, vernünftig bezahlt zu werden, wie andere Menschen in dieser Gesellschaft auch.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Und wir sind diejenigen, die unsere Redezeiten einhalten. Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss!

Lars Harms [SSW]:

Hätte ich glatt gemacht. Ich wäre schon fertig gewesen, wenn Sie mich nicht unterbrochen hätten. - Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich zunächst Herrn Abgeordneten Ralf Stegner von der Fraktion der SPD das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade weil ich das, was ich heute Morgen in der Aktuellen Stunde gesagt habe, sehr ernst meine und weil ich glaube, dass das unser Hauptproblem ist, das wir haben, nämlich dass das Ansehen von Politik darunter leidet, dass der Eindruck befördert wird, Politik sei überbezahlt oder darauf ausgerichtet, dass man in die eigenen Taschen wirtschaftet oder Ähnliches, müssen wir alles vermeiden, was diesen Eindruck fördert. Ich komme gleich darauf zurück.

Das ist allerdings zu dem, was der Ministerpräsident sagt, der die Frage übrigens genauso sieht, deswegen kein Widerspruch, weil der letzte Herr Ministerpräsident, der jetzt im Ruhestand ist, ausgeführt hat, die Politik spare bei sich selbst. Die Haushaltsstrukturkommission hat Vorschläge gemacht, die in der Tat zu deutlichen **Kürzungen** der Gehälter bei den Führungsspitzen der **Fraktionen** geführt haben, aber nicht bei der **Regierung** selbst. Wenn das jetzt durch das ausgeglichen wird, was der Herr Ministerpräsident gesagt hat, hat das etwas mit Glaubwürdigkeit der Politik zu tun. Es ist kein Widerspruch, wenn man das macht, damit muss es dann aber auch gut sein. Die Buchhalterdebatte, die jetzt geführt wird, ob das 10.000 € mehr oder weniger sind oder eine halbe Stelle hier oder dort, sollten wir bitte nicht miteinander führen; die ist dieses Hauses unwürdig.

(Beifall SPD und Abgeordneter Dr. Heiner Garg [FDP])

Mir ist wichtig, dass die Regierung gute Arbeit leistet und nicht die Frage, ob sie eine halbe Stelle mehr oder weniger bei sich selbst hat. Das ist der Kern.

Herr Kollege Schmidt, mich ärgert es schon, wenn der Vertreter einer Fraktion hier schlicht unwahre Behauptungen aufstellt. Denn Halbwahrheiten führen dazu, Vorurteile gegen das Parlament zu schüren. Das darf man nicht tun, man muss sich informieren und richtig rechnen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich bin noch nicht so lange Fraktionsvorsitzender, aber wenn ich Artikel in der Sommerpause lese, in der von Abgeordneten berichtet wird, die aus dem Parlament ausgeschieden sind und nicht etwa Dank und Anerkennung für ihre Arbeit fürs Gemeinwohl bekommen, sondern in eine Situation geraten sind, in der sie ergänzende Hilfen bekommen, schäme ich mich dafür. Dann hat das auch ein bisschen damit zu tun, dass wir darüber reden müssen, dass wir gar kein Lob dafür kriegen, dass dieses Parlament als eines der wenigen neben dem nordrhein-westfälischen Parlament beschlossen hat, selber für die **Altersversorgung** zu sorgen, statt dass der Steuerzahler das macht.

(Vereinzelter Beifall)

Die sind aber an einem Punkt angekommen, an dem es nicht mehr reicht. Das ist nicht in Ordnung und nicht richtig.

Bei den **Diäten** sind wir auf eine Indexlösung gekommen. Es ist ja nie gut, wenn Diäten angepasst werden. Man würde manche Leute nur dann zufriedenstellen, wenn man die Diäten ganz abschaffen würde. Das sollten wir bitte nicht tun.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Wer aus materiellen Gründen in die Politik geht, hat entweder nicht mehr alle Tassen im Schrank, oder er hat wirklich die falsche Motivation. Deswegen sollten wir solche Leute nicht haben wollen. Wir müssen schon ordentlich bezahlen. Da soll sich niemand beschweren, er macht es freiwillig.

Ich finde es ausgesprochen wichtig, dass wir am Ergebnis unserer Arbeit gemessen werden und nicht einen populistischen Wettlauf mitmachen, der leider große Zustimmung findet. Bei manchen Leserbriefen fragt man sich: Was ist eigentlich die Alternative zu der Ordnung, die wir haben? Was wün-

(Dr. Ralf Stegner)

schen sich solche Menschen eigentlich? Demokratischer wäre die Alternative jedenfalls nicht.

Deswegen werbe ich sehr dafür, dass wir diesen Schritt noch machen. Ich glaube, das ist ein Stück Ausgleich, was die Glaubwürdigkeit angeht. Ich bedanke mich dafür, dass das so erfolgt. Lassen Sie uns aber bitte nicht in eine Klein-Klein-Debatte eintreten und aufhören zu meinen, wir könnten bei irgendjemandem punkten, wenn wir uns selbst schlechter machen, als wir sind. Wir ringen hier um das Wohl des Landes. Das ist unsere Aufgabe in Regierung und Parlament. Das sollten wir gemeinsam tun.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat sich Herr Abgeordneter Peter Sönnichsen von der CDU-Fraktion gemeldet. Ich erteile ihm hiermit das Wort.

Peter Sönnichsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es entspricht mehr meinem Naturell, jedem auch einmal seine zwei Minuten in der Zeitung zu lassen, wenn er denn etwas Gutes tut. Wenn ich aber diese Effekthascherei hier sehe - - Frau Kollegin von Kalben und Kollege Lars Harms, ich spreche insbesondere Sie an. Ich will noch einen anderen Aspekt in die Debatte einbringen. Zwei Ministerinnen und ein Minister haben sich über Ihre Parteien wählen lassen, wahrscheinlich weil sie nicht ganz sicher waren, ob sie doch die Regierung bilden, und haben dann anschließend auf ihr Mandat verzichtet. Ich begrüße herzlich die neuen Abgeordneten.

Wären die beiden Ministerinnen und der Minister gleichzeitig Abgeordnete geblieben, würde die 90-%-, 95-%-Regelung greifen, und das würde dem Land pro Kopf 90.000 € im Jahr sparen, 270.000 € in der Summe im Jahr.

(Beifall Abgeordnete Hans-Jörn Arp [CDU] und Astrid Damerow [CDU] - Zurufe SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Genauso ist es. Sie beklatschen, dass der Abzug von 90 auf 95 % für eine Person, den Ministerpräsidenten, erhöht wird, dafür kommen dreimal 100 % neu hinzu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor Sie das Hohelied auf die Regierung singen,

(Birte Pauls [SPD]: Ich schäme mich!)

fragen Sie sich einmal, ob Sie nicht Parteigrundsätze über Landesinteressen stellen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Abgeordneten Tobias Koch das Wort.

(Unruhe - Lars Harms [SSW]: Deshalb darf de Jager auch nicht nachrücken!)

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die krampfhaften Rechenübungen des Kollegen Lars Harms machen deutlich, wie unangenehm der Regierung diese Debatte ist. Deswegen noch drei Anmerkungen dazu.

Erstens. Allein das Grundgehalt des Staatssekretärs beträgt 113.000 €. Hinzu kommen Familienzuschläge, Fahrer, Vorzimmer, Dienswagen und so weiter. Selbst die Summe der von Ihnen aufgezählten Positionen reicht bei Weitem nicht, um diese Kosten zu decken.

Meine zweite Anmerkung bezieht sich auf die ehrenamtliche **Minderheitenbeauftragte**. Ich möchte gern von der Landesregierung wissen, ob die Stelle der Minderheitenbeauftragten ab sofort unbesetzt ist und ob die Stelle gestrichen worden ist. Ansonsten wäre es unlauter, diese Stelle in die Berechnung einzubeziehen.

(Zuruf SPD: Und Kulturbeauftragte!)

- Kultur- und Minderheitenbeauftragte.

(Zuruf SPD: Das ist aber ein Unterschied!)

Dritte Anmerkung. Ich gehe davon aus, dass der zusätzliche **Staatssekretär** seit seiner Ernennung im Juni ein Gehalt bezieht. Wenn das der Fall ist, dann frage ich mich, warum die Kürzung erst zum 1. Januar 2013 in Kraft treten soll. Der Staatssekretär bekommt sein Gehalt ab Juni. Warum kommt die Kürzung aber erst ab dem 1. Januar 2013?

Beraumen Sie doch für die morgige Mittagspause eine Ausschusssitzung an, in der die beiden Gesetzentwürfe beraten werden können. Am Freitag könnte dann die zweite Lesung folgen, und in Kraft treten könnten die beiden Gesetze dann zum 1. Sep-

(Tobias Koch)

tember. Dann hätten Sie noch vier Monate gespart, wenn es Ihnen wirklich so ernst damit ist.

Wir führen an dieser Stelle eine so kleinteilige Debatte, weil sich die Landesregierung vollkommen zu Unrecht mit Federn schmückt. Sie geben nach außen etwas vor, was Sie gar nicht tun. Auf der einen Seite rühmen Sie sich Ihrer Einsparung. Auf der anderen Seite geben Sie für zusätzliche Regierungstätigkeit mehr Geld aus. Wir müssen hier über so kleinteilige Maßnahmen sprechen, weil Sie in der Öffentlichkeit einen falschen Eindruck erwecken.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Abgeordneten Kubicki von der FDP-Fraktion das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wenn die deutsche Öffentlichkeit diese Debatte sieht, dann kann sie sich schon Sorgen um den deutschen Parlamentarismus machen. Das meine ich weniger wegen der Frage, ob jemand verzichtet oder nicht verzichtet. Ich würde das auch gar nicht so hoch hängen.

Herr Kollege Dr. Stegner, Sie sagen zu Recht, dass die **Regierung** nur nachvollzieht, was die Funktionsträger im **Parlament** bereits hinter sich haben. Sie wissen genau, dass es damals nicht ging, weil wir die Entscheidung erst Mitte des Jahres 2010 hätten treffen können. Damit wären rechtliche Probleme aufgetaucht. Das können Sie nur am Anfang machen, und selbst das ist rechtlich immer noch umstritten. Wir wollen aber einmal so tun, als sei es rechtlich möglich.

Ich möchte mit einem Klischee aufräumen, das mir mittlerweile wirklich auf den Senkel geht. Die Leute, die hier sitzen, bekommen kein Gehalt. **Diäten** sind kein Gehalt, sondern die Entschädigung dafür, weil eine andere Tätigkeit nicht ausgeübt werden kann. Das mag Leute aus dem öffentlichen Dienst wie Sie, Herr Breyer, oder Angestellte von großen Unternehmen nicht interessieren.

Ich möchte aber daran erinnern, dass wir viele Freiberufler und Selbstständige schon deshalb nicht mehr unter uns haben, weil diese mit einer Mandatsentscheidung zum Ruin ihres eigenen Unternehmens beitragen würden.

(Beifall FDP und CDU)

Frau von Kalben, ich weiß, dass Sie das belustigt. Sie werden keinen Einzelanwalt mehr finden, der es sich leisten kann, sich in dieses Parlament wählen zu lassen, weil er ansonsten seine Kanzlei in den Ruin führen wird; denn niemand wartet auf ihn, wenn er nach vier oder fünf Jahren aus dem Parlament ausscheidet und wieder in den Beruf zurückkehren muss.

Wir haben Unternehmer wie Günter Hildebrandt gehabt, der uns das einmal geschildert hat. Er musste als Geschäftsführer eines kleinen mittelständischen Unternehmens einen Ersatz dafür organisieren, dass er hier war. Das heißt, er musste zusätzlich jemanden bezahlen, damit er hier sein konnte. Deshalb war die Entschädigung für ihn im Prinzip ein Nullsummenspiel im Gegensatz zu denen, die aus dem öffentlichen Dienst kommen und genau wissen, dass sie ihr ursprüngliches Gehalt wieder beziehen werden, wenn sie wieder zurück in den Beruf kommen.

Frau Sassen hat mit Tränen in den Augen davon berichtet, dass ihr von der Finanzverwaltung vorgeworfen worden sei, sich als **Abgeordnete** nicht ausreichend um ihr Geschäft gekümmert zu haben. Dies hatte zur Folge, dass ihr Geschäft zur Liebhaberei erklärt werden sollte. Man stelle sich so etwas einmal vor. Was geht im Gehirn eines öffentlich Bediensteten vor, die Abgeordnetentätigkeit in Verbindung mit einer weiteren **Berufstätigkeit** durch Zeitinanspruchnahme als Liebhaberei zu betrachten?

Ich will damit sagen: Wenn wir im Parlament einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung haben wollen, dann müssen wir nicht Rücksicht nehmen auf diejenigen, die weniger verdient haben, bevor sie in den Landtag gewählt worden sind. Vielmehr müssen wir Rücksicht nehmen auf diejenigen, die es sich leisten können müssen, in diesem Parlament tätig zu sein; denn auf deren Kompetenz und Wissen sind wir angewiesen.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich hatte ein Déjà-vu-Erlebnis. Herr Dr. Stegner, ich stimme in vielfältiger Weise mit Ihnen überein. Wir werden sonst künftig nur noch Leute in Parlamenten finden, die das als **Karrieresprung** betrachten und die damit ihren Verdienst realisieren wollen, die aber nicht mehr das Gefühl haben, für das Gemeinwesen tätig zu sein, sondern nur noch für ihr eigenes Einkommen. Das können wir aber nicht wollen.

(Wolfgang Kubicki)

Deshalb sollten wir die Debatte über die Frage der Höhe der Diäten etwas anders führen, als das heute hier den Anschein hatte. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU, vereinzelt SPD und Beifall Abgeordneter Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort für die Fraktion der PIRATEN zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Abgeordneten Dr. Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrter Herr Kubicki! Zu dem Punkt, den Sie zuletzt genannt haben, will ich die Fakten in den Vordergrund rücken und sagen, dass sich fast alle Abgeordneten, die ins Parlament gewählt werden, einkommensmäßig verbessern. Es stimmt also nicht, dass es eine große Zahl von **Abgeordneten** gibt, die Verzicht leisten müssen. Das haben Studien festgestellt.

(Christopher Vogt [FDP]: Das hat er auch gar nicht behauptet!)

Nun zu dem Fall des Einzelanwalts. In den Parlamenten sind wahrlich genug Rechtsanwälte vertreten. Diese sind deutlich überrepräsentiert. Wenn wir wirklich das Volk hier vertreten wollen, brauchen wir nicht noch mehr davon.

(Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

Die **Diäten** werden niemals an das Einkommensniveau eines Schönheitschirurgen oder eines Unternehmensleiters herankommen. Das kann auch nicht das Ziel sein.

Wenn Sie so tun, als ob die Diäten unverzichtbar wären oder noch höher sein müssten, dann diffamieren Sie doch die Kollegen, die für viel geringere Diäten in anderen Landtagen in Deutschland arbeiten. Die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtags beziehen die zweithöchsten Diäten unter allen Landtagsabgeordneten in Deutschland, während wir unter allen Flächenländern am dritthöchsten verschuldet sind.

(Unruhe)

So zu tun, als ob die Kollegen, die für eine geringere Entschädigung die gleiche Arbeit machen, unterbezahlt seien, ist völlig vermessen.

(Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

Fakt ist auch, dass die **Fraktionsmittel** pro Abgeordnetem gegenüber der letzten Legislaturperiode um 33 % erhöht worden sind, dass sie auch weit höher sind als diejenigen des letzten Landtags, der 69 Abgeordnete zählte. Es stimmt nicht, dass die Politik hier einen Einsparbeitrag geleistet hätte.

Was den dritten Punkt angeht, nämlich die Zulagen für **Parlamentarische Geschäftsführer**, hat das Bundesverfassungsgericht schon vor Jahren festgestellt - was übrigens auch einen Kollegen aus Ihrer Partei, Herr Kubicki, veranlasst hat, ein Verfahren anhängig zu machen -, dass diese Zulagen verfassungswidrig sind, weil sie gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung der Abgeordneten verstoßen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Erzählen Sie doch keinen Unsinn!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Bitte, Herr Kubicki.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann hat dieser das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr verehrter Herr Kollege Breyer, ist Ihnen bekannt, dass die Fraktionsmittel nicht an die Abgeordneten ausgezahlt werden, weshalb die Pro-Kopf-Rechnung vergleichsweise irre ist, sondern dass der Apparat damit finanziert werden soll und dass die Größe des Apparats, der beispielsweise der Vorbereitung von Ausschusssitzungen dient, völlig unabhängig davon ist, wie viele Abgeordnete im Ausschuss sitzen?

(Zuruf Dr. Gitta Trauernicht [SPD])

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Soll ich jetzt etwas dazu sagen? Bekomme ich ein bisschen mehr Zeit?

(Zuruf CDU: Soll die Frage wiederholt werden?)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, Sie haben jetzt die Gelegenheit zu einer Antwort. Ihre verbleibende Redezeit wird darauf nicht angerechnet. Das heißt, Sie können jetzt antworten, und die Uhr steht so lange. Dann setzen Sie Ihren Redebeitrag fort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Verehrter Herr Kollege, Sie kennen sicher das Fraktionsgesetz. Dieses sieht aus gutem Grund vor, dass sich die Fraktionsmittel zusammensetzen aus einem Grundbetrag für jede Fraktion und einem Betrag pro Fraktionsmitglied, weil eine größere Fraktion eben mehr Mittel braucht als eine kleinere und umgekehrt. Wenn eine Fraktion kleiner ist, muss sich das natürlich senkend auf die Fraktionsmittel auswirken.

Sie haben hier aber das Gegenteil gemacht. Sie haben diese Sätze - Grundbetrag und Erhöhungsbetrag - so massiv erhöht, dass wir in der Summe fast die gleichen Fraktionsmittel auszahlen, wie dies in dem viel größeren letzten Landtag der Fall gewesen ist. Das ist eine massive Erhöhung der Fraktionsmittelsätze.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das macht keinen Sinn!)

Es ist jedenfalls kein Populismus, wenn wir darauf hinweisen, dass die Politik, die den Bürgern in Schleswig-Holstein einen strikten **Sparkurs** verordnen muss, um die Schuldenbremse einzuhalten, die den Bürgern wirklich viel zumuten muss, was Beratungsstellen angeht, was Verbraucherberatung angeht, was aber auch das unterfinanzierte Bildungssystem angeht, was auch den riesigen Schuldenberg angeht, den alle Fraktionen in der Vergangenheit hinterlassen haben, ehrlicherweise auch bei sich selbst einen Einsparbeitrag leisten muss.

Wenn wir darauf hinweisen, ist das kein Populismus.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber Sie behaupten, dass es verfassungswidrig ist, und das ist das ja nicht!)

Und es ist auch kein Populismus, wenn wir fordern, dass die Verfassung eingehalten werden muss, was die Zulagen angeht. - Danke.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg von der Fraktion der FDP das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will gar nicht darüber reden, dass ich jetzt zurück in der Opposition das große Vergnügen hatte, mittlerweile an zwei oder drei - ich weiß es nicht genau - Finanzausschusssitzungen teilnehmen zu können, unter anderem an einer sechsstündigen Sitzung der Haushaltsprüfgruppe. Ich möchte nicht weiter erwähnen, dass die Kollegen von den PIRATEN - im Finanzausschuss manchmal zu dritt vertreten - keine einzige Frage in irgendeiner Form zum bevorstehenden oder zum vergangenen Landeshaushalt hatten. Ich wundere mich aber, dass Sie hier alles besser wissen - Sie wissen hier alles besser! - und bedauerlicherweise ziemlichen - ich weiß nicht, ob ich das sagen darf, ich tue es einfach, selbst auf die Gefahr hin - Müll behaupten, Herr Kollege Breyer.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: „Müll“ darf man sagen! - Weitere Zurufe)

Es ist schlicht nicht wahr, dass die **Diäten** der Abgeordneten im schleswig-holsteinischen Parlament mit am höchsten seien. Sie haben die Systematik unserer Diätenstrukturreform und der Abgeordnetendiäten in Schleswig-Holstein offensichtlich schlicht und ergreifend nicht verstanden.

(Beifall FDP, SPD, CDU, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, bevor Sie fortfahren: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Nein, an der Stelle nicht, sonst immer gern, aber an der Stelle nicht. Sie haben sich entweder nicht damit auseinandergesetzt, was ich schon schlimm fände, wenn Sie sich dann hier hinstellen und einfach, weil Sie es nicht anders wissen, irgendetwas behaupten. Oder Sie behaupten hier wider besseres Wissen etwas, was schlicht und ergreifend nicht wahr ist. Wir haben uns zwischen 2003 und 2005 in einer Diätenstrukturreformkommission, der übrigens der ehemalige Verfassungsrechtler Benda angehört hat, die im Übrigen ausdrücklich die Zula-

(Dr. Heiner Garg)

gen für Fraktionsvorsitzende und Parlamentarische Geschäftsführer mit eingearbeitet hat - nur so viel zu Ihrem Vorwurf, was hier alles verfassungswidrig sei -, auf ein Modell verständigt, das anders als andere Länder - bis auf das Land Nordrhein-Westfalen - sämtliche Ansprüche in der Grunddiät für die Kolleginnen und Kollegen, die keinen beamtenähnlichen Anspruch auf eine Altersversorgung haben, abdeckt.

In allen anderen Parlamenten haben Sie nach wie vor steuerfreie Kostenpauschalen, Sitzungsgelder, Altersbezüge. Wenn Sie das zusammenrechnen, sehr geehrter Herr Breyer, dann steht Schleswig-Holstein nicht an der Spitze derjenigen, die sich die Taschen füllen, sondern dann ist Schleswig-Holstein bestenfalls unteres Drittel. Ich verahre mich in Zukunft dagegen, dass Sie hier Dinge behaupten, die schlicht und ergreifend nicht wahr sind.

(Beifall FDP, SPD, CDU, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung.

Es ist beantragt worden, die Gesetzentwürfe, Drucksache 18/31 sowie Drucksache 18/115, dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist gegen die Überweisung der Gesetzentwürfe? - Entschuldigen Sie bitte: Wer enthält sich?

(Die Abgeordneten Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Tobias Koch [CDU] unterhalten sich)

- Herr Kollege Koch und Herr Kollege Breyer, mir ist nicht klar, wie Sie abstimmen wollen. Möglicherweise wollen Sie nicht teilnehmen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Er hat mit der Fraktion mitgestimmt!)

- Herr Arp, ich habe das Wort. Ich lasse jetzt hier eine Abstimmung durchführen. Mir war bei Herrn Koch klar, wie er abstimmt, aber Herr Koch hat sich mit Herrn Breyer unterhalten. Ich möchte wissen, ob die PIRATEN-Fraktion sich an der Abstimmung beteiligen möchte, und ich möchte ihr Abstimmungsverhalten abfragen.

Also noch einmal: Wer stimmt der Überweisung zu? - Das sind die Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP,

PIRATEN und SSW. Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Sehr verehrte Damen und Herren, die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer haben sich darauf verständigt, dass jetzt Tagesordnungspunkt 14 B aufgerufen wird:

Wahl der Mitglieder des Medienrates der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein

Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 18/120 \(neu\)](#)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen hierfür offene Abstimmung vor. - Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren. Ich weise noch darauf hin, dass für die Wahl die Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtags - das sind 46 Abgeordnete - erforderlich ist. Wer dem Wahlvorschlag Drucksache 18/120 (neu) seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Damit ist dies einstimmig so beschlossen. Ich stelle fest, dass die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Annahme erreicht ist. Damit sind die vorgeschlagenen Mitglieder des Medienrates gewählt.

Meine Damen und Herren, ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landeswassergesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
[Drucksache 18/69](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Grundsatzberatung und erteile dem Abgeordneten Kumbartzky von der FDP-Fraktion das Wort.

(Beifall Abgeordnete Anita Klahn [FDP] und Christopher Vogt [FDP] - Zuruf: Die erste Rede mit Bart! - Heiterkeit)

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Die erste Rede dieser Legislaturperiode und die erste mit Bart, genau.

(Zuruf Abgeordneter Wolfgang Baasch [SPD])

(Oliver Kumbartzky)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass die Stimmung gut ist. Ich glaube, bei diesem Thema sind wir auch in sehr großer Einigkeit versammelt. Die **Küstenschutzabgabe** muss endgültig versenkt werden.

(Beifall FDP, Abgeordnete Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Fleming Meyer [SSW])

Die FDP-Fraktion will mit der vorliegenden Initiative die gesetzlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Landesregierungen künftig keine Küstenschutzabgabe mehr erheben können. Damit greifen wir nicht zuletzt auch der Koalition und der Landesregierung unter die Arme, zügig einen endgültigen Schlussstrich unter das Thema Hochwasser- und Küstenschutzabgabe zu ziehen. Wir stehen für verantwortliches Handeln, und das bedeutet eben auch, aus der Opposition heraus Gesetzestexte zu berichtigen, die man unter Sachzwängen einer früheren Koalitionsregierung in Regierungsverantwortung zähneknirschend mit geändert hat.

Wie Sie wissen, meine Damen und Herren, wurde das **Landeswassergesetz** im Zuge der Aufstellung des Doppelhaushalts 2011/2012 unter Maßgabe einer nach jahrzehntelanger unkontrollierten Ausgabepolitik notwendig gewordenen Haushaltskonsolidierung von der CDU/FDP-Koalition geändert. Es schuf die rechtliche Grundlage dafür, das zuständige Ministerium zu ermächtigen, ab 2012 eine Küstenschutzabgabe erheben zu können.

Sie werden auch wissen, dass wir als FDP-Fraktion frühzeitig vor dem bürokratischen Aufwand gewarnt haben, und wir wollten die geplante Gesetzesänderung kippen, doch - und auch daran werden Sie sich erinnern - der Koalitionspartner ließ sich nicht darauf ein und das unionsgeführte Umweltministerium begann, die Einführung einer Küstenschutzabgabe vorzubereiten.

(Zuruf CDU)

Ich will an dieser Stelle aber auch noch einmal in Erinnerung rufen, dass das Thema nicht nur bei CDU und FDP diskutiert worden ist, sondern eben auch bei anderen Fraktionen und anderen Parteien. Die Grünen beispielsweise befassten sich auf einem kleinen Parteitag Anfang 2010 mit der Küstenschutzabgabe. Ein Zitat aus der dpa-Meldung vom 11. Dezember 2010:

„Am umstrittensten war die Küstenschutzabgabe. Letztlich setzten sich Landtagsfraktion und Landesvorstand mit ihrer Position zu-

gunsten der von schwarz-gelb geplanten Maßnahme durch.“

Auch die SPD hat sich geäußert. Im sogenannten Sparkonzept der SPD-Fraktion hieß es auf Seite 6:

„Es gibt durchaus vernünftige Vorschläge der Landesregierung (z. B. der Verkauf von Schloss Salzau, der Abbau der einzelbetrieblichen Förderung oder die Einführung einer Küstenschutzabgabe).“

(Serpil Midyatli [SPD]: Nächster Satz?)

Wenn ich in den Koalitionsvertrag schaue - -

(Lachen SPD - Serpil Midyatli [SPD]: Geh nach Hause, Junge!)

- Den können Sie ja gleich vortragen. Ich gehe jetzt noch nicht nach Hause, Frau Kollegin, ich mache jetzt noch etwas weiter. - Wenn ich in den Koalitionsvertrag der Dänen-Ampel, aus dem ich gerne zitieren möchte, schaue, sehe ich, dass Sie mittlerweile bei dem Thema mit uns vollkommen einer Meinung sind.

(Lachen Abgeordnete Serpil Midyatli [SPD])

Es liegt ja auch auf der Hand: Die zur Haushaltskonsolidierung als notwendig angesehene Einführung einer Küstenschutzabgabe erwies sich eben schnell als nicht praktikabel.

Der ursprüngliche Zeitplan bei der Umsetzung der Abgabe war bereits nach einigen Monaten Makulatur, und zudem wäre ein wirkliches bürokratisches Monster entstanden. Und nicht nur deshalb ist es gut, dass die Abgabe bisher nicht erhoben worden ist.

(Beifall FDP, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allein der bürokratische Aufwand, die Binnendifferenzierung zwischen den sogenannten Vorteilshabenden und den Übrigen herzustellen, wäre immens und schwer nachvollziehbar gewesen. Hinzu kämen die aufwendige Berechnung der Abgabenhöhe und der bürokratische und finanziell auch nicht zum Nulltarif zu habende Erhebungsaufwand. Das lässt sich jetzt auf der anderen Seite einsparen.

Meine Damen und Herren, mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird das Landeswassergesetz wieder auf den Stand vor der Änderung vom Dezember 2010 gebracht. Die FDP-Fraktion ist der Auffassung, dass die ursprüngliche Regelung des Landeswassergesetzes berechtigt war. Der **Küsten- und Hochwasserschutz** sollte für ein Bundesland, das seine exponierte Lage zwischen den Meeren als be-

(Oliver Kumbartzky)

sonderes Merkmal herausstellt, eine **gesamtgesellschaftliche Aufgabe** sein, die auch in dieser Form weiterhin vollständig vom Land Schleswig-Holstein wahrzunehmen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben es schon bei der Aussprache zur Regierungserklärung vom Juni von unserer Fraktionsvorsitzenden gehört: Auch wenn Ihr Koalitionsvertrag wenig Politik, kaum Ideen und erst recht keine Visionen beinhaltet, so gibt es doch einige Punkte, wo wir wirklich mit Ihnen Seite an Seite stehen und Sie auch gern unterstützen wollen. Dabei geht es um das Thema Küstenschutzabgabe. Weiter geht es um das Thema Schülerbeförderungskosten, zu dem wir gleich kommen. Wie gesagt, wir wollen Sie mit unserem Gesetzentwurf unterstützen.

Dazu passt ein Zitat, das ich abschließend bringen möchte. Es stammt aus einem Gespräch der „Dithmarscher Landeszeitung“ mit Energieminister Robert Habeck vom 11. August dieses Jahres. Frage „DLZ“:

„Haben Sie die Vorbereitungen zu einer Küstenschutzabgabe gestoppt?“

Antwort Habeck:

„Sie sind während der Koalitionsverhandlungen mit als Erstes abgeräumt worden. Die FDP hat jetzt einen Antrag gestellt, die Küstenschutzabgabe aus dem Gesetz zu streichen, und darüber freue ich mich.“

(Beifall FDP und Abgeordnete Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

In diesem Sinne freue ich mich auf die anschließenden Debattenbeiträge, auf die zügigen und konstruktiven Beratungen in den Ausschüssen. Lasst uns schnell zur zweiten Lesung kommen, damit die Küstenschutzabgabe endgültig versenkt wird. - Vielen Dank.

(Beifall FDP - kurze Pause - Hans-Jörn Arp [CDU]: Sollen wir knobeln?)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Nein, wir machen jetzt in der Debatte weiter. Wir haben hier eine neue Technik und irgendwie noch keine Verständigung darüber, wer damit wie umgeht. - Ich rufe jetzt den Abgeordneten Peter Jensen von der CDU-Fraktion - Klaus Jensen, Entschuldigung - zu seinem, wenn ich es richtig weiß, ersten Beitrag im Schleswig-Holsteinischen Landtag auf.

(Beifall)

Klaus Jensen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als Vertreter der Westküste darf ich mit einem Spruch aus der Zeit nach der großen Mandränke beginnen: „Wer nich will dieken, de mutt wieken.“ Ich könnte jetzt auf Plattdüütsch weitermachen, aber das können wir vielleicht einmal bei einer anderen Gelegenheit.

Küstenschutz hat für die CDU eine übergeordnete Bedeutung. Nach unserer Auffassung geht der Schutz unserer Küsten alle Menschen an. Alle müssen daher auch Verantwortung tragen.

(Beifall CDU)

Der Bund nimmt seine Verpflichtung wahr, zum Küstenschutz einen erheblichen Beitrag zu leisten. Er muss und wird dies auch in Zukunft tun. Davon gehen wir aus. Auch das Land Schleswig-Holstein ist bei der Wahrnehmung dieser elementaren Aufgabe gefordert. Dies funktioniert mit dem Instrument der Gemeinschaftsaufgabe auch ganz gut.

Der Küstenschutz wird in den kommenden Jahrzehnten gerade auch vor dem Hintergrund des Klimawandels und der im Zusammenhang damit zu erwartenden Veränderungen noch weiter an Bedeutung gewinnen. Der vorausgesagte Meeresspiegelanstieg - wie stark er auch immer ausfallen wird, das wissen wir nicht - stellt eine besondere Herausforderung dar. Dieser gilt es vorausschauend zu begegnen. Dabei sollten die anstehenden Belastungen nicht auf die nächste Generation geschoben werden. Das wäre keine vorausschauende und nachhaltige Politik.

Deshalb hat die von der CDU getragene Landesregierung zum Ende der vergangenen Legislaturperiode eine Fortschreibung des **Generalplans Küstenschutz** erarbeitet, die einen Deichverstärkungsbedarf auf einer Gesamtstrecke von circa 93 km identifiziert. Hierfür sind in den kommenden Jahren über 200 Millionen € aufzubringen. Hinzu kommt, dass die **Deiche** in Schleswig-Holstein so gebaut und verstärkt werden, dass sie über eine zusätzliche Ausbaureserve für einen möglichen zusätzlichen **Meeresspiegelanstieg** verfügen. Künftige Generationen finden damit ein Deichprofil, das es ihnen erlaubt, ohne weitere hohe Kosten aufzudeichen und damit für die dann erforderliche Sicherheit zu sorgen.

Von der CDU-geführten Landesregierung - wir haben es eben gehört - gab es vor zwei Jahren Überlegungen zur Einführung der Küstenschutzabgabe. Bemessungsgrundlage für diese Abgabe sollte der

(Klaus Jensen)

Einheitswert für Immobilien sein. Da dieser Einheitswert jedoch insgesamt rechtlich infrage gestellt wird, wurde die Einführung im Juni 2011 durch den damaligen Finanzminister Wiegard zurückgenommen. Der Landtag allerdings hat mit einem Prüfauftrag die Klärung dieser Bemessungsgrundlage verlangt.

Aus Sicht der CDU wurde die Abgabe damals langfristig als ein Beitrag zum Abbau des strukturellen Haushaltsdefizits gesehen. Es ist kein Geheimnis, dass unter anderem auch der damalige Koalitionspartner gegen die Einführung war. Andere waren es auch. Der jetzt eingebrachte Gesetzentwurf ist aber folgerichtig. Mit ihm soll eine möglicherweise erneute Einführung dieser Küstenschutzabgabe verhindert werden.

Meine Damen und Herren, ich habe auf die kontroverse Diskussion zur Küstenschutzabgabe im Rahmen der Haushaltskonsolidierungsdebatte hingewiesen. Die Umsetzung ist auch wegen der zurzeit fehlenden rechtssicheren Bemessungsgrundlage ausgesetzt. Zukünftig wird es darauf ankommen, dass die im Generalplan Küstenschutz festgelegten Maßnahmen zum Schutz der Menschen, aber auch zum Erhalt des schutzwürdigen Naturraums und Weltnaturerbes Wattenmeer finanziell abgesichert werden. Wenn dies auch ohne Einführung einer Küstenschutzabgabe erreicht wird, bin ich der Letzte - das können Sie mir glauben -, der dieser Abgabe das Wort redet. Für mich ist entscheidend, dass der Küstenschutz auch in Zukunft gesichert ist.

Da ich lernen durfte, dass der Landtag nicht gleich im ersten Aufschlag beschließt, sondern eine erste und zweite Lesung kennt, freue ich mich auf die Beratungen im Umweltausschuss und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die SPD-Fraktion erteile ich der Frau Kollegin Gitta Trauernicht das Wort.

Dr. Gitta Trauernicht [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren über einen Gesetzentwurf der FDP-Fraktion, mit dem offensichtlich suggeriert werden soll, dass diese Fraktion die Speerspitze der Abschaffung der **Küstenschutzabgabe** sei. Das ist natürlich angesichts der Tatsache, dass es die schwarz-gelbe Landesregierung war, die eben diese

gesetzliche Grundlage zur Einführung einer Küstenschutzabgabe initiiert hatte, bemerkenswert. Auch wenn dies zähneknirschend geschah, Herr Kumbartzky, es geschah.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eines ist aber klar: Der Küstenschutz war und wird für Schleswig-Holstein immer eine besondere politische Bedeutung haben und ein finanzieller Kraftakt sein. Der Küstenschutz hat für unser Land zwischen zwei Meeren eine herausragende, eine übergeordnete Bedeutung. Es geht um den Schutz von 350.000 Menschen, um Sachwerte von 50 Milliarden € und um 3.700 km² überflutungsgefährdete Küstenniederungen. 2,4 Milliarden € sind seit der Sturmflutkatastrophe von 1962 insgesamt in Schleswig-Holstein für den Küstenschutz ausgegeben worden. Dabei war jedenfalls bis zur letzten Legislaturperiode immer klar, dass für ein Land wie Schleswig-Holstein - als Land zwischen zwei Meeren mit rund 1.200 km Küste - **Küstenschutz** als eine **Gemeinschaftsaufgabe** von Bund und Ländern bewältigt werden muss. Zu diesem Grundsatz haben sich die Regierungsparteien der neuen Landesregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung ohne Wenn und Aber bekannt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Eine von der ehemaligen schwarz-gelben Landesregierung geplante Sonderabgabe für Küstenbewohner ist politisch vom Tisch. Wir haben in unserem Koalitionsvertrag vereinbart, dass wir die Küstenschutzabgabe nicht einführen werden und alle diesbezüglichen schon geschaffenen Regelungen - also das Gesetz - wieder rückgängig machen werden. Einer Aufforderung zur Verhinderung der Küstenschutzabgabe durch die FDP-Fraktion bedarf es also nicht. Nun soll aber mit der Gesetzesvorlage der alte Rechtsstand vor der unseligen Gesetzesänderung der ehemaligen Regierung wiederhergestellt werden. Das kann man machen, wäre aber im Zuge anstehenden Reform des Landeswassergesetzes sowieso geschehen.

Die Begründung der FDP-Vorlage ist ohnehin schwach: Der erwartete Bürokratieaufwand kann nur ein Argument gegen die Küstenschutzabgabe sein. Vor allem sachlich ungerechtfertigt ist die Diskussion über angebliche Vorteile der Küstenbewohner, die vom Küstenschutz profitieren sollen. Das ist eine abstruse Diskussion. Tatsächlich sind es diese Menschen, die als Erste die Auswirkungen des Meeresspiegelanstiegs zu spüren bekommen. Sie sind eher die Benachteiligten als die Vorteilhabenden. Es geht hier also nicht um „individuelle

(Dr. Gitta Trauernicht)

Vorteilsgewährung“, sondern um „allgemeine Nachteilsvermeidung“.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht zuletzt ist der erwartete **Meeresspiegelanstieg** als Folge des Klimawandels gesamtgesellschaftlich und nicht allein von den Küstenbewohnern zu verantworten und mit speziellen Abgaben zu tragen. Das wäre ungerecht. Wir argumentieren also in erster Linie gesellschafts- und umweltpolitisch. Die mit einer Küstenschutzabgabe darüber hinaus vermachten Rechts- und Bürokratieprobleme sehen wir natürlich auch.

Ich sprach anfänglich von dem finanziellen Kraftakt, der für den Küstenschutz zu stemmen ist. Darauf gibt die FDP-Vorlage erwartungsgemäß keine Antwort. Vor dem Hintergrund der finanzpolitischen Ambitionen ihres Fraktionsvorsitzenden ist das bemerkenswert. Die Landesregierung wird ihre Vorstellungen zu den Haushaltsberatungen vorlegen.

Ich finde es gut, dass der Kollege Jensen das Stichwort des **Generalplans Küstenschutz** angesprochen hat; denn dieser ist ebenfalls von großer politischer Bedeutung für die Entwicklung des Küstenschutzes. Besonders auf den Nordseeinseln und auf Eiderstedt - das ist zu betonen - entsprechen die Deiche nach Aussage von Fachleuten nicht mehr den Sicherheitsstandards. Viele Deiche - und nicht nur dort - haben nicht das erforderliche flache Profil.

Weitere Themen des Generalplans sind das integrierte Küstenzonenmanagement und die Verbesserung der nationalen und internationalen Abstimmung. Küstenschutz ist ein zentrales Element der Anrainerstaaten und muss deshalb Thema der Ostseepolitik der Landesregierung und der EU-Ostseestrategie, vor allem aber zunehmend auch der politisch noch zu forcierenden Nordseestrategie sein. Hier setze ich auf die Gestaltungskraft von Regierung und Parlament.

Die SPD-Fraktion wird sich für eine zügige Beratung und zweite Lesung des vorliegenden Gesetzentwurfs einsetzen. Aber die politische Botschaft ist schon jetzt klar: Die Küstenschutzabgabe kommt nicht!

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Bernd Voß das Wort.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Begründung der FDP hat nur noch gefehlt, dass die FDP gesagt hätte: „Wir haben uns bei der Küstenschutzabgabe irgendwo im Küstennebel verirrt.“

Um es vorweg zu sagen: Der Gesetzentwurf der FDP ist inhaltlich zunächst einmal nicht falsch. Wir werden den Inhalt zunächst im Ausschuss weiter beraten. Die Änderung des Landeswassergesetzes, Stichwort **Küstenschutzabgabe**, ist nach dem Koalitionsvertrag vorgesehen. Um die Möglichkeiten der Änderungen des Landeswassergesetzes der schwarz-gelben Landesregierung umzusetzen, hätte es noch einer Verordnung bedurft. Die haben Sie in Ihrer Regierungszeit nicht hinbekommen, die ist von uns auch nicht vorgesehen.

Wenn wir in der Begründung Ihres vorgelegten Gesetzesentwurfs lesen, dass Sie mit dieser Initiative der Landesregierung die Möglichkeit zur Erhebung der Küstenschutzabgabe per Verordnung nehmen wollen, stellt sich die Frage: Können wir jetzt davon ausgehen, dass die FDP weitere Gesetzesinitiativen startet, um das Land von falschen oder handwerklich schlechten Beschlüssen der schwarz-gelben Regierungszeit zu befreien?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Aber jetzt zur Sache: Schleswig-Holstein braucht eine offene Debatte über die Folgekosten des Klimawandels für unser Land. Das Land ist ohne die erste Deichlinie - und darum geht es bei der Küstenschutzabgabe - nicht lebensfähig. Es geht um 25 % der Landesfläche und um über 300.000 Menschen, die hier wohnen.

Angesichts der globalen Folgen des **Klimawandels** muss davon ausgegangen werden, dass die Kosten für Küstenschutzmaßnahmen in den nächsten Jahren noch erheblich steigen werden. Bereits in den letzten Jahren sind die jährlichen Kosten für den **Küstenschutz** an der ersten Deichlinie von circa 50 Millionen auf 60 Millionen € gestiegen. Das Land trägt ungefähr 45 % der Kosten. Deshalb ist es notwendig, neue Konzepte aufzugreifen und weitere Mittel für den Küstenschutz einzuwerben.

(Bernd Voß)

Wir brauchen eine breite Debatte im Land zu diesem Thema. An dieser Stelle will ich der alten Landesregierung ausdrücklich Respekt dafür zollen, dass sie sich dem gestellt hat und mit der geplanten Einführung der Küstenschutzabgabe allein durch die Debatte mehr Bewusstsein für die neuen Anforderungen an den für unser Land elementaren Küstenschutz geschaffen hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Besonders die CDU - das erkennen wir an - hat sich hier viel Ärger bei ihren eigenen Mitgliedern und ihren Wählerinnen und Wählern in der Vergangenheit eingefangen. Aber handwerklich war das, was geplant und abgeliefert wurde, nicht nur suboptimal, sondern es war aus folgenden Gründen einfach schlecht: Der Kreis der Zahler war begrenzt. Für die Folgen des Klimawandels und den Küstenschutz sind aber alle Bürgerinnen und Bürger des Landes verantwortlich. Die alte Landesregierung hat sich nicht einmal bemüht, insofern eine solidarische Beteiligung hinzubekommen, zum Beispiel über eine Bundesratsinitiative zu einer Klimaschutzsteuer.

Den Einheitswert als Basis zu nehmen, ist schlicht und einfach ungerecht. Wohnhäuser und Flächen zahlen voll. Auch darüber kann man noch diskutieren. Aber besonders bei Gewerbegrundstücken spiegelt der Einheitswert nicht annähernd die realen Werte wider. Kurz gesagt: Die Gebäudehülle hat einen Einheitswert, die ganze technische Anlage drinnen oder daneben nicht. Zum Beispiel ist zur Region, aus der ich komme, zu sagen: Große Anlagewerte und Anlagerisiken sind erst durch den Küstenschutz möglich geworden, wären aber nicht annähernd beteiligt worden. Beispiele AKW: Nur die Hülle zahlt, aber atomare Zwischenlager und Technik nicht. Bei den Chemieanlagen oder der Sondermüllverbrennung geht nur die Halle in die Einheitsbewertung ein, nicht aber die ganzen technischen Anlagen und Röhren. Diese stehen außerhalb des Einheitswerts, um nur einige Beispiele zu nennen.

Zu den Haushaltsberatungen 2010 kamen CDU und FDP dann auch noch auf die Idee, sich mit einem Entschließungsantrag im Landtag aus der Sache herauszuwinden, über einen Griff in den Finanzausgleich und eine Freistellung der Küstenschutzmaßnahmen vom naturschutzfachlichen Ausgleich. Alles Küstennebel, unsolidarisch, unausgewogen und ungerecht und keine Perspektive auf Besserung! Das war das, was hier damals unter dem Strich vorgelegt worden ist.

Was im FDP-Gesetzentwurf fehlt, das ist ein Vorschlag, wo denn die Einnahmen herkommen sollen. Ich finde es fast lächerlich, wenn Sie hier als Sparmaßnahme ankündigen, dass doch eine halbe Millionen Verwaltungskosten eingespart würde. Es fehlen aber 5,5 Millionen €. Wer einen Baustein herausnimmt, muss auch wieder einen hineingeben. Der muss auch sagen, woher das Geld zur Haushaltskonsolidierung letztlich kommen soll.

Mit öffentlichkeitswirksamen Anträgen und Populismus kommen wir beim Thema Küstenschutz nicht weiter. Wir werden bei uns und in der Bevölkerung die Erkenntnis schärfen müssen, dass Klimawandel und Küstenschutz zukünftig erheblich mehr Geld kosten werden. Die Kosten müssen solidarisch und ausgewogen getragen werden, und zwar von Europa, vom Bund und auch hier im Land.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für den SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Die seinerzeitige Ankündigung von der schwarz-gelben Koalition, eine **Küstenschutzabgabe** in Schleswig-Holstein einzuführen, hat zu Recht zu Irritation und Verärgerung bei den Menschen in den Küstenregionen gesorgt. Nun kann man natürlich sagen: Jeder, der für eine Abgabe herangezogen werden soll, wird sich darüber ärgern. Aber darum geht es hier nicht.

CDU und FDP haben mit der angekündigten Küstenschutzabgabe einen Kurs eingeschlagen, den es hier im Land in dieser Form noch nie gegeben hat. Gegen Innovation ist ja im Prinzip nichts einzuwenden. Aber was die schwarz-gelbe Koalition mit der Küstenschutzabgabe verzapft hat, war bisher nie dagewesen.

CDU und FDP sind vom solidarischen Pfad beim Küstenschutz abgewichen und wollten der gemeinschaftlichen Aufgabe Küstenschutz eine Abfuhr erteilen. Die Küstenbewohner und die Bewohner der betroffenen Regionen sollten mit den Auswirkungen des Klimawandels alleingelassen werden. Der **Klimawandel** ist aber von allen Menschen in den Industrieländern verursacht worden, nicht nur von

(Flemming Meyer)

den Menschen in den Küstenzonen. Deshalb dürfen diese nicht mit einer Sonderabgabe belegt werden.

CDU und FDP haben mit ihrem damaligen Plan eine Büchse der Pandora geöffnet, die besser geschlossen bleibt, denn mit der gleichen Logik kann man die Anwohner von allen anderen natürlichen und von Menschen geschaffenen Risiken mit Abgaben belegen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da fallen mir schon ganz viele Sachen ein. Aber die werde ich hier ganz sicher nicht öffentlich erwähnen; denn ich will hier nirgendwo Begehrlichkeiten wecken. Solche Abgaben haben mit unserer Vorstellung von einer solidarischen Gesellschaft nichts zu tun.

(Beifall SSW und SPD)

Gebetsmühlenartig wurde von der damaligen Koalition auf die Haushaltslage und die Notwendigkeit der Konsolidierung hingewiesen. Das ist ja auch richtig. Die Frage ist aber: Wie konsolidiere ich den Haushalt, und wen belaste ich in welcher Form? Und hier gibt es keine „Alternativlosigkeit“. Aus diesem Grund gab es für den SSW in der Sache keinen Zweifel. Der Haushalt muss anders konsolidiert werden, denn der **Küstenschutz** ist eine **gesamtgesellschaftliche Aufgabe**. Er ist nicht allein Aufgabe der Küstenbewohner.

(Beifall SSW und SPD)

Auch wir wollen die Schuldenbremse einhalten, aber die leichteste Lösung ist nicht immer die beste. Entscheidend ist, dass am Ende des Sparkurses nicht nur ein finanziell gesundes Land steht, sondern auch ein solidarisches Schleswig-Holstein.

Wir wissen, dass die FDP nicht hinter der Küstenschutzabgabe stand, weil Erlös und Aufwand nicht im richtigen Verhältnis standen. Bevor ich die Blockadehaltung der FDP zu sehr lobe, stelle ich die Frage, wie sich die FDP wohl verhalten hätte, wenn die Kosten-Nutzen-Rechnung anders ausgefallen wäre?

Unter dem Strich möchte ich festhalten: Ich glaube, es ist ein Märchen, dass die Küstenschutzabgabe zur Haushaltskonsolidierung beigetragen hätte. Der Küstenschutz ist und bleibt eine Aufgabe aller.

Ich freue mich auf die Ausschussberatungen. Ich kann dem nur recht geben, wenn vorhin gesagt wurde: Wir brauchen zusätzlich eine breitere Debatte darüber, wie wir diese Aufgabe, die kostenintensi-

ver werden wird, in einer anderen Form finanzieren können. Auf diese Debatte müssen wir hinwirken.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Herrn Dr. Robert Habeck, das Wort.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Dieser erste Plenartag war manchmal ein wunderlicher Tag. Es war verwunderlich, mit welcher Geschwindigkeit Positionen geräumt wurden und Oppositionsrollen angenommen wurden. Vornweg möchte ich sagen, dass diese Debatte der Verwunderlichkeit im Grunde die Krone aufsetzt.

Herr Kumbartzky, Sie sagen, sie beschließen eine Maßnahme, wir nehmen sie zurück und sind dann an Ihrer Seite. Ich frage mich tatsächlich: Welche Pirouette wurde hier gerade gedreht? - Im Gegensatz dazu möchte ich sagen, dass sich Herr Jensen nicht in die Büsche geschlagen hat. Das hat mir Respekt abgenötigt. Wir hatten damals in diesem Haus zum Thema **Küstenschutzabgabe** schwierige Debatten. Zu der Schwierigkeit dieser Debatte zu stehen, finde ich allemal ehrenhaft.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, es wurde schon gesagt, daher fasse ich nur kurz zusammen: Die Küstenschutzabgabe war ein Beitrag, den sich die schwarz-gelbe Landesregierung zur Konsolidierung des Haushalts ausgedacht hat. Die Haushaltsstrukturkommission hat sie auf den Weg gebracht. Das Landeswassergesetz wurde geändert. Es fehlte allerdings eine Verordnung, um die Vollzugsvoraussetzung zur Einführung der Küstenschutzabgabe auch durchzusetzen.

Rechtssystematisch gesehen ist der Gesetzentwurf der FDP also völlig in Ordnung. Erforderlich ist er allerdings eigentlich nicht, da die Regelungen für die Küstenschutzabgabe ohne Verordnung sowieso lückenhaft sind. Sie kann also gar nicht erhoben werden. Darauf hinzuweisen, dass damit für diese Regierung der Weg verbaut ist, ist ohnehin unnötig, da wir als Koalition mehrfach erklärt haben, die Küstenschutzabgabe gar nicht einführen zu wollen.

(Minister Dr. Robert Habeck)

Dieser Durchgang beschert uns also einmal mehr bürokratischen Aufwand, da wir sowieso eine Novellierung des Landeswasserrahmengesetzes werden beraten müssen. Das kommt in Bälde in diesem Haus an. Ob dies ein Beitrag zum Bürokratieabbau ist, weiß ich nicht, aber bitte, in der Sache ist das völlig in Ordnung.

Die Küstenschutzabgabe war stets politisch umstritten. Ihre Begründung changierte schon bei der Einführung. Teilweise wurde sie mit einem Beitrag begründet, der, so hieß es aus der CDU/FDP-Koalition, den Vorteilshabenden des Küstenschutzes diene. Später wurde sie mit den Folgen des Klimawandels begründet. Die Belastungen für Einfamilienhäuser und Haushalte sollten sich zwischen 20 und 290 € pro Jahr belaufen.

Changiert hat aber auch die Haltung, mit der die Küstenschutzabgabe eingeführt wurde. Wir haben das heute gesehen. Die FDP bezeichnete sie schon damals als bürokratisches Monster. Ich fand das schon damals bemerkenswert, als man diesem Gesetz zugestimmt hat. Herr Abgeordneter Kumbartzky hat dies heute noch einmal wiederholt.

Wenn sie jetzt allerdings zurückgenommen wird, dann muss ich darauf hinweisen, dass die FDP damit gegen eine zweite von ihr mit beschlossene Haltung verstößt, nämlich die der **Haushaltssolidierung**. Wie oft haben wir hier in diesem Landtag etwas über das sogenannte Baukastenprinzip gehört? Damals war dies noch in anderen Rollen. Es hieß immer: Wer etwas herausnimmt, der muss etwas hineintun.

Was wird herausgenommen? - Herr Abgeordneter Voß hat es gesagt: Es sind 5,3 Millionen € pro Jahr, mit denen dies im Haushalt veranschlagt wurde. Summiert auf acht Jahre sind das bei einem Konsolidierungspfad bis 2020 42,4 Millionen €. Durch diesen Gesetzesrücknahmeantrag, den wir heute beraten, fehlen dem Landeshaushalt 42,4 Millionen €. Ich habe keinen Beitrag zur Gegenfinanzierung gehört. Herr Kubicki, bevor Sie rausgehen, hören Sie noch kurz zu! Zu einem Menschen, der von sich sagt, er könne so exzellent rechnen, muss man sagen: Diese Rechnung geht nicht auf.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Herr Kumbartzky, hören Sie zu, denn das ist das eigentliche Problem bei der Debatte: Darüber hinaus hat zwar der Finanzminister die Küstenschutzabgabe auf Eis gelegt, er hat es aber versäumt, dem Stabilitätsrat zu melden, dass ab 2015 6 Millionen €, die beim Stabilitätsrat in die Haushaltskonsolidie-

rung eingestellt waren, nicht mehr erbracht werden. Das heißt, auch gegenüber dem Bund sind wir noch darüber rechenschaftspflichtig, wie wir die Küstenschutzabgabe kompensieren wollen. Von einer Oppositionsfraktion, die sich jetzt damit brüstet, Verantwortung zu übernehmen und ein Gesetz zurückzunehmen, hätte ich erwartet, dass sie dies zumindest ehrlich anspricht, wenn sie schon nicht in der Lage ist zu sagen, wo die 6 Millionen € pro Jahr bis 2015 - also 30 Millionen € - herkommen. Wie immer es ist, es ist okay, den Gesetzentwurf zurückzunehmen. Die Hausaufgaben der FDP werden allerdings andere machen müssen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 18/69 federführend an den Umwelt- und Agrarausschuss und mitberatend an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

(Minister Dr. Robert Habeck und Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP] unterhalten sich)

- Ich weise darauf hin, dass bilaterale Beratungen in der Cafeteria fortgesetzt werden können, damit wir hier in unserem Geschäft fortfahren.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes vom 24. Januar 2007

Gesetzentwurf der Fraktionen von FDP und PIRATEN

Drucksache 18/75 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich erteile Frau Abgeordneter Klahn von der FDP-Fraktion das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die kritische Haltung der Liberalen in der letzten Legislaturperiode zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes hinsicht-

(Anita Klahn)

lich § 114 Abs. 2 dürfte den meisten von Ihnen bekannt sein. Unserer Auffassung nach hätte es keine Änderung hinsichtlich der damaligen Satzungsaufforderung zur Kann-Regelung zur **Elternbeteiligung** an den **Schülerbeförderungskosten** gebraucht. Die notwendigen Kompromisse vonseiten der Koalitionsregierung, die man eingehen muss, werden aber - so glaube ich - auch der neuen Regierung ganz langsam bewusst.

In den Beratungen zum letzten Haushalt war es die Position der FDP, den Kreisen keine zwingende Elternbeteiligung vorzuschreiben. Dies wurde jedoch vonseiten des Schleswig-Holsteinischen Landkreistags gefordert. Es waren somit die Kreise selbst, die diese Forderung gestellt haben.

Unser damaliger Koalitionspartner hatte sich diese Haltung des Landkreistags zu eigen gemacht, so dass wir in einem Kompromiss im Zusammenhang mit anderen Fragen dieser Regelung zugestimmt haben. An dieser Stelle möchte ich einfügen: Ich habe gerade heute erfahren, dass es auch bei Ihnen in der SPD solche schmerzlichen Zugeständnisse von einigen Kollegen geben muss. Ich erinnere an die Kennzeichnungspflichten.

(Zuruf Abgeordnete Serpil Midyatli [SPD])

- Frau Midyatli, wir reden später weiter. - Immerhin erreichten wir seinerzeit, dass die ursprüngliche Festsetzung einer 30-prozentigen Kostenbeteiligung nicht zum Tragen gekommen ist. Einige **Kreise** nutzten diese Chance, um im Rahmen ihrer Satzungsmöglichkeiten mit den Beteiligten vernünftige und akzeptable Regelungen zu finden, andere beschritten den Rechtsweg und machten damit deutlich, dass die als Kompromiss dienende Formulierung für sie nicht zufriedenstellend ist. Durch die jetzige Änderung erhalten die Kreise wieder die Freiheit zurück, selbstverantwortlich über ihre Belange zu entscheiden und auch auf eine Erhebung verzichten zu können.

Meine Damen und Herren, für mich als Liberale gehört zu der Stärkung von Familien dazu, dass diese unterstützt werden, wenn sie ihre Kinder auf eine Schule ihrer Wahl schicken. Es gehört dazu, dass diese Wahl unabhängig vom Geldbeutel der Eltern ist. Wir fordern von unseren Kindern, dass sie neben dem Schulbetrieb andere Aktivitäten betreiben. Wir wollen Kindern dies mit dem Bildungs- und Teilhabepaket ermöglichen. Gleichzeitig lassen wir dies scheitern, weil Eltern sich die Anfahrt nicht leisten können.

Es gehört für mich in die Verantwortung der **Kommunen**, über die Erreichbarkeit der Schulen, über

die Finanzierung der Schülerbeförderung nachzudenken, bevor neue Baugebiete ausgewiesen werden. Gespannt bin ich zudem auf die Haushaltsberatung, weil mit diesem Thema im Übrigen auch immer die Frage des eingesparten Landeszuschusses in Höhe von 7,1 Millionen € verknüpft war. Das hat der SSW immer kritisiert. Den könnten Sie jetzt zum Beispiel zurücknehmen.

Meine Damen und Herren, ich freue mich daher, dass die PIRATEN-Fraktion dem Gesetzentwurf beigetreten ist, aber auch, dass der Ministerpräsident für die Regierungskoalition erklärte, dass er den Entwurf unterstützen wird. Mit der von uns vorgeschlagenen Änderung werden die **Selbstverwaltungen** gestärkt, und es wird Rechtsfrieden geschaffen.

Uns interessieren in diesem Zusammenhang zwei Dinge: Durch die Gesetzesänderung geben wir den Kommunen mehr **Entscheidungsfreiheit**. Sie wird dazu führen, dass es in einigen Kreisen eine Befreiung geben wird, aber in anderen Kreisen werden vielleicht unterschiedliche Beiträge erhoben. Es wird also **Wettbewerb** zwischen den Kreisen entstehen, und gerade diesen geißeln die Grünen in einem anderen Zusammenhang. Die Kollegin Strehlau kritisiert in Bezug auf die Straßenausbaubeiträge

(Zuruf Abgeordneter Martin Habersaat [SPD])

die bestehende Freiheit der Kommunen scharf. Wir sind gespannt, wie Sie uns beim nächsten Tagesordnungspunkt das inkonsistente Verhalten der Dänen-Ampel in Bezug auf die Kommunen erklären werden.

(Beifall FDP)

Aber vielleicht ist es nur Teil linker Dialektik, die man sonst nicht verstehen muss.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch das Wort des Ministerpräsidenten - da komme ich zum zweiten Punkt - von einem neuen Politikstil, einem neuen Miteinander, der mit der Opposition spricht. Für uns wirkt das ein wenig schal. Denn kolportiert wird, dass die Koalitionsfraktionen die Bitte an die PIRATEN richteten, einen ähnlichen Antrag allein zu stellen, damit man bloß nicht dem von der FDP zustimmen müsste.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Ralf Stegner [SPD])

Meine Damen und Herren, wir beobachten, ob das eben von mir zitierte Angebot des Ministerpräsidenten nur die leeren Worthülsen eines Pressespre-

(Anita Klahn)

chers oder das ernsthafte Angebot eines Ministerpräsidenten sind.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin!

Anita Klahn [FDP]:

Ich wünsche uns eine zügige Beratung im Ausschuss.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

Anita Klahn [FDP]:

Nein, ich bin zu Ende.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Am Ende! Lieber das Gericht sprechen lassen! - Zuruf Abgeordneter Martin Habersaat [SPD])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abgeordneten Tobias Koch das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Gesetzentwurf von FDP und PIRATEN ist genauso scheinheilig wie die Formulierungen in dem Koalitionsvertrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW.

(Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

Die Kommunalwahl im Mai 2013, Kollege Kubicki, wirft erkennbar ihren Schatten voraus. Denn dieser Aktionismus dient mehr der politischen Stimmungsmache als der Sache selbst.

(Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP]: Aja!)

Aber zunächst, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, damit hier keine Legendenbildung betrieben wird: Alle Empfehlungen der Haushalts- und Strukturkommission wurden einvernehmlich getroffen.

(Beifall SPD)

Die FDP hat also noch vor der CDU einstimmig den Empfehlungen der Haushalts- und Strukturkommission zugestimmt.

(Beifall SPD)

Und der Vorschlag, den Landeszuschuss zur Schülerbeförderung zu streichen, kam damals aus dem FDP-Bildungsministerium. Tun Sie jetzt bitte nicht so, als wären Sie damals anderer Auffassung gewesen und seien von der CDU dazu gezwungen worden!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Tobias Koch [CDU]:

Auf die Frage bin ich gespannt.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Koch, ist Ihnen vielleicht aufgefallen, dass es hier nur um die Frage geht, ob wir die Kreise verpflichten wollen, dass sie von den Eltern Beiträge erheben müssen, oder ob wir ihnen das freistellen wollen? Sie können sich vielleicht daran erinnern, dass ich immer darauf hingewiesen habe, dass wir es doch den Kreisen überlassen sollen, ob sie es machen sollten, und dass Sie es waren - Sie nicht in Person, aber Ihre Fraktion -, die erklärt haben, das müssten wir zu einer Mussvorschrift machen, weil ansonsten Ihre Kommunalpolitiker vor Ort Schwierigkeiten bekommen würden?

- Herr Kollege Kubicki, ich kann mich sehr gut daran erinnern, dass wir gemeinsam in der Haushaltsstrukturkommission

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Daran kann ich mich auch erinnern!)

auf Empfehlung des Bildungsministeriums die 6,5 Millionen € Landeszuschuss gestrichen haben

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja, darum geht es hier aber nicht!)

und uns dann überlegt haben, wie man anschließend mit der Kompensation für die Kreise umgeht, und dann die Regelung gefunden haben, die wir gemeinsam mit gemeinsamer Beschlussfassung ins Gesetz hineingeschrieben haben. Also stehlen Sie sich da nicht aus der Verantwortung!

(Beifall CDU - Zurufe)

(Tobias Koch)

Ich fahre mit meiner Rede fort. - Wenn Sie diesen Gesetzentwurf heute nur eingebracht haben, um den Regierungsfractionen damit zuvorzukommen,

(Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

dann hätte ich mir gewünscht, dass solche taktischen Spielchen an dieser sensiblen Stelle mit dieser abwechslungsreichen Vergangenheit unterblieben wären.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Man kann es auch „zweilichtig“ nennen!)

Das sage ich auch in Richtung der PIRATEN. Wer für eine **kostenlose Schülerbeförderung** ist, Herr Dr. Stegner - diese Position kann man durchaus politisch vertreten -,

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Tue ich seit Jahren!)

der muss aber auch für die Bereitstellung der entsprechenden **Mittel** im Landeshaushalt sorgen, und zwar genauso, wie wir es damals in der 16. Wahlperiode gemeinsam getan haben, mit 6,5 Millionen €.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Ralf Stegner [SPD])

Eine Kann-Regelung, die ausschließlich dazu dient, den **Konnexitätsgrundsatz** der Landesverfassung auszuhebeln, lässt die Kommunen mit den Folgen ihrer freiwilligen Entscheidung im Regen stehen.

(Beifall CDU)

Man kann sich schon richtig ausmalen: Wenige Monate vor der Kommunalwahl werden in allen Kreisen von roten, grünen und gelben Kreistagsfraktionen Anträge gestellt, um die Elternbeteiligung an der Schülerbeförderung zu streichen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Tobias Koch [CDU]:

Ja, ich habe es bei Herrn Kubicki zugelassen, dann kann ich es Herrn Stegner kaum verwehren.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Dr. Stegner, Sie haben das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Koch, dürfen wir Ihre Ausführungen so verstehen, dass Sie deutlich machen wollen,

dass die CDU in dieser Frage schon jede Position vertreten hat, die, die Sie jetzt vertreten, und auch schon das Gegenteil?

Tobias Koch [CDU]:

Ganz im Gegenteil. Wir haben immer eine konsequente Position vertreten. Entweder bedarf es eines Zuschusses aus dem Landeshaushalt, so, wie wir ihn damals gemeinsam vereinbart haben, von 6,5 Millionen €, oder es bedarf einer gesetzlichen Regelung zu den Elternbeteiligungskosten. **Kann-Regelung** ohne Landeszuschuss geht aber nicht. Das war immer unsere Position; die haben wir konsequent vertreten und bisher auch bei jeder Beschlussfassung so eingehalten.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Kollegen Dr. Stegner?

Tobias Koch [CDU]:

Nein, Herr Kollege Kubicki hatte auch nur eine Frage. Das muss auch für Stegner ausreichen.

(Heiterkeit - Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

Lassen Sie mich das Bild weiterspinnen, wie es im Mai nächsten Jahres aussieht. Pünktlich zur **Kommunalwahl** ist dann die Schülerbeförderung in allen Kreisen flächendeckend abgeschafft - im Mai 2013.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Interessant!)

Was passiert ein halbes Jahr später? - Ein halbes Jahr später bekommen diejenigen **Kreise**, die Fehlbedarfszuweisungen oder Konsolidierungshilfen des Landes in Anspruch nehmen, Post vom Innenminister, der sie darauf hinweist, dass sie ihre **Einnahmemöglichkeiten** konsequent ausschöpfen müssen. Zu diesen Einnahmemöglichkeiten gehört auch eine Kann-Regelung bei der Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber daran ist die SPD schuld, nicht wir! - Lachen SPD)

Um dann die Millionenansprüche aus Fehlbedarfszuweisungen und Konsolidierungshilfe nicht zu verlieren, werden die Kreise Dithmarschen, Lauenburg, Nordfriesland, Ostholstein, Pinneberg, Plön und Schleswig-Flensburg wieder eine **Elternbeteiligung** an den **Schülerbeförderungskosten** einführen.

(Tobias Koch)

ren müssen. Ob die Eltern letztendlich also an den Kosten beteiligt werden oder nicht, hängt dann von der Gnade des Wohnorts ab. In den finanziell gut gestellten Kreisen ist die Schülerbeförderung kostenlos, in allen anderen Kreisen dürfen die Eltern zahlen. Ich frage Sie: Ist das gerecht?

(Zuruf Abgeordneter Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ist es das, was Sie mit einer Kann-Regelung erreichen wollen?

Meine Damen und Herren, deshalb sage ich noch einmal: Wer es mit einer kostenlosen Schülerbeförderung ernst meint, der muss auch für die Bereitstellung entsprechender Mittel im Landeshaushalt sorgen. Das sage ich: Viel Spaß, Frau Ministerin Heinold!

Wenn das **Land** dazu aufgrund der eigenen **Haushaltsprobleme** nicht in der Lage ist, dann wird man vielleicht feststellen, dass die jetzige Gesetzesregelung gar nicht so schlecht ist wie ihr Ruf. Die Eltern werden in allen Kreisen an den Kosten der Schülerbeförderung angemessen beteiligt, aber ohne dass ein fester Prozentsatz vorgeschrieben ist.

(Zuruf Abgeordnete Birgit Herdejürgen [SPD])

- Hören Sie zu! - Genau in diesem Rahmen können die **Kreise** unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten eigenverantwortlich über die **Ausgestaltung der Schülerbeförderung** entscheiden. Sozialstaffel, Geschwisterermäßigung, Elternbeteiligung in Abhängigkeit vom Fahrplanangebot - all das sind Regelungen, die sich nicht der Landesgesetzgeber ausgedacht hat, sondern das sind Regelungen, die von den Kreisen im Rahmen ihrer eigenen Entscheidungsfreiheit eingeführt worden sind.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, nun gibt es die angekündigte zweite Bitte um eine weitere Zwischenfrage des Kollegen Kubicki. Lassen Sie diese zu?

Tobias Koch [CDU]:

Meldet sich Herr Stegner anschließend auch noch einmal?

(Heiterkeit – Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich habe die Unruhe bei ihm gesehen, deshalb habe ich mich gemeldet!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann hat jetzt Herr Abgeordneter Kubicki das Wort für eine Zwischenfrage.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Lieber Herr Kollege Koch, ich habe die Unruhe beim Kollegen Stegner gesehen. Deswegen habe ich mich gemeldet. Meine Frage lautet tatsächlich: Haben Sie eine Erklärung dafür, warum ausgerechnet die Kreise Dithmarschen und Stormarn dringend diese von uns vorgeschlagene Regelung auf dem Klageweg erzwingen wollen, von der Sie glauben, dass sie völlig unsinnig sei?

(Martin Habersaat [SPD]: Mit den Stimmen der CDU! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist etwas anderes!)

Tobias Koch [CDU]:

Die Situation in Stormarn ist natürlich aus eigener Anschauung bekannt. Der Kreis Stormarn gehört zu den Kreisen, die es sich finanziell leisten könnten. Dort würde von einer Kann-Regelung Gebrauch gemacht werden, und die Eltern brauchten nichts zu zahlen. Für den **Kreis Dithmarschen** kann ich es nicht nachvollziehen. Denn dort wäre auf der gerade geschilderten Rechtslage zukünftig weiterhin Elternbeteiligung zu erheben. Ansonsten müsste der Kreis Dithmarschen auf Fehlbedarfszuweisungen und Konsolidierungshilfen verzichten. Das wird den Kollegen in Dithmarschen vermutlich auch aufgehen, wenn der Brief vom Innenministerium kommt.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner!

Tobias Koch [CDU]:

Ja, wir sind sehr fair mit der Regierungsfraktion.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich bin mir der Gnade bewusst, dass ich das darf. Ich freue mich darüber sehr. Hatte ich Ihre Antwort vorhin so zu verstehen, dass Sie sich zwar nicht mehr erinnern, dass Sie alle Positionen schon vertreten haben, dass aber die Richtigkeit, die jeweils die Position hat, vom Zeitpunkt der Legislaturperiode abhängig ist? Oder direkter gefragt: Können Sie ausschließen, dass sich die CDU kurz vor den Kommunalwahlen noch der Position des Rests dieses Landtags anschließen wird?

(Tobias Koch)

- Herr Kollege Stegner, auch hier verstehen Sie mich falsch - wie regelmäßig. Das legen Sie in Ihre Suggestivfrage aber auch jedes Mal mit hinein. Noch einmal: Ich vertrete gerade die Position, die wir letzte Wahlperiode auch beschlossen haben. Wenn Sie genau zugehört haben, wissen Sie, dass ich gerade die augenblickliche gesetzliche Regelung verteidige. Was Ihre Unterstellung jetzt bezwecken soll, kann ich deswegen überhaupt nicht nachvollziehen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Ich sage es aber gern noch einmal: entweder Landesmittel, dann können Sie die Schülerbeförderung landesweit kostenfrei stellen, oder aber eine Regelung, die die Kreise mit den Einnahmeausfällen nicht allein dastehen lässt. Entscheidungsfreiheit, auf Elternbeiträge zu verzichten, ohne dass dafür Geld im Landeshaushalt bereit gestellt wäre, wäre ein vergiftetes Geschenk an die Kommunen. Deshalb rate ich uns dringend dazu, während der Ausschussberatungen zu diesem Gesetzesverfahren ein intensives Anhörungsverfahren mit den Kreisen und Gemeinden, mit den Schulträgern und den Elternbeiräten zu führen. Die Aussicht auf eine **kostenlose Schülerbeförderung** ist das eine, wer aber die späteren Konsequenzen einer Kann-Regelung übersieht, der wird für weiteren Verdruss und Enttäuschung bei allen Beteiligten sorgen. Das wird weder den Kommunen und Schulträgern noch den Eltern und Schülern zuzumuten sein, nur weil im nächsten Mai Kommunalwahl ist.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Zu einer weiteren ersten Rede an diesem Tag erteile ich für die Fraktion der SPD Herrn Abgeordneten Kai Vogel das Wort.

(Beifall)

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mit einem Lob an die Kolleginnen und Kollegen der Fraktion der FDP und der Fraktion der PIRATEN beginnen. Der vergangene Wahlkampf und die zahlreichen Wahlprogramme haben die hohe Bedeutung gezeigt, die der **Schülerbeförderung** in der Öffentlichkeit zukommt, zumindest bei fünf der hier vertretenen Parteien. Bei der alten Koalition gewinne ich bei der gerade geführten Debatte den Eindruck, dass man zweiein-

halb Jahre seit an Seit geschritten ist, aber jetzt haut man sich gegenseitig in die Pfanne.

Frau Klahn, wir mussten keinen Kompromiss innerhalb der jetzigen Koalition eingehen, nein, wir waren uns da sehr einig. Teilweise kann man bei Ihnen den Eindruck gewinnen, Sie sind froh, dass Sie endlich aus der Enge der alten Koalition ausscheren konnten, damit Sie diese Auffassung jetzt vertreten können.

Wir bekunden damit auch einen neuen politischen Stil, der dem Land gut tut. Bei den Anträgen kommt es nur auf den Inhalt und nicht auf die politische Ausrichtung des Antragstellers an.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Für die Regierungsparteien ist der Antrag von PIRATEN und FDP eine Bestätigung und Unterstützung. Es ist das Ziel dieser Koalition, den politischen Schlingerkurs der letzten Jahre endlich zu beenden. Das sind wir den Eltern und besonders den Schülerinnen und Schülern in unserem Land schuldig. Der Antrag entspricht dem, was wir im **Koalitionsvertrag** bereits beschlossen haben, und deshalb werden wir diesem Gesetzentwurf auch zustimmen. Denn wir halten nichts davon, den **Kreisen** die Pistole auf die Brust zu setzen und vorzuschreiben: Ihr müsst aber unbedingt Elternbeiträge zur Schülerbeförderung kassieren, auch wenn ihr das gar nicht wollt. Wir hatten das bereits in der letzten Legislaturperiode. Wir hatten bereits in der letzten Legislaturperiode jede Menge Resolutionen von Ämtern, von Gemeinden und von Schulverbänden vorliegen. Eine **Kann-Regelung**, wie in diesem Antrag enthalten, gibt den Kreisen selbst die Möglichkeit zu entscheiden, ob sich die Eltern an den Fahrtkosten beteiligen wollen. Ein Großteil der Kreise hat sowieso nur das Mindestmaß des bestehenden Gesetzes umgesetzt oder hat sich ganz geweigert, dieses umzusetzen.

Schleswig-Holstein ist in großen Teilen ein **ländlich strukturiertes Bundesland**, aber selbst in den dicht besiedelten Gegenden ist der Anteil der Fahrschülerinnen und Fahrschüler sehr hoch, da insbesondere die weiterführenden Schulen in **zentralen Orten** angeboten werden. Wenn die Schülerinnen und Schüler morgens mit dem Bus in die Schule fahren müssen, sollte zu dieser zeitlichen Belastung nicht auch noch eine finanzielle Belastung hinzukommen. **Kinderreiche Familien**, die auf dem Land wohnen, trifft das bestehende Gesetz ganz besonders, doppelt und teilweise gar dreifach. Sie werden nicht nur für das erste Kind, sondern meist

(Kai Vogel)

auch für das zweite und dritte Kind zur Kasse geben. Eltern sollten ihre Kinder auf die bestmögliche Schule schicken dürfen, ohne überlegen zu müssen, ob man sich den Weg dahin überhaupt leisten kann. Dafür schaffen wir heute eine Voraussetzung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Jetzt kann man immer anführen, dass sich viele Eltern eine Elternbeteiligung eigentlich leisten könnten, doch die Vorstellung, ob man sich etwas leisten kann oder auch leisten will, ist rein subjektiv. Bei Eltern, die sich dies nicht leisten können, ist der Weg über die Ämter, die Schülerbeförderung erstattet zu bekommen, ein sehr unangenehmer. Die schulischen Opfer sind die Kinder. Doch wer von uns hat nicht während seiner Schulzeit in Phasen einer schwachen Leistung über eigenes Aufhören nachgedacht. Wer dann von seinen Eltern noch zusätzlich hören muss, sie könnten auf diese Ausgaben für eine Schülerbeförderung auch gern verzichten, hört schneller auf, als es wirklich Not tut. Das können wir uns nicht erlauben, denn Kinder sind unser wichtigstes Kapital für eine lebenswerte Zukunft.

(Zuruf Abgeordnete Heike Franzen [CDU])

Gleiche **Bildungschancen** für alle Schülerinnen und Schüler dürfen nicht an einer Busfahrkarte scheitern.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Gleiche Bildungschancen dürfen nicht von den **finanziellen Möglichkeiten der Eltern** abhängen, und gleiche Bildungschancen dürfen nicht an der Entfernung einer geeigneten Schule scheitern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Die PIRATEN können meine Streicheleinheiten gern noch ein bisschen behalten, aber an die Adresse der FDP muss die Frage erlaubt sein, wer eigentlich in den vergangenen zweieinhalb Jahren regiert und den Kultusminister gestellt hat. Sie können sich nicht bei allem und jedem hinter Ihrem damaligen Koalitionspartner verstecken und uns mit einer Serie von Anträgen beglücken, die den Eindruck erwecken, Sie seien gemeinsam mit den PIRATEN erst jetzt das allererste Mal in den Hafen des Landtags eingelaufen. Hoffentlich schaffen wir es, mit diesem Antrag endlich einen Schlusstrich unter dieses leidige Thema zu ziehen. Besser spät als nie. Da es ein Gesetzentwurf ist, müssen wir ihn an den Bildungsausschuss überweisen, wo wir ihn sehr

schnell beraten sollten, da die Argumente ausgetauscht sind.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Bevor wir die Debatte fortführen, möchte ich Sie bitten, mit mir gemeinsam die Landesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ruth Kastner, auf der Tribüne zu begrüßen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Schon wieder? Das haben wir doch vorhin schon gemacht! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Haben wir nichts zu tun? - Weitere Zurufe)

- Ich habe nicht mitbekommen, dass sie schon begrüßt wurde. Aber doppelt hält ja bekanntlich immer besser, und dann üben wir das noch ein bisschen.

Von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Frau Abgeordnete Anke Erdmann das Wort.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die begrüßen wir auch!)

- Das ist ein neuer Politikstil.

(Heiterkeit)

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wer noch nicht begrüßt wurde, ist die Landeselternbeiratsvorsitzende der Gymnasien - auch wenn ich nicht ins Präsidium eingreifen will -; das möchte ich noch einmal kurz nachholen.

(Beifall)

Der Gesetzentwurf, der uns heute vorliegt, ist sinnvoll. Es ist ganz klar: **Kreise** sollen selber entscheiden, ob Familien beteiligt werden sollen. Es ist nur fair, dass die FDP auch den Formulierungsvorschlag gemacht hat, weil sie es ja in der letzten Legislaturperiode zusammen mit dem Bildungsministerium verbockt haben. Bis zum 1. August letzten Jahres hatten wir ja noch eine andere Regelung. Deswegen war es auch nicht so schwer, die neue Formulierung zu finden, weil sie im Prinzip nur das alte Gesetz wieder neu machen wollten. Das finde ich sehr gut.

(Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

(Anke Erdmann)

Herr Kubicki, auch wenn Sie es jetzt ungern hören, dieser Antrag und auch die ganze Landtagssitzung machen Aufatmen bei der FDP an jeder Stelle deutlich: Zum Glück, wir regieren nicht mehr.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Schülerbeförderung: Entschuldigung, wir waren es nicht. 300 Lehrerstellen: Als hätten Sie nicht alle Ihre Hände dafür gehoben: Freie Schulen: Das jahrelange Aussitzen von Minister Klug. Küstenschutzabgabe! - Es ist wirklich ein Aufatmen, das von Ihrer Seite kommt: Zum Glück regieren andere. Das ist auch gut so.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir sind so froh, dass Sie jetzt regieren! - Heiterkeit)

Ich möchte noch auf drei Punkte von Frau Klahn eingehen, die nicht ganz korrekt sind, damit Sie wissen, was Sie hier unter anderem beschließen. Sie sprach von freier Schulwahl. Wir ändern den § 114 Abs. 2 nicht in der Hinsicht, wie er bisher war. Man geht davon aus - und so ist die Praxis -, auch wenn es eine Kann-Regelung ist, dass nicht jede Schule angewählt werden kann - Sie sprachen ja von freier Schulwahl -, sondern die nächstgelegene. So wird es auch in der Regel vor Ort in den Satzungen geregelt.

Sie sagen zudem: Es gibt künftig einen **Wettbewerb** zwischen den Kreisen. Den gibt es auch jetzt schon, wenn man sich anschaut, wie unterschiedlich die Regelungen zum Beispiel in Stormarn, in Nordfriesland, in Dithmarschen und in Schleswig-Flensburg sind, was zum Beispiel Geschwisterregelungen oder absolute Monatssätze anbelangt.

Ein letzter Punkt, weil es vorhin hier dieses karnevalistische Schenkelklopfen zum neuen Stil gegeben hat: Ich habe hier als Mitglied der Opposition oft gestanden und gedacht: In der Sache sind wir uns doch einig, warum gebt ihr euch nicht einen Ruck, den einen oder anderen Punkt mit zu verabschieden? Ich finde es super, wenn es heute um diesen Gesetzentwurf geht - ich möchte da auch Kai Vogel zustimmen -, dass uns kein Zacken aus der Krone fällt, wenn wir jetzt einmal einem Antrag von FDP und PIRATEN zustimmen. Das hätte ich mir in meiner früheren Position gewünscht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir haben früher auch Anträge der Grünen unterstützt!)

Ich weiß davon nichts, dass man gesagt hat, die PIRATEN mögen bitte eigene Anträge stellen. - Bitte, Herr Kubicki, wollten Sie eine Zwischenfrage stellen?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir haben früher auch mal Anträgen der Grünen zugestimmt!)

- Ja, aus der Opposition heraus haben Sie dem Antrag zu den Freien Schulen zugestimmt. Aus der Opposition heraus haben Sie ganz vieles gemacht, aber in der Regierung sah das anders aus. Für den Bildungsbereich kann ich das zumindest sagen. Es gibt eine Ausnahme, Herr Kubicki, das war der Flüchtlingsbereich.

Aber man muss sich die Vergangenheit zumindest im Bildungsbereich nicht schönreden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der PIRATEN erteile ich Herrn Abgeordneten Sven Krumbeck das Wort.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Zugang zur Bildung darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängig sein. Ich glaube, darin sind wir uns alle einig. Doch wo fangen wir an, wo ziehen wir den Strich? Die PIRATEN sagen: ganz, ganz unten.

Familien aus **ländlichen Gebieten**, deren Kinder mit dem Schulbus fahren, dürfen gegenüber Familien aus den Städten keine finanziellen Nachteile haben.

(Zurufe CDU)

Das ist gerade in den ländlich geprägten Regionen unseres Landes von großer Bedeutung. Schon seit 2007 wird unter verschiedenen Regierungen darüber gestritten, sowohl unter Schwarz-Rot, als auch unter Schwarz-Gelb. Wer was verbockt hat, das ist nicht mehr das Entscheidende. Mehrere Kreise sind gegen die bisherige Regelung vor **Gericht** gezogen. Dort muss sich etwas tun.

(Beifall PIRATEN)

Langfristig gesehen halten wir PIRATEN einen **fahrscheinlosen öffentlichen Nahverkehr** für eine optimale Lösung.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege Krumbeck, es gibt die Bitte von der Frau Abgeordneten Heike Franzen nach einer Zwischenfrage. Lassen Sie diese zu?

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Nein. - Wir wollen mit einem **Pilotversuch** herausfinden, ob sich dieser in der Praxis bewährt. Die Finanzierung könnte zum Beispiel über eine kommunale Pauschalabgabe erfolgen. Dies entlastet die Eltern und führt zu einer gerechten Verteilung der Kosten auf alle Schultern. Doch das steht uns noch bevor, das diskutieren wir nicht jetzt. Aktuell müssen wir erreichen, dass die **Schülerbeförderung** wieder in die **Selbstverwaltung der Kommunen** fällt. Mit der Rückkehr zur alten Regelung wird den Kreisen und kreisfreien Städten überlassen, ob Eltern oder die volljährigen Schüler an den Kosten der Schülerbeförderung beteiligt werden müssen. Genauso muss es sein.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für den SSW erteile ich der Frau Kollegin Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In unserer ersten Landtagstagung nach der Sommerpause steht nun der Entwurf zur Änderung des Schulgesetzes vom 27. Januar 2007 zur Debatte. Die damalige Änderung sorgte für sehr viel Ärger und Unverständnis in den Kreisen, und sie ging eindeutig zulasten der Schulkinder und deren Eltern, die sich an den Schülerbeförderungskosten beteiligen sollten. Dies hat der SSW schon seit Langem kritisiert. Der vorliegende gemeinsame Antrag von FDP und PIRATEN geht sehr wohl mit unserem Koalitionsvertrag einher.

Für uns alle steht die Bildung unserer Kinder an erster Stelle. Sie sind unsere Ressourcen, die wir mit einer guten Ausbildung von der Schule ins Leben und in den Beruf entlassen wollen. Unser Ziel ist **Bildungsgerechtigkeit**. Unabhängig von ihrer sozialen Herkunft soll es Kindern ermöglicht werden, einen qualifizierten Schulabschluss zu erlangen. Wenn wir aber bereits zu Beginn diesen Weg verbauen, indem eine **zwingende Beteiligung** an den **Schulfahrtkosten** gefordert wird, dann stimmt hier etwas nicht.

Fakt ist, dass es Elternhäuser gibt, die die 385 € für eine Busfahrkarte im Jahr nicht aufbringen können. Es kann nicht sein, dass ein Schüler einen Ferienjob annehmen muss, um diese Fahrkarte selbst zu finanzieren.

(Beifall SSW)

Es gibt sicherlich verschiedene Ansatzpunkte und Motive für einen Ferienjob, aber ganz bestimmt nicht die, damit die Fahrt zur Schule zu finanzieren.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Tobias Koch?

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Koch, Sie haben das Wort.

Tobias Koch [CDU]: Frau Kollegin, ist Ihnen bekannt, dass die Kreise in ihren Gebührensatzungen Sozialstaffeln vorgesehen haben, damit genau dieser Fall, den Sie gerade schildern, nicht eintreten kann?

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Kollege, das ist mir sehr wohl bekannt. Dieser Fall ist mir persönlich bekannt. Dieser Junge und diese Familie möchten genau das nicht, sie möchten nicht hingehen und sich über die **Sozialstaffel** das Geld zurückholen. Das ist so.

Weiter geht's! - **Bildung** soll schließlich **kostenfrei** sein. Das ist schon immer die Position des SSW gewesen, und die findet sich jetzt im Koalitionsvertrag wieder. Den **Kreisen** wird die Möglichkeit gegeben, die **Kosten der Schülerbeförderung** wieder zu übernehmen. Somit werden wir heute gemeinsam mit Teilen der Opposition, unter anderem auch der FDP-Fraktion, die ja als ehemalige Regierungsfraktion den Unmut bei den Kreisen losgetreten hat, diesen Schnellschuss wieder rückgängig machen. Kreise, die fürchterlich gern ihren Anteil der Schülerbeförderungskosten übernommen hätten - die Dithmarscher klagten sogar -, weigerten sich, diesen Schnellschuss der ehemaligen Landesregierung umzusetzen, denn dies war Politik, die sie über die Fraktionsgrenzen hinweg nicht wollten. Der SSW zollt dem Respekt! Er zollt ihm vor allem deshalb Respekt, weil Schülerbeförderungskosten nicht einfach nur als Kostenfaktor angesehen werden sollten.

Das Land wird jetzt den Weg frei machen, und die Kommunalpolitik muss für eine Diskussion und die Umsetzung sorgen. Die **Kreise Dithmarschen** und **Nordfriesland**, die sich dieser unsinnigen Entscheidung über Fraktionsgrenzen hinweg widersetzt

(Jette Waldinger-Thiering)

hatten, können jetzt mit gutem Beispiel vorgehen. Es ist falsch, Gesetze nicht einzuhalten. Aber es ist richtig und wichtig, dass sich die Kommunalpolitik zu Wort gemeldet hat, als die ehemalige Landesregierung miese Politik vorgab und die Reparatur der Schäden anderen vor Ort überließ.

Man hatte durch die Zentralisierung des Schulsystems und das Schließen von kleinen Schulen die Probleme des ländlichen Raums auf die Kreise abgewälzt. Die Beteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten ist nicht nur unsozial, sondern sie widerspricht eindeutig dem Prinzip der kostenlosen Bildung und der Chancengleichheit.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und Beifall Abgeordnete Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Wenn wir nun hier über die Elternbefreiung debattieren, will ich an eines erinnern: Diese muss selbstverständlich in gleichem Maße für die öffentlichen, die freien und die dänischen Schulen gelten.

Die FDP hat die ausgestreckte Hand der Koalitionspartner zu diesem Thema ergriffen. Schade ist, dass die CDU-Fraktion den Worten Ihres Landesvorsitzenden nicht mehr Gewicht geschenkt hat - gerade bei diesem Thema, das für erhebliche Unstimmigkeiten mit den Kommunalpolitikern in ihren eigenen Reihen geführt hat - und nicht lernfähig sein will. Allerdings deckt sich dieses Verhalten dann doch mit den Aussagen des ehemaligen Abgeordneten und Vorsitzenden der CDA, Werner Kalinka, nach denen genügend Vorschläge vorlagen, die das sozialpolitische Profil der CDU gestärkt hätten, dies aber offensichtlich gar nicht gewollt ist.

(Jürgen Weber [SPD]: Im Geiste ist er anwesend! - Zuruf Abgeordneter Dr. Heiner Garg [FDP] - Heiterkeit)

Die Zwangsgebühren, die durch Schwarz-Gelb eingeführt wurden, werden wir jetzt auf diesem Weg wieder rückgängig machen.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat sich Frau Abgeordnete Heike Franzen gemeldet. Ich erteile ihr nunmehr das Wort.

Heike Franzen [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Krumbeck, wenn Sie

sagen, Sie wollten keine Benachteiligung der Eltern im ländlichen Raum gegenüber den Eltern in den Städten, dann müssten Sie eigentlich die Position der CDU unterstützen können. Denn ist Ihnen bekannt, dass es innerhalb der **Städte** überhaupt **keine Befreiung** von den **Schülerbeförderungskosten** gibt?

(Jürgen Weber [SPD]: So ist es! Das musste gesagt werden!)

Insofern müssten Sie uns eigentlich entgegenkommen, denn Sie verschaffen mit dem, was Sie fordern, den Eltern im **ländlichen Raum** einen Vorteil.

Wenn Sie aber dafür sind, dass die Schülerbeförderung in allen Bereichen kostenfrei ist, ist Ihr Gesetzentwurf inkonsequent. Dann müssten Sie das auch für den städtischen Bereich fordern. Das finden wir im Gesetzentwurf nicht wieder. Sie müssen sich Ihre eigene Politik überlegen, ehe Sie sich hier ans Rednerpult stellen. Entweder machen Sie es konsequent, oder Sie lassen es am besten.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin immer wieder erstaunt, wie Debatten bei uns geführt werden und wie Nebel erzeugt wird. Beim Kollegen Vogel kann ich verstehen, dass er das macht, weil er noch nicht weiß, worum es geht. Bei der Kollegin Erdmann weiß ich, dass sie es wider besseres Wissen macht.

Was wir momentan diskutieren, ist schlicht und ergreifend nur die Frage, ob die **Kreise** gezwungen werden sollen, **Elternbeiträge zur Schülerbeförderung** zu erheben, oder ob sie es freiwillig machen können.

(Zuruf Abgeordnete Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich will hier betonen - das werden auch Sie noch lernen -, dass Kompromisse, die man in Koalitionen schließt, zu Ende sind, wenn die Koalitionen zu Ende sind. Wir haben mit der Union keine Koalition mehr. Deshalb können wir unsere Position, die wir in der heutigen Debatte in beiden Punkten diskutieren, nach wie vor offen vertreten. Das machen wir jetzt.

(Wolfgang Kubicki)

Aber viel spannender ist die Frage, an der Sie demnächst gemessen werden, was Sie als Land machen, ob Sie denn bereit sind, wie angekündigt und während des Wahlkampfes insinuiert, die **Landesbeteiligung** an den Schülerbeförderungskosten den **Kommunen** zurückzugeben. Wir werden in der weiteren Beratung die spannende Frage diskutieren müssen, ob das, was wir jetzt vorhaben, möglicherweise das **Konnexitätsprinzip** berührt. Herr Koch hat - wieder ein bisschen buchhalterisch, aber in der Sache richtig - darauf hingewiesen, dass möglicherweise die Kommunen, die jetzt beschließen werden, die Eltern nicht zu beteiligen, vom Innenminister anschließend erklärt bekommen, dass ihnen Fehlbezugszuweisungen nicht erteilt werden oder, wenn sie die bekommen sollen, sie sie aus dem **Landeshaushalt** in einer Größenordnung bekommen müssen, die sie bisher nicht hatten. Das würde die Finanzministerin definitiv interessieren. Diese spannende Debatte steht uns noch bevor.

Was wir heute machen, ist nichts anderes, als die FDP-Position, die wir im Übrigen in der Debatte immer vertreten haben, gesetzgeberisch umzusetzen.

Frau Erdmann, Herr Dr. Stegner oder Frau von Kalben, wenn Sie darauf bestehen, dass wir uns genauso verhalten wie in der Koalition mit der Union, machen wir das gern. Dann können Sie Ihren Sinti- und Roma-Antrag zur Verfassungsänderung wegschmeißen, denn dann könnten wir dem nicht zustimmen, obwohl das immer unsere Position war. Jetzt hätten wir eine Zweidrittelmehrheit. Ich bin ja froh, dass Sie unsere Zustimmung wollen. Insofern ist Ihr Politikansatz - -

(Zurufe)

- Das macht die Präsidentin, ich darf den Satz erst einmal zu Ende reden. Dankenswerterweise können sich in der Sache andere Mehrheiten finden als in den letzten zweieinhalb Jahren.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Koch?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Immer gern, wenn der Kollege Dr. Stegner auch noch eine Zwischenfrage stellt. Ich sehe das schon.

(Heiterkeit)

Tobias Koch [CDU]: Herr Kollege Kubicki, habe ich Ihre Ausführungen gerade richtig

verstanden, dass Sie dem heute vorgelegten FDP-Gesetzentwurf in der zweiten Lesung nicht zustimmen werden, wenn die Landesregierung bis dahin keine Landesmittel im Landeshaushalt bereitstellt, um Konnexität zu gewährleisten?

- Das haben Sie falsch verstanden, Herr Kollege Koch. Das tut mir sehr leid. Ich weiß, was Sie wollen.

(Heiterkeit)

Da wir nicht mehr in der Regierung sitzen, ist es mir relativ egal, wie die Landesregierung das Problem löst, das sie sich durch die Aussagen der regierungstragenden Fraktionen selbst gerade schafft.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Erdmann?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Gern, Frau Erdmann.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Erdmann, bitte.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kubicki, ist Ihnen aufgefallen, dass wir gar nicht Ihre Bekehrung in der Sache kritisiert haben, dass Sie hier etwas anderes fordern, als Sie bis vor einem Jahr vertreten haben, sondern dass wir einfach festgestellt haben, dass es sehr auffällig ist, mit welcher Begeisterung Sie sich jetzt offensichtlich aus den Fängen der alten Koalition entlassen fühlen, weil Sie offensichtlich viele Ihrer eigenen Punkte nicht durchsetzen konnten?

Meine zweite Frage ist: Sie haben davon gesprochen, dass, wenn Oppositionsanträge ohne Gegenfinanzierung in der jetzigen haushalterischen Lage kommen, das ein Popanz sei. Das war im Dezember oder Januar einmal in der Debatte um die 300 Lehrerstellen. Wie bewerten Sie jetzt Ihren Vorschlag?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Die Antwort auf die erste Frage: Selbstverständlich freue ich mich, dass wir in völlig freier parlamentarischer Diskussion unsere Position als FDP vertreten können, was in einer Koalition so nicht möglich

(Wolfgang Kubicki)

ist. Das werden Sie auch noch lernen. Sonst müssen Sie Ihr Programm anpassen.

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben wir schon! Ich bin dabei! Sieht man das nicht?)

Sie sind jetzt in einer Koalition. Sie werden wie alle Koalitionäre erleben, wie viel von Ihren Vorstellungen Sie in einer Koalition abschmelzen müssen, wenn Sie zu pragmatischen Lösungen kommen wollen, was ja in der Sache möglicherweise vürünftig ist.

Zweiter Punkt: Momentan ist der Gesetzentwurf, den wir eingebracht haben, kostenfrei.

(Zurufe: Ja!)

- Momentan. Die spannende Frage stellt sich in einem Jahr oder in zwei Jahren mit vüllig anderer Begeisterung, und dann werden wir das diskutieren. Der Kollege Koch hat möglicherweise nicht ganz unrecht mit seinem Hinweis darauf, dass sich aus dem, was wir jetzt machen, Konsequenzen für den **Landeshaushalt** ergeben, die wir momentan vielleicht nicht so sehen, wie der Kollege Koch das dargestellt hat. Aber das Risiko ist da. Es macht immer Sinn, auf **Risiken** hinzuweisen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Gestatten Sie eine letzte Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Kubicki, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie noch einmal Lob und Anerkennung dafür haben wollten, dass wir froh darüber sind, dass Sie der Verfassungsänderung zustimmen? Das würde ich gern tun, darüber sind wir froh und dankbar.

- Ja.

Habe ich Sie zum Zweiten richtig verstanden, dass Sie Ihre Freude zum Ausdruck bringen wollen, dass die schwarz-gelbe Koalition zu Ende ist und Sie jetzt unsere Position vertreten dürfen? Auch da will ich Ihnen gern sagen, dass wir die Freude teilen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Herr Kollege Dr. Stegner, ich bin darüber selbstverständlich nicht froh, wie Sie sich vorstellen können, weil unsere Legislaturperiode drastisch verkürzt worden ist. Ich bin sicher - das merke ich ja bei Ihnen auch gelegentlich -, dass mein weitreichendes Werben für bestimmte Positionen auch unseren Koalitionspartner bis zum Ende der Legislaturperiode in bestimmten Fragen überzeugt hätte,

(Heiterkeit)

sodass wir mit einem gemeinsamen Konzept vor die Wähler hätten treten und dann auch eine Mehrheit hätten finden können.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Martin Habersaat das Wort.

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Klahn hat eine Geschichte in den Raum geworfen, die da noch so rumwabert, von den meisten möglicherweise inzwischen vergessen, aber einige werden es noch im Hinterkopf haben: Wir hätten die PIRATEN angestiftet, den Gesetzentwurf einzubringen, damit wir nicht einem FDP-Gesetzentwurf zustimmen müssten. Vielleicht habe ich das falsch verstanden, das kann mit 50-prozentiger Wahrscheinlichkeit an mir liegen.

(Zurufe)

Um für **Transparenz** zu sorgen: Ich habe in den Sommerferien eine E-Mail des Kollegen Krumbeck erhalten, die meines Wissens an alle Fraktionen in diesem Haus ging. Darin schrieb er, er hielte es für eine gute Idee, die Verpflichtung der Kreise abzuschaffen, die Eltern an den Schülerbeförderungskosten zu beteiligen. Es war ein Gesetzentwurf darangetackert und die freundliche Frage: Wer von Ihnen möchte mitmachen?

Einige Wochen später kam ein inhaltsgleicher Gesetzentwurf der FDP, die sich auch im Verteiler der PIRATEN befand. Da ist meine erste Frage: Haben Sie sich von unserem Koalitionsvertrag inspirieren lassen oder von den PIRATEN? Solange Sie sich zu guten Dingen inspirieren lassen, ist mir das relativ wurscht. Ich wollte das nur der Transparenz halber hier einmal in den Raum geworfen haben.

Ich will mit zwei Punkten, über die ich mich freue, versöhnlich schließen. Erstens. Wir haben jetzt einen Zeitpunkt der Beratung, der es den Kreisen

(Martin Habersaat)

ermöglicht, bereits in ihren Haushaltsberatungen für 2013 auf den vermutlich neuen Umstand einzugehen. Das finde ich gut.

Zweitens. Ich finde es auch gut, dass ein gemeinsamer Gesetzentwurf von PIRATEN und FDP möglich ist, dass es da offensichtlich keine Berührungspunkte gibt, Sie sich irgendwo geeinigt haben und dass wir jetzt alle gemeinsam einem guten Gesetzentwurf zustimmen, mit Ausnahme derer, die noch etwas länger brauchen, bis sie erkennen, dass es ein guter Entwurf ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Landesregierung erteile ich der Bildungsministerin, Frau Dr. Wara Wende, das Wort.

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die **Beteiligung der Eltern** an den **Kosten der Schülerbeförderung** wird - so habe ich mir sagen lassen, und so habe ich gerade hautnah erspüren können - in diesem Haus nicht zum ersten Mal debattiert. Seit der **Schulgesetzänderung** 2007 hat die Debatte nicht wirklich einen befriedigenden Abschluss gefunden. Deshalb könnte - ich benutze bewusst den Konjunktiv - der heutige Tag ein guter Tag werden.

Die neue Zusammensetzung des Landtags ermöglicht ganz neue, bis dato unbekanntere Konstellationen. Das kann spannend werden, das konnte man heute bereits spüren.

Ich bedanke mich explizit bei den Fraktionen von FDP und PIRATEN für deren Initiative, eine Initiative, die mit den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien auf das Beste kompatibel ist und harmonisiert. Mit der neuen Zusammensetzung des Landtags ergeben sich Formationen, die wahrscheinlich die meisten von uns bis vor wenigen Wochen für abwegig gehalten hätten. Zukunft ist nicht immer planbar und eben nur bedingt antizipierbar. Der Gesetzentwurf von PIRATEN und FDP ist geeignet, einen bis dato bestehenden überaus grotesken Zustand zu beenden.

Worin bestand beziehungsweise besteht die Groteske? - Nach der noch geltenden Regelung zu den Kosten der Schülerbeförderung **müssen** die Eltern stets an den Kosten beteiligt werden, und zwar unabhängig davon, ob die Kreise eventuell bereit sind,

diese Kosten vollständig selbst zu übernehmen. Das heißt, Familien müssen zahlen, und zwar nur deshalb, weil ein bestehendes Landesgesetz dies so will.

Der **Gesetzentwurf** will dieser Regelung ein Ende bereiten. Die **Kreise** sollen selbst entscheiden dürfen, ob sie die Eltern an den Kosten für die Schülerbeförderung beteiligen oder auch nicht beteiligen.

Vonseiten der Landesregierung und insbesondere vonseiten des Bildungsministeriums kann dieser Gesetzentwurf nur begrüßt werden, stimmt er doch zu 100 % mit den Vereinbarungen in unserem Koalitionsvertrag überein.

Ich habe mir sagen lassen - heute habe ich das bereits fühlen können -, dass es in diesem Haus bisher eine nicht hinterfragte Übereinkunft war, dass man die Ideen der jeweils anderen Partei, der politischen Kontrahenten, grundsätzlich problematisiert und schon aus Prinzip kritisch kommentiert. Heute aber wird dies zumindest von mir aus nicht so sein; denn genau dies, nämlich der Widerspruch um des Widerspruchs willen, passiert dieses Mal nicht.

Es würde mich freuen, wenn es nicht nur heute, sondern in Zukunft immer öfter gelänge, eingefahrene und verkrustete Rhetorikdrehbücher zu überwinden und experimentelles Neuland auszuprobieren

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, von deren Steuergeldern unsere Arbeit finanziert wird und die deshalb von uns professionelle und vernünftige Verhaltensweisen erwarten dürfen.

Auch würde ich mir wünschen, dass wir vielleicht hin und wieder unsere Argumente eher mit dem Florett statt mit der rhetorischen Keule austauschen. Der neue Politikstil, zu dem vielleicht nicht jeder in der Lage ist, will den Dissens um des Dissenses willen überwinden. Der neue Politikstil hat das Ziel, einen sachlichen Dialog das vorurteilsfreie Miteinander zu suchen.

Wenn wir heute als Kabinett den Antrag von PIRATEN und FDP begrüßen und diesem eben nicht aus Prinzip oder aus einem reflexartigen Besserwisserzwang widersprechen, dann ist das sicherlich nur ein kleiner Schritt auf einem langen Weg, den wir alle gemeinsam gehen sollten mit dem Ziel, der Zukunft des Landes und dem Wohle der Bürgerinnen und Bürger zu dienen.

(Ministerin Dr. Waltraud Wende)

Ich bedanke mich für Ihre nicht unbedingt hundertprozentige Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN - Peter Eichstädt [SPD]: Wer möchte jetzt reden?)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Jetzt möchte ich reden, Herr Kollege Eichstädt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließe ich die Beratung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 18/75 (neu) dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. -

Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig überwiesen worden.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir beenden die Beratungen an diesem Tag. Ich wünsche Ihnen allen einen guten Abend und freue mich, Sie alle morgen früh um 10 Uhr hier im Plenarsaal wiederzusehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:14 Uhr